

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

6. Woche für die Zeit vom 2. bis 8. Februar 1906.

Posen, den 13. Februar 1906.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 2. Februar d. J. von Nachmittag $\frac{1}{2}$ 1 Uhr im Gawrych'schen Saal zu Groß-Chrząpsko, Kreis Birnbaum abgehaltenen Versammlung des Vereins „Straz“.

Posen, den 5. Februar 1906.

Die von ca. 200 Personen — Bauern und Arbeitern aus Groß-Chrząpsko und Umgegend — besuchte Versammlung wurde von dem Starosten des Vereins „Straz“ für den Kreis Birnbaum, **Rittergutspächter von Bogdanski-Orzeszowo** um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr mit folgender Ansprache eröffnet.

Vor einem halben Jahre sei in Posen in einer Versammlung einstimmig die Notwendigkeit anerkannt worden, daß sich die ganze polnische Volksversammlung unter einer Fahne zur Verteidigung der ökonomischen und sozialen Interessen vereinigen müsse. Bis jetzt habe sich ein Teil der polnischen Volksversammlung im Strazverein zusammengeschart, und Aufgabe der heutigen Versammlung sei es, den Kreis Birnbaum für den Strazverein zu gewinnen. In Anbetracht der ungünstigen Lage, in der sich die Polen im preußischen Anteil befänden, müßten sie zu der Überzeugung kommen, daß es die höchste Zeit sei, sich zusammenzuschließen, um dem gemeinsamen Feinde die Stirn zu bieten, der systematisch die Vernichtung alles dessen anstrebe, was den Polen teuer und heilig sei. Es müsse anerkannt werden, daß die bisher gegründeten nationalen Institute auf ökonomischem und kulturellem Gebiete viel getan und die Widerstandsfähigkeit gestärkt hätten. Der Einzelne könne aber in diesem Kampfe nicht viel ausrichten, nur eine Kollektivaktion könne zum Resultate führen, und diese die ganze Volksversammlung umfassende Kollektivaktion solle im Strazverein verwirklicht werden.

Redner streift dann die Teilung Polens, seit welcher Zeit die preußische Regierung die Polen zu germanisieren und nach erfolgter Germanisierung zu protestantisieren suchte. Er wies ferner auf den Kulturkampf und seine Folgen hin, streifte die durch Fürst Bismarck veranlaßte Ausweisung von 100 000 (?) Polen, erwähnte die Gründung der Ansiedelungskommission, deren Zweck es sei, — wie Redner ausführt — die Polen auszuverkaufen, um sie (die Polen), die Schwachen **besser niedertreten und vernichten zu können**. Die Ansiedelungskommission zeitige aber nicht die Erfolge, die von ihr erwartet würden. Der beste Beweis hierfür sei das Verhältnis des von der Ansiedelungskommission angekauften polnischen Grundbesitzes zu dem von ihr angekauften deutschen Grundbesitz; aus polnischen Händen habe die Ansiedelungskommission $10\frac{1}{2}$ Prozent

und aus deutschen Händen $89\frac{1}{2}$ Prozent Grundbesitz gekauft. Der Grund hierfür sei darin zu suchen, daß sich die Deutschen infolge des durch die Hufatisten entfachten Kampfes zwischen den Deutschen und Polen in ihrem (polnischen) Landesteile nicht wohl, nicht zu Hause fühlten. Die Deutschen sähen selbst ein, daß die jetzt herrschenden unerträglichen Verhältnisse nicht zur Stärkung des Deutschtums dienten, weil die Deutschen auszögen und nicht genügend Ansiedler herangeschafft werden könnten.

Auch die Ausmerzungen der polnischen Sprache aus der Schule habe keinen Erfolg aufzuweisen gehabt. Einer der Lehrer habe gesagt, daß die Kinder dadurch, daß sie gezwungen seien, die deutsche Sprache zu erlernen, um so gefährlicher für die Deutschen würden, weil sie dann die polnische und deutsche Sprache beherrschten, und dadurch, wenn sie als erwachsene Menschen ins öffentliche Leben träten, den nur deutsch sprechenden Deutschen gegenüber im Vorteil wären.

Deshalb kämen die Deutschen selbst zu der Überzeugung, daß durch die Maßnahmen der Schule und Ansiedelungskommission nichts erreicht würde, und aus dem Grunde wollten sie gerne mit der Ansiedlung und der Germanisierung der Kinder aufhören, aber sie fürchteten, daß, wenn die Regierung von diesen beiden Mitteln zurückträte, die Polen sie auslachen würden. Aus dem Grunde werde dieser Weg weiter verfolgt, obwohl sie selbst einsehen, daß sie auf einen unangenehmen Weg geraten seien, von dem sie gern wieder zurücktreten möchten.

Angeichts dessen, daß die Ansiedelungskommission das Land der Polen schmälere und die Schule auf ihrem falschen Wege weiter fortschreite, sei es Pflicht der Polen, diesen Bestrebungen entgegenzutreten und die größten Feinde der Polen, die Hufatisten zu bekämpfen. Die Verteidigung der Polen liege darin, daß sie gegen die gegen sie gerichteten Verordnungen aufträten. Demonstrationen zu veranstalten oder einen Kampf mit ihnen (den Deutschen) zu führen, daran dachte kein vernünftiger Pole. Die Verteidigung erstreckte sich auf die Erziehung der Kinder als gute Polen und auf ruhige Arbeit und Sparsamkeit. Die Kraft der Polen liege in ihrem Grund und Boden und in ihren materiellen Vorräten. Deshalb müßten die Polen die nationalen Institutionen wie Banken zc. und den polnischen Kaufmanns- und Gewerbebestand unterstützen. Über die Ziele und Aufgaben des Strazvereins werde der Delegierte des Hauptvorstandes die nötige Aufklärung geben, er — Redner — wolle nur darauf hinweisen, daß die Polen zu der Überzeugung kommen müßten, daß der Begründer und Initiator (gemeint ist Herr v. Koscielski) und die an der Spitze

des Strazvereins stehenden Männer die Gewähr dafür böten, daß sie das sich gesteckte Ziel erreichen würden. Doch müßten sie darin von der ganzen polnischen Volksgefamtheit unterstützt werden. Uns geht es nicht darum, um zu demonstrieren — fährt Redner fort — sondern nur darum, daß der Feind uns immer in Eintracht sieht. Mit ruhigem Auge müssen wir auf unsere drohende Lage sehen, denn es handelt sich um unsere nationale Existenz.

Deshalb dürfen wir nicht verzweifeln, wenn uns ein Unrecht geschieht, sondern uns umso lieber zur Verteidigung aufraffen.

Möge der Glocke Ton, der an der Warthe erklingen ist, uns unter eine Fahne rufen; stellen wir uns alle unter die Fahne des Strazvereins, dann wird der liebe Gott uns Barmherzigkeit widerfahren lassen!

In diesem Sinne begrüße ich sie zur zweiten Strazversammlung im Kreise Birnbaum; die erste Versammlung hat bereits in Kähne stattgefunden.

Ich hege die Hoffnung, daß ein Teil der Versammelten dem Strazverein beitreten wird und auch hier viele sich zur Verteidigung unserer heiligsten Güter stellen werden.

Redner stellte alsdann den **Redakteur** (an der Praca) **Zielinski**-Posen als Delegierten des Hauptvorstandes des Strazvereins vor, der zu einem Referat über die Aufgaben und Organisation des Strazvereins das Wort ergriff.

Redner wies zum Anfange seiner Ausführungen darauf hin, daß der Kampf zwischen den Slawen und Germanen keine neue Erscheinung sei, sondern schon seit Jahrhunderten, ja seit tausend Jahren bestände. Sehen wir uns im Kreise Birnbaum um — fährt Redner fort — da gab es vor tausend Jahren keine Deutschen, nicht einmal in homöopathischen Dosen und heute kommen im Westen des Kreises Birnbaum auf hundert Einwohner nur fünf Polen. Aber sehen wir weiter nach Hannover, da waren vor tausend Jahren wir Polen, wir Slawen, aber heute ist alles verdeutsch, keine Spur ist von uns geblieben. Auch in Berlin, im heutigen Herzen Deutschlands, waren Polen, doch wo sind sie geblieben, sie sind verschwunden. Und wer hat das vollbracht? Die Vorfahren unserer Busenfreunde, die über tausend Jahre den Kampf mit uns führen. Die Brandenburger Fürsten und Könige führten den Kampf ruhig, aber ausdauernd und eifrig, bis sie uns soweit gebracht haben, wie wir jetzt sind.

Der große Friedrich — er ist nur für die Deutschen groß, für uns ist er sehr klein, — er schaffte sich die jogen. blauen Regimente durch Werbungen an, er ließ Münzen schlagen, die nicht den vollen Wert hatten, welche in Polen in Verkehr gebracht wurden, und Polen hatte den Schaden davon. Die preussischen Soldaten plünderten damals in Polen, auch wenn kein Krieg war, aber Polen war zu schwach, sich zu wehren.

Redner ging dann über auf die Teilungen Polens, erwähnte die Wiener Traktate und die in bezug auf die seinerzeit von den preussischen Königen den Polen gegebenen Versprechungen gemachte bekannte Äußerung des Fürsten Bismarck, streifte die Revolution von 1848 und deren Folgen für die Polen, erwähnte des Kulturkampfes, wobei Redner hervorhob, daß der damalige Erzbischof Ledochowski wie ein gewöhnlicher Verbrecher nach dem Gefängnis transportiert worden wäre.

Auf die Ausweisung der 40 000 Polen in den Jahren 1884/85 übergehend, erwähnte Redner folgendes: Ich erinnere mich, daß, als ich 6 Jahre alt war, meine Mutter einmal weinte. Ich frug sie, warum weinst du? Sie antwortete mir: Dein Onkel wird

ausgewiesen. Ich hatte also keinen Onkel mehr. Ich ballte meine kleine Faust zusammen und sagte mir: ich werde lernen, und mich später dafür bedanken.

Redner verbreitete sich alsdann über die Ansiedlungskommission, ihre Tätigkeit und deren Folgen für die Polen, ging dann über auf die neue Ansiedlungsnovelle, und fuhr dann fort:

Was ist das für eine Behandlung? Es ist ein Kampf gegen uns! Schlimmer ist aber noch der Kampf der ganzen deutschen Volksgefamtheit gegen uns. Denn nicht nur das ganze System richtet sich gegen uns, sondern auch die Deutschen als solche treten gegen uns auf. Vor 10 Jahren ist in Barzin der HRT-Verein gegründet worden, der der Regierung immer wieder neue Gedanken eingibt, z. B. es solle in den Versammlungen die polnische Sprache verboten werden, es sollen die polnischen Vereine aufgelöst werden, die Herausgabe polnischer Zeitungen solle verboten werden usw. Der preussische Landtag hört auf solche Einflüsterungen und nimmt solche Projekte auf; und nur dem HRT-Verein ist es zu verdanken, daß wir die Ansiedlungsnovelle bekommen haben.

Und was machen sie mit den polnischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden? Alle Augenblicke geben sie ein deutsches Firmenverzeichnis und ein Verzeichnis der polnischen Firmen mit deutschen Namen heraus, damit die Deutschen bei den Polen keine Einkäufe machen. Das nennt man Boykott!

Unter den Hakatisten erscheinen Leute wie Pastor Rosenberg. Er war Pastor im Königreich Polen; während des Krieges ist es ihm dort aber zu warm geworden. Und nun erläßt er hier Aufrufe, daß es den Deutschen in Polen schlecht gehe, daß die Polen die Deutschen dort ausschneiden wollten, und diesen Aufruf haben die Herren vom Ostmarkenverein unterschrieben. Das ist der Kampf, den die deutsche Volksgefamtheit gegen uns führt.

Redner sucht im weiteren den Nachweis zu führen, daß Hand in Hand mit den Deutschen die Juden gingen, deren Zahl aber in der Provinz Posen infolge Vordringens des Polentums von Jahr zu Jahr zurückginge, und fährt dann fort:

Angeichts der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die polnische Gefamtheit befindet, von einer Seite das System der Regierung und von der anderen Seite der Kampf der deutschen Volksgefamtheit, müssen wir etwas tun. Ich erinnere noch an den Kampf, den wir in der Schule führen müssen. Das 6 jährige Kind kommt in die Schule, wo es kein Wort polnisch hört. Es hängt ganz von dem Lehrer ab, ob dem Kinde die Religion in polnischer Sprache gelehrt wird. Bis zum 14. Lebensjahre hört das Kind nur eine fremde Sprache und es soll lernen zu Gott in der Muttersprache beten. Die fremden Ausdrücke werden dem Kinde in den Kopf eingetrichtert und mitunter unter Zuhilfenahme des Rohrstockes. Es werden Bibliotheken gegründet, aus denen sie lernen, auf unsere glänzende Vergangenheit zu speien. Wir haben eine reinere Vergangenheit als andere Nationen. Wer hat das Christentum vor Wien vor den Türken gerettet? Die Polen. Wer hat die Litauer zum Christentum bekehrt? Die Polen. Aber daran denken sie (die Deutschen) nicht; die uns dankbar sein müßten, hegen jetzt auf uns. Wenn das Kind mit 14 Jahren aus der Schule kommt, ist die Germanisierung noch nicht beendet: es kommen dann noch verschiedene Abendunterhaltungen, zu denen die Kinder und auch die Eltern hingetrieben werden und wo die verschiedenen Kurfürsten gefeiert werden, die uns vernichten wollten. In Schlesien, da zwingt man die Eltern dazu, solche Abendunterhaltungen zu besuchen. Ferner besteht noch ein sogenannter Fortbildungsunterricht in den Abend-

schulen, in denen weiter verfolgt wird, was in der Schule begonnen worden ist. In solchen Abendschulen ist es dem Lehrer gestattet, die Lehrlinge, die vielleicht zwei Jahre jünger sind als der Lehrer, mit dem Rohrstock zu strafen.

Wenn der Jüngling 18 bis 20 Jahre alt ist, kommt er zum Militär. Was das Militär ist, wird nur sehr wenigen von den Anwesenden unbekannt sein. Es ist ein schwerer Kampf — aber man muß auch noch daran denken, wohin unsere Jugend zum Militär geht. Bleibt sie etwa hier? Nein, sie wird weit fortgetrieben nach Schleswig usw., damit sie leichter germanisiert werden kann. Ein Teil bleibt dort, heiratet Deutsche, und die Kinder sind für uns verloren. Und auf dem Gericht denken die Deutschen, daß, wenn ein Kind einige Jahre zur Schule gegangen ist, es wie am Schnürchen deutsch sprechen müsse, und wenn es vor Gericht nicht deutsch kann, werden ihm Schwierigkeiten gemacht.

Und was macht die Post? Sie hat ein Übersetzungsbureau eingerichtet. Eine Adresse mit der Aufschrift „Poznań“ kann der Beamte nicht lesen, solche Briefe kommen ins Übersetzungsbureau. Aber wenn man gar „w Poznaniu“ schreibt, dann ist es schon für sie (für die Postbeamten) eine chinesische Sprache, das können sie garnicht mehr lesen. Die polnischen Postbeamten werden nach dem Rhein versetzt, damit sie germanisiert werden; und es ist schon so weit gekommen, daß wir in den Ämtern gar keine Polen mehr haben. Wenn jemand Beamter wird, dann ist er für uns verloren; der kann für unsere Volksgeamtheit nicht mehr arbeiten, da er sonst verfolgt wird. Sogar die Geistlichen werden bespioniert, wie dieser oder jener Soldat gebeichtet hat, polnisch oder deutsch. Zu welchem Zwecke geschieht das?

Was sollen wir dagegen tun? Läßt sich die polnische Volksgeamtheit das alles gefallen, ohne etwas dagegen zu tun? Nein! Die polnische Volksgeamtheit verteidigt sich nach Kräften.

Redner führt nun die verschiedenen polnischen Institutionen und Vereine an, die als Verteidigungsmittel gegen die Germanisierung dienen, und fährt dann fort: Genügt das alles? Nein! Diese Vereine sind beschränkt. Nur ein Verein kann sich frei entwickeln, und das ist der politische Verein. Der Unterrichtshilfsverein z. B. kann sich mit der Politik nicht befassen, da er sonst seine Statuten überschreitet, und wenn er das tut, dann löst ihn die Regierung auf. Deshalb mußte ein Verein geschaffen werden, der uns dort verteidigen soll, wo die anderen Vereine Rücksicht auf die Gesetze und Rücksicht auf die preussischen Uniformen — wie ich sagen will — nehmen müssen. Und ein solcher Verein ist der Strazverein. **Der Strazverein ist ein politischer Verein**, er kann alles machen, er kann alle Lücken ausfüllen, die sich in den anderen Vereinen gebildet haben, und er kann mit allen Waffen kämpfen.

Die Nation ist kein Haufe aus losen Teilen zusammengesetzt, sondern sie ist ein festgefügtter Körper.

Jeder Mensch wird als Angehöriger einer Nation, als Engländer oder Pole usw. geboren. Nur das Tier kommt ohne Bestimmung auf die Welt. Der Mensch kommt mit einer Aufgabe auf die Welt. Er muß für seine Volksgeamtheit arbeiten; wenn er das nicht tut, dann ist er nichts. Wir als Menschen haben höhere Ziele und Ideale, nicht nur materieller Art, sondern wir müssen uns von einer gemeinsamen Idee zum Wohle der Volksgeamtheit beherrschen lassen. Um die Arbeit für die Volksgeamtheit gegen das preussische System zu bewältigen, müssen wir geschlossen zusammengehen. Nur gemeinsame Kraft führt zum Ziele. Wir müssen alle zusammen aus Werk gehen, um solchen

Feind zurückzudrängen. Und diese Aufgabe soll der alle Stände umfassende Strazverein erfüllen.

Früher wurde die Nation in Arbeiter, Bauern, Geistliche, Edelleute usw. geteilt. Das ist heute nicht mehr der Fall. Jeder Stand bleibt wohl bei seinem Berufe, aber der Volksgeamtheit gegenüber sind wir alle gleich.

Der Strazverein, der erst ein halbes Jahr besteht, hat schon 10000 Mitglieder, während der Ostmarkenverein, der schon 10 Jahre besteht, erst 40000 Mitglieder hat. Dieser Umstand beweist, daß unsere Volksgeamtheit das Bedürfnis empfindet, sich zusammenzuschließen vom Geringsten bis zum Höchsten, sich zusammenzuschließen unter der gemeinsamen Fahne des Strazvereins zur Verteidigung gegen die Attacken der Germanisation.

Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Redner in bekannter Weise die Tätigkeit der einzelnen Sektionen des Strazvereins.

Hierauf ergriff **Rittergutspächter v. Bogdanowski** zu folgenden Ausführungen das Wort:

Geehrte Herren!

Ich möchte noch in kurzen Worten auf den Strazverein eingehen. Vor allem möchte ich bemerken, daß dieser Verein garnicht daran denkt und davon träumt, gegen die Regierung aufzutreten. Er ist nur deshalb gegründet worden, weil wir von der Regierung absolut nichts zu hoffen haben, und wir müssen uns also selbst helfen. Das ist der einzige Anlaß, der die polnische Volksgeamtheit zur Gründung des Strazvereins gezwungen hat. Eine Hilfe durch den Verein kann aber nur dann eintreten, wenn er stark sein wird, d. h., wenn der Verein soviel Mitglieder wie möglich haben wird.

Redner betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß im Strazverein alle Stände gleiche Rechte hätten und versuchte dann nachzuweisen, warum der Strazverein erst jetzt gegründet worden wäre.

Er führte hierbei aus: Solange die preussische Regierung die für die Ansiedelung bestimmten Millionen zum Aufkauf der Güter vom polnischen Adel und von den polnischen Großgrundbesitzern verwendete, war der Strazverein nicht nötig, weil sich der Adel und die Großgrundbesitzer der Folgen ihrer Handlungsweise vollkommen bewußt waren. Diese Verkäufer gehören aber zu dem Lumpenadel, der seine Güter vergeudet hat. Ich habe solche Herren gekannt, die nur 4-spännig gefahren sind und als sie ihr Geld verpraßt hatten, dann gingen sie zur Ansiedelungskommission und verkauften ihre Güter. Sobald sie aber ihr Geld bekommen hatten, mußten sie von hier fortziehen, weil kein anständiger Mensch ihnen mehr die Hand gab und sie unter sein Dach aufnehmen wollte, weil sie Verräter unserer vaterländischen Sache waren. Wir nennen sie Verräter, und weshalb? Weil unser Land, sei dem wie es wolle, polnisches Land ist, und der Landesteil, in dem wir wohnen, früher zum Königreich Polen gehört hat. Das ist also unsere Erde, auf der wir erzogen sind, auf der unsere Groß- und Urgroßväter erzogen sind. Wenn wir daran denken, wie der deutsche Kaiser in Gnesen die Deutschen, welche ihr Land verkauften, Verräter nannte, so können wir die Polen, die ihr Land verkaufen, ebenso nennen. Der Adel hat solange verkauft, solange sich unter ihm Lumpen befunden haben, und von Zeit zu Zeit trifft sich auch jetzt noch einer darunter, aber das sind Leute ohne moralischen Wert. Der größte Teil von ihnen ist verzogen und mancher von ihnen, der jetzt seine Handlungsweise beweint, möchte wieder zurückkehren.

Jetzt, wo die preußische Regierung und die Ansiedelungskommission zu der Überzeugung gekommen sind, daß der Rest des polnischen Adels sich hält, haben sie sich an die kleineren Wirtschaften, an die Bauern herangemacht. Und da ist es von der größten Wichtigkeit, daß die Bauern aufgeklärt werden und wissen, welche Sünde sie begehen, wenn sie ihre Wirtschaften verkaufen. Die Bauern haben in dieser Beziehung einen um so schwereren Kampf zu führen, als sie über die ganze Sachlage nicht ausreichend informiert sind. Und was noch schlimmer ist, daß polnische Agenten der Ansiedelungskommission Dienste leisten. Und aus diesem Grunde ist der Strazverein gegründet worden, um allen die nötige Aufklärung und Belehrung zu geben.

Sich über die Beitragsleistung — Mindestjahresbeitrag 1 Mark — ausbreitend, fährt Redner fort:

Ferner möchte ich noch bemerken, daß der Strazverein ein ungeheurer großer Verein werden wird, denn er erstreckt sich nicht nur über das Großherzogtum Posen, sondern über ganz Preußen. Und wir gehen davon aus, daß, wenn sich ein jeder von uns seiner Pflicht als Pole bewußt ist, **der Strazverein schließlich, sei dem wie es wolle, so stark werden wird, daß die Regierung mit uns wird rechnen müssen und endlich einmal aufhören wird, uns zu vernichten und uns als zweifelhafte Bürger zu behandeln.**

Ich habe schon vorhin bemerkt, wir wollen mit der Regierung keinen Kampf führen, und wir können es dreist sagen: **wir wollen von der Regierung nichts haben.** Die einzige Forderung ist: **laßt uns in Ruhe** — damit sind wir schon zufrieden.

Die preußische Regierung sagt, wir haben das Recht dazu, euch herauszuschmeißen, denn hier ist nicht Polen, sondern Deutschland; als Deutscher kann ich im deutschen Staate deutsch wirtschaften, und kann von den Untertanen verlangen, daß sie auch deutsch sind oder werden.

Das ist vielleicht die Ansicht der Herren Hakatisten. Die Polen sind darüber anderer Ansicht. Wir sagen so: deutsch ist das Reich, soweit es diesen Namen hat, es wird aber zusammengesetzt aus allen Bürgern, die zum deutschen Reiche gehören. Und schließlich, woher nimmt der Staat die Geldmittel, um die Minister zu bezahlen, um die schönen Paläste für den Kaiser zu bauen, um Militär zu halten usw., das alles fließt dem Staat von seinen Untertanen zu, und dazu tragen auch wir bei, denn wir müssen mit den Deutschen zusammen die Steuern aufbringen.

Wir erfüllen alle Pflichten. Wir werden von der Militär- und Steuerpflicht nicht befreit, weil wir Polen sind. Im französischen Kriege haben auch die Polen ihr Blut für die Deutschen vergossen, und kein Pole hat sich dieser Pflicht entzogen. Denn wir sind so vernünftig, daß wir uns sagten: da uns das Unglück getroffen hat, daß unser polnisches Reich in drei Teile geteilt worden ist und wir jetzt zu Preußen gehören, so müssen wir als Bürger des preußischen Staates alles das erfüllen, was die Regierung von uns als Untertanen zu fordern hat, ergo, ist Krieg, dann gehen wir mit, werden Steuern von uns verlangt, zahlen wir sie. Andererseits haben wir auch vom Staate etwas zu fordern; und wir fordern nur, daß wir für die Steuern dasselbe bekommen, was die Deutschen bekommen. Und heute bin ich schon soweit gegangen, daß ich gesagt habe: wir wollen nichts mehr haben — laßt uns in Ruhe, und wir sind zufrieden.

Ich habe gehört, daß ein Pole gesagt hat: was heißt ein Pole? Beim Deutschen ist es besser, als beim Polen; mir ist es ganz gleich, ob Pole oder Deutscher. M. H.! Solche Menschen kann man nur bedauern. Es muß doch jeder einer Nationalität angehören. Wenn uns der liebe Gott als Polen erschaffen hat, dann müssen wir auch Polen bleiben, um so mehr, da wir keinen Grund haben, uns als Polen zu schämen; denn keine Nation hat eine so glänzende Vergangenheit als die polnische. Fragen wir doch einmal, ob sich jemand von uns beleidigt fühlt, wenn ihn jemand einen „Polen“, einen „Polak“ nennt. Wir ärgern uns gar nicht darüber. **Mir ist aber passiert, daß sich ein gebildeter Deutscher darüber geärgert hat, wenn ein Pole zu ihm gesagt hat, er sei ein Deutscher.** Und der Jude ärgert sich auch, wenn man zu ihm sagt, er sei ein Jude.

Gott hat uns als Polen geschaffen und uns auch die polnische Sprache gegeben. Warum verweist uns die Regierung die polnische Sprache? Wenn mir jemand eine zufriedenstellende Antwort darauf geben könnte, dann würde ich von morgen ab deutsch sprechen; aber die Antwort möchte ich erst hören.

Wir wollen also nichts von der preußischen Regierung haben, weil wir doch nichts bekommen, sondern wir wollen uns selbst verteidigen. Und zu diesem Zwecke ist der Strazverein gegründet worden.

Der Strazverein hat mich zum Vertrauensmann für den Kreis Birnbaum bestimmt, und meine Aufgabe ist es, nun den ganzen Kreis aufzuklären und zu belehren.

Nachdem Redner die Pflichten der Kommissare besprochen hatte, deren Namen nicht erwähnt wurden, fuhr er fort:

In der Presse und in den Versammlungen können wir all das Gute, was der Strazverein bisher schon geschaffen hat, nicht in breitem Rahmen besprechen, weil wir damit den Feinden offenkundigen, wie wir es machen, und das brauchen wir nicht!

M. H.! Die Deutschen selbst behaupten, daß sich der Kampf, der jetzt zwischen den Deutschen und Polen geführt wird, auf ökonomischem Gebiete entscheiden wird. Das bedeutet, daß es schließlich zu einer entscheidenden Attacke kommen wird zwischen den Deutschen einerseits und den Polen andererseits. Und diese Hauptschlacht wird derjenige gewinnen, der am meisten Land hat und wer in den Städten den Handel und das Gewerbe in seiner Hand hat. Das bedeutet, daß sich der ganze Kampf stützen wird: auf die Landwirtschaft, auf den Kaufmannsstand und auf die Gewerbetreibenden.

Deshalb fordern unsere Zeitungen ohne Unterlaß die Landwirte auf, ihr Land nicht zu verkaufen, denn das Land bietet in unserem Kampfe den größten Widerstand, und es kann in der Hauptschlacht uns zum Siege führen.

Wenn wir uns länger erhalten und länger unter der preußischen Regierung vegetieren wollen, dann müssen wir dem Strazverein beitreten.

M. H.! Man könnte ja sagen, wenn die Deutschen den Kampf gewinnen, dann wird es doch nicht so schlimm werden, sie werden uns doch nicht gleich hängen. Aber wir müssen uns fragen, was wird dann werden?

Wie sie wissen, denken die Hakatisten darüber nach, den polnischen Adel und die polnischen Bauern zu zwingen, ihr Land zu verkaufen, d. h. die Hakatisten wollen die Regierung veranlassen, ein Expropriationsgesetz zu erlassen, das namentlich in der Nähe von Städten zur Anwendung kommen soll.

z. B. zu den Wirten, die in der Nähe von Zirke und Pinne wohnen, würden sie (die Deutschen) eines schönen Tages kommen und sagen: wir brauchen dein Land, hier hast du Geld und nun verdufte. Wer heute 20 Morgen hat, der kann sich darauf gut erhalten, wer aber das Geld dafür nimmt, und nur die Kupons abschneiden will, der wird geradezu des Hungers sterben müssen.

Was wir sagen müssen, ist: Liebe Regierung, laß mich in Ruhe, ich bin zwar unter preußischer Regierung, aber laß mich polnisch leben.

Hier möchte ich erwähnen, daß es sich der preußischen Regierung nicht so sehr um die polnische Sprache handelt, nicht so sehr darum, daß das Volk polnisch ist, sondern ich komme immer mehr zu der Überzeugung, **daß es sich der Regierung darum handelt, uns zu protestantisieren.** Die Frage, ob die Regierung dies anstrebt oder nicht, kann ich mit zwei Beispielen beantworten: Die Regierung behauptet, sie denke nicht daran, uns zu Protestanten zu machen; aber wir glauben das nicht. Und warum? Wenn die preußische Regierung Güter zu Ansiedlungszwecken kauft und Ansiedler heranzieht, dann müßte sie sowohl protestantische Deutsche als auch deutsche Katholiken ansiedeln. Aber was geschieht? In sehr geringem Umfange bekommen die deutschen Katholiken Parzellen, und überall in den Ansiedlerdörfern werden protestantische Kirchen gebaut.

Das ist ein Beweis dafür, daß die Ansiedlungskommission uns Polen nicht nur germanisieren, sondern auch protestantisieren will.

Als weiteren Beweis möchte ich folgendes anführen:

Gleich den Hafatisten sind die Juden unsere größten Feinde. Die Juden halten sich immer zur stärkeren Partei, also zur preußischen Regierung, und sie tun alles, um der preußischen Regierung zu gefallen. Was macht nun die Regierung mit den Juden? Die Juden selbst sagen: wir sind Deutsche. Darauf sagt die Regierung: Du bist Deutscher, aber du bist auch Jude. Zum Militär nimmt man ihn nur als gemeinen Soldaten; ich weiß nicht, ob ein Jude schon je Unteroffizier geworden ist. Und daß ein Jude Offizier geworden wäre, oder einen höheren Rang bekommen hätte, dafür ist mir kein Fall bekannt.

Beim Gericht sind viele Juden, aber als Rechtsanwälte. In Birnbaum sieht man unter den Schöffen keinen Juden. Das geschieht, weil die Regierung die Juden nicht gerne sieht, und zwar deshalb, weil sie nicht protestantisch sind.

Wodurch macht ein Jude große Karriere? Dadurch, daß er sich taufen läßt. Sobald er aufhört, Jude zu sein, macht er die größte Karriere; in kurzer Zeit regnet es Orden auf Orden — er hat viel Geld, er kann das erreichen. Wir haben in Berlin Bankiers, die bald Grafen werden; z. B. v. Mendelssohn, der ist jetzt Edelmann; der deutsche Kaiser besucht ihn, und der russische Kaiser hat ihn besucht, als er Geld zum Kriege brauchte. Er ist jetzt aber nicht mehr Jude. Also ich sage, wenn sie aufhören, Juden zu sein, dann kommen sie zu den höchsten Ehren.

Deshalb behaupte ich, wenn wir sagen würden, wir wollen deutsch werden, aber katholisch bleiben,

dann würde uns die Regierung bei jeder Gelegenheit zurücksetzen, wenn wir nicht auch protestantisch werden würden. Und die Ansiedlungskommission gibt uns den besten Beweis dafür; denn sie siedelt Protestanten an und baut keine katholischen Kirchen.

Deshalb, geehrte Herren, fordere ich sie auf, dem Strazverein beizutreten, der nicht nur uns mittelbar von großem Nutzen sein kann, **sondern für die ganze Volks-gesamtheit in sehr kurzer Zeit eine erlösende Rettung bringen kann.**

Sehen sie nicht auf den Jahresbeitrag von 1 Mark, der wird sich hundertfach bezahlt machen, aber denken sie daran, was unser noch wartet und was für Zwistigkeiten wir mit den Behörden noch haben werden.

Hier möchte ich ihnen einen Vorfall erzählen.

Vor einigen Wochen, als die Zeitungen die Mitteilung gebracht haben, daß der Verein „Straz“ gegründet worden sei, und die Zeitungen die Namen der Starosten veröffentlicht haben, da kam zu mir der Distriktskommissar, der von mir Auskunft haben wollte über die Ziele und Bestrebungen des Vereins „Straz“. Ich habe mich bemüht, ihm die ganze Geschichte zu erklären, und zwar derart, daß die Regierung keine Angst zu haben brauchte, denn wir dächten nicht an Senfen, wir wollten nur unsere Existenz sichern, damit es sowohl uns selbst als auch unseren Kindern nicht an Brot fehle. Ferner sagte ich, daß der Straz-Verein dazu dienen werde, darauf zu achten, daß von den behördlichen Organen die Gesetze nicht überschritten **und die polnischen Kinder in Kwiltisch nicht so gehauen würden.**

Da machte er große Augen, denn er wußte wohl nicht, daß die Kinder in Kwiltisch sehr gehauen werden.

Darauf machte er einen Bericht an den Landrat und kam nach einer Woche wieder zu mir und sagte, daß er das, was ich ihm gesagt hätte, an den Landrat berichtet habe, der Landrat habe sich den Lehrer kommen lassen und festgestellt, es sei nicht wahr, daß der Lehrer die Kinder so schlug.

Dann sagte er noch zu mir: „Ja, wenn sie dem Hauptvorstande (des Straz-Vereins) solche unwahre Sachen berichten, dann machen sie sich lächerlich.“

Ich antwortete darauf: „Ob wir den Straz-Verein lächerlich machen, ist unsere Sache, und unsere Pflicht ist es, dem Straz-Verein mitzuteilen, was wahr ist.“

Jedenfalls habe ich schon soviel erreicht, daß nicht nur der Kommissar, sondern auch der Landrat auf den Lehrer aufmerksam gemacht worden sind.

Und was geschah?

Ich brauchte nicht lange zu warten; vor einer Woche, als die „Bank ludowy“ in Kwiltisch ihre Sitzung abhielt, kam Graf Kwilecki aus Rozbitok und sagte, ein Kind sei so geschlagen worden, daß es zum Kreisphysikus geschickt werden mußte. Der Physikus hat ein sehr günstiges Attest für das Kind, aber ungünstig für den Lehrer ausgestellt. Die Sache hat Graf Kwilecki in die Hand genommen und sie dem Staatsanwalt übergeben.

Gut, daß das in einem Kwiltisch passiert ist, aber wenn es wo anders passiert wäre und man wäre zum Distriktskommissar gegangen, der würde nicht

gesagt haben: „Gehen sie zum Kreisphysikus,“ sondern er würde sich bemüht haben, die Mutter zu besänftigen und ihr gesagt haben: „Gehen sie nicht dorthin,“ und das Kind würde weiter geschlagen werden.

Wenn sie einen derartigen Prozeß durchführen wollen, dann wenden sie sich an den Straz-Verein, der solche Sachen zu Ende führt.

Nachdem Redner die Anwesenden noch zum Beitritt in den Straz-Verein aufgemuntert hatte, brachte er ein Hoch auf Gr. Chrzypsko sowie auf den

Delegierten des Hauptvorstandes des Straz-Vereins aus und erklärte um 2¹/₂ Uhr nachmittags die Versammlung für geschlossen. Von den Großgrundbesitzern waren anwesend: Gutsbesitzer Berdynski-Mosiejewo, während die Geistlichkeit nicht vertreten war. Erst nach Schluß der Versammlung erschien der Ortspropst, um, wie es schien, die Herren vom Vorstande zu sich einzuladen.

Wietusch,

Königlicher Polizeisekretär.

Posen, den 6. Februar 1906.

Bericht

über den Verlauf der am Sonntag, den 4. Februar 1906 in Kotlow, Kreis Schildberg abgehaltenen öffentlichen Straz-Versammlung.

In dem Schaumraume des Gastwirts Kotlinski in Kotlow hatten sich etwa 300 Personen aus Kotlow, Mixstadt und Umgegend versammelt. Ein großer Teil der Erschienenen mußte wegen Überfüllung des Raumes von den anwesenden Gendarmen zurückgewiesen werden. Von Geistlichen war nur Propst **Jadomski** = Kotlow erschienen. Er trug eine viereckige polnische Mütze. Der Propst aus Mixstadt, welcher erst nach Beginn der Versammlung erschien, mußte unverrichteter Sache nach Mixstadt zurückkehren, weil er keinen Einlaß mehr erhalten konnte. Ferner waren erschienen: Der Starost des Strazvereins für den Kreis Schildberg, Rechtsanwalt **Radziszewski** = Schildberg als Delegierter des Posener Hauptvorstandes des Strazvereins, Literat **Zielinski** = Posen, der aus dem polnischen Schülerprozeß bekannte Buchhändler **Rowinski** = Drowo und mehrere andere Bürger von dort.

Die Versammlung eröffnete um 3¹/₂ Uhr nachmittags Rechtsanwalt **Radziszewski** = Schildberg mit dem altpolnischen Gruß „niech bedzie pochwalony Jezus Christus“ (Gelobt sei Jesus Christus). Dieser Gruß sei in dem alten Polen früher stets angewendet worden, leider komme er immer mehr in Vergessenheit und deshalb wende er ihn gerade hier an, um ihn den Versammelten wieder in Erinnerung zu bringen. Das Herz müsse einem jeden Polen höher schlagen, wenn er die so zahlreich Versammelten hier sehe. Jeder von ihnen hätte wohl schon auf seiner eigenen Haut das Ungemach verspürt, welches die Polen zu erdulden hätten, jeder wohl sei Zeuge dafür, daß den Polen das, was ihnen von Natur und Rechts wegen zustehe, nicht gewährt werde. Die Erde, auf der sie ständen, auf der sie geboren seien, sei polnisch, als Polen seien sie von Gott geschaffen worden und dieser würde diejenigen strafen, welche diese ihre Pflicht vernachlässigen würden. Auf dieser polnischen Erde weiter zu leben, seien sie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Einst habe diese Erde polnischen Königen gehört. Es sei aber eine unglückliche Zeit heraufgekommen, in welcher diese polnische Erde unter die preussischen Könige gekommen sei. Das sei bei der Dreiteilung Polens erfolgt. Den Polen, welche Preußen zugeschlagen worden seien, wären damals alle bürgerlichen Freiheiten, insbesondere Freiheit der Sprache und des Glaubens durch königliche Verheißungen zugesichert worden. Diese seien leider nicht gehalten worden. Bismarck habe sogar gesagt, die königlichen Versprechungen seien keinen Pfifferling wert. Man

könnte nun einwenden, daß die Polen ja unter der preussischen Verfassung ständen, nach welcher jeder Bürger vor dem Gesetz gleich sei. Wie sehe diese Gleichberechtigung aber in Wirklichkeit aus? Bei den Behörden, vor Gericht dürften die Polen nur deutsch sprechen, den polnischen Kindern werde selbst der Religionsunterricht nur in deutscher Sprache erteilt, die polnischen Geistlichen würden bespioniert, ob sie bei dem Vorbereitungsunterricht für die Beichte nicht etwa für die polnischen Aufständischen beten usw. So sehe diese Religions- und Redefreiheit aus! Aber es geschehe den Polen noch schlimmeres: man kaufe das polnische Land auf und führe protestantische Deutsche an Stelle der vertriebenen polnischen Bürger ein. Viel polnische Erde sei schon für immer verloren gegangen, die Kirchen in solchen Orten ständen leer, der polnische Gesang sei in ihnen verklungen. Ganze Scharen von Polen würden auch jetzt noch lediglich deshalb ausgewiesen, weil sie Polen seien. Unter Bismarck seien allein 40 000 Polen gezwungen worden, Preußen zu verlassen. Und das alles geschehe trotz der Worte des derzeitigen Kaisers: „Deutschum bedeutet Freiheit, Kultur!“ Traurig sei das Bild, welches sich biete, zumal die Hakatisten zusammen mit der deutschen Gesamtheit sich vorgenommen hätten, die Polen auszurotten, damit der polnische Name zu existieren aufhöre. Die Hakatisten trachteten danach, dem preuß. Staate die Mittel hierzu zu geben. Die Gefahr sei groß und deshalb müßten sie sich wehren. Diese Verteidigung sei erlaubt und durch die Verfassung gestattet. Möge jeder Pole mit eigener Faust sein Stückchen Land verteidigen, und wenn er sich selbst keinen Rat zu geben vermöge, dann solle er seine Nachbarn zu Hilfe rufen. Die heutigen Zustände seien schlimmer als eine Überschwemmung! Letztere raube vielleicht die Früchte eines Jahres und gehe vorüber, das gegenwärtige System aber wolle dem polnischen Volke die teuersten Schätze: die Sprache, Religion und Nationalität für immer rauben. Um sich vor dem Untergange zu schützen, sei der Straz-Verein begründet worden. Wenn alle Polen sich zusammenschließen würden, könnten sie sich auch erfolgreich wehren! Gott würde ihnen dann beistehen.

Redner fordert die Anwesenden hierauf auf, sich in der Versammlung ruhig zu verhalten und besonnen zu sein. Auch die Behörden sollten sehen, daß die Polen parlamentarisch zu verhandeln verständen, musterhafte Ordnung in den Versammlungen zu bewahren.

vermöchten. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde hierauf Propst Jadowski gewählt. Dieser dankte dem Vorredner und stellte den Versammelten den Delegierten aus Posen Zielinski vor. Die zahlreiche Beteiligung an der Versammlung beweise, daß das Bedürfnis, Abwehrmittel zu schaffen, überall erkannt werde. Das nationale Bewußtsein sei im polnischen Volke immer noch zu gering entwickelt. Schuld daran sei die Schule, welche überall germanisiere. Wie zu kämpfen sei, wüßten noch diejenigen, welche den Kulturkampf durchlebt hätten. Die Polen wollten nur Gerechtigkeit. Wenn man ihnen diese zu teil werden lassen würde, würden keine Versammlungen und kein Straz-Verein notwendig sein. Solange sie diese Gerechtigkeit aber nicht erlangt hätten, müßten sie sich zwecks Selbstverteidigung zusammenscharen.

Hierauf erfolgte die Bildung des Bureaus. Zum Schriftführer wurde Bureauvorsteher Pinkus-Schildberg, zu Beisitzern Gastwirt Kotlinski-Kotlow, Kaufmann Bieczysko-Mixstadt und Wirt Klepacz-Biskupice-Zabornezyne gewählt.

Das Wort erhielt hierauf **Stanislaus Zielinski** = Posen:

Auf der ganzen Linie tobe gegenwärtig ein Kampf des Polentums mit dem Germanentum, ein Kampf, den das den Polen feindliche Germanentum diesem bereits vor vielen Jahrhunderten aufgedrängt habe. Wo jetzt die Hauptstadt Deutschlands stehe, da hätten früher Slaven gewohnt. Bis über die Elbe hinaus hätten ihre Vorfahren geseßen. Wo seien diese geblieben? Sie seien von dem ihnen feindlichen deutschen Element vernichtet und ausgerottet worden. Von Markgraf Gero und Friedrich dem Großen an („d. h. groß ist dieser nur für sie, nicht für uns!“) tobe dieser Kampf. Friedrich der Große habe mit falschem Gelde das polnische Reich überschwemmt, die größten polnischen Leute unberechtigtweise in sein Heer eingestellt usw. Als dann das polnische Reich in Verfall geraten sei, hätten seine Heere die polnischen Länder gebrandschatzt und geplündert, bis Polen schließlich auf dem Wiener Kongreß zwischen die drei bekannten Mächte aufgeteilt worden sei. Die Zusicherungen, welche den Polen von dem Könige von Preußen damals gegeben worden seien, wären nicht gehalten worden. Seit jeher geschehe ihnen Unrecht, namentlich auf dem Gebiet der Muttersprache und Religion. Diese Politik sei von Flottwell fortgesetzt worden und werde bis zur heutigen Zeit unverändert fortgeführt. In der Schule unterrichte man die polnischen Kinder ausschließlich in deutscher Sprache, obwohl sie sonst kein Wort deutsch verständen. Es sei das gerade so, als ob hierher ein Chinese käme, der zu den Versammelten chinesisch spreche und dabei verlangen würde, daß man ihn verstehe. Überall würden deutsche Bibliotheken begründet, um die Vergangenheit Polens zu erniedrigen. Sie seien von protestantischem Geiste durchweht und dienten nur zur Verherrlichung der preußischen Könige. Welche Nation habe aber wohl Helden beseßen wie einen Kasimir den Großen, Wladislaus Jagiello, Sobieski u. a.? Wenn letzterer nicht gewesen wäre, so würde sich heut ganz Europa nicht vor dem Kreuz, sondern vor dem Halbmond verneigen. Die Polen hätten also eine ruhmreiche Vergangenheit, sie brauchten sich ihrer nicht zu schämen und könnten sich dreist zur polnischen Nationalität bekennen. Weitere Germanisierungsmittel seien die Abendschulen, sowie die Sitte, die polnischen Rekruten nach rein deutschen Gegenden zu verschlagen, wo sie kein polnisches Wort, keinen katholischen Gottesdienst hörten und so ihren nationalen Geist töteten. Die Zeiten seien für die Polen seit dem Kriege 1870/71 noch schlimmer geworden. Bismarck habe den Kultur-

kampf gegen die Geistlichkeit entfacht, viele polnische Geistliche seien in diesem ins Gefängnis gekommen, u. a. auch der Erzbischof von Ledochowski. Bismarck habe ferner 40000 Polen ausgewiesen, deren Familien unter dem schweren Schicksalschlage noch heute litten. Später sei die Ansiedelungskommission geschaffen worden, um die Polen auszukauften. Mit dem Gelde, das auch die Polen in Gestalt von Steuern zahlten, wolle man sie ausrotten. Nicht genug aber damit, man verbiete dem polnischen Besitzer sogar auf seinem eigenen Grund und Boden ein Haus zu bauen. Nähe könne er halten, der polnische Besitzer aber selbst könne ja in einem Erdloch wohnen! Ursprünglich seien letztere Maßnahmen auf das platte Land beschränkt gewesen, jetzt wende man sie auch schon auf Neubauten in Städten an. Das sei der Kampf eines feindlichen Systems gegen die Polen. Aber auch die deutsche Gesamtheit kämpfe gegen sie. Das verspürten am besten die polnischen Kaufleute infolge ihrer Boykottierung. Was den Deutschen erlaubt sei, sei den Polen verboten. Polnische Redakteure würden z. B. wegen der geringsten Anlässe bestraft. Der Hakatismus bilde gleichsam eine Nebenregierung in Preußen. Er schlage die antipolnischen Maßnahmen der Regierung vor, welche im Landtage dann bereitwilligst Gehör fänden. Auch in der Schildberger Gegend treibe ein solcher Hakatist sein Unwesen; es sei das der aus Rußland geflüchtete evangelische Pastor Rosenberger. Wenn die Hakatisten demnach offen gegen die Polen kämpfen könnten, sollten diese dazu still sein? Sie müßten sich wenigstens verteidigen, alle, Mann für Mann auf die Wälle treten und dem Feinde entgegenrufen: „bis hierher und nicht weiter!“ Die bisher angewandten Mittel seien zur Abwehr nicht ausreichend! Es seien dies die landwirtschaftlichen Vereine (kółka rolnicze), die polnischen Banken, der Verein „pomoc naukowa“ (Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend). — Aus letzterem sei der größte Teil der polnischen Intelligenz hervorgegangen. — Die Volksleshallen (czytelnia ludowa), die Sokolvereine u. a. Alle diese Institutionen hätten nur ein beschränktes Arbeitsfeld, denn sie seien durch ihre Statuten und die Aufsicht des Staats gebunden. Überschröte eine dieser Institutionen einmal ihre statutenmäßigen Zwecke, so lauiere die Regierung schon darauf, sie zu schließen. Wie gern möchte sie wohl den Verein „pomoc naukowa“ schließen, wenn dieser gegen seinen statutenmäßigen Zweck verstoßen würde, wie gern dessen Vermögen von zwei Millionen Mark in die Tasche stecken, „denn der Deutsche sei gerecht, aber auch habgierig!“ Dann würden dem polnischen Volke auf einmal die aus diesem Verein hervorgegangenen Führer fehlen! Um eine Institution zu schaffen, welche auf einem weiteren Gebiete Abwehrmittel anwenden könne, habe man den Straz-Verein begründet. Es sei das ein politischer Verein, der alle Lücken ausfüllen solle. In ihm sollten sich alle bewußten Polen zusammenschließen, er solle alle Polen auf die Verteidigungschanzen rufen und den Feinden zurufen „bis hierher und nicht weiter!“ Nur durch Einigkeit könnten die Polen stark sein. Jedes Polen Pflicht sei es daher, dem Straz-Verein beizutreten, dann werde man ihnen nichts antun können. Der Verein zähle schon nach viermonatlichem Bestehen 11000 Mitglieder; er werde hoffentlich nach nicht langer Zeit soviel Mitglieder besitzen, als Stimmen von den Polen bei den Wahlen abgegeben würden. Mit einer solchen Macht werde die Regierung rechnen müssen! Wenn das Nationalbewußtsein schwände, würden sie untergehen. Jeder Pole müsse sich daher zu der Nationalität offen bekennen, in der er geboren sei. — Redner fordert endlich zu zahlreichem Beitritt zum Straz-Verein auf.

Die Versammlung wurde hierauf auf eine halbe Stunde vertagt, um Mitglieder aufzunehmen. Es traten dem Verein etwa 130 Personen bei.

Nach Wiedereröffnung der Versammlung erhielt **Gorecki** = Schildberg das Wort: Redner forderte zu eifriger gemeinsamer Arbeit in der Familie und im öffentlichen Leben auf. Schon in den Kindern müsse man frühzeitig die Liebe zu allem, was polnisch ist, zum Glauben und zur Muttersprache wecken. Das polnische Volk müsse an seinen altpolnischen Sitten und Gebräuchen, an dem polnischen Liede, der polnischen Tracht usw. festhalten, sich an dem polnischen Vereinsleben (Sokolz, Industrievereine etc.) rege beteiligen. Vor allem aber müsse man an der Erde festhalten. Jeder Pole dürfe nur bei seinen Landsleuten kaufen, es verabscheuen, die Taschen der Deutschen und Juden zu füllen. Alsdann beklagte Redner sich darüber, daß in der Schildberger Gegend noch zu wenige polnische Zeitungen gelesen würden und empfahl den Anwesenden von dem Kaufhaus „Kolnik“ Gebrauch zu machen. Wenn jeder Pole dem Strazverein beitreten würde, dann würden sie einer besseren Zukunft entgegengehen.

Propst **Jadomski**: Das Losungswort: „Jeder zu den Seinigen“ müsse jeder Pole auch in die Tat umsetzen und stets befolgen. Erfülle so jeder seine nationale Pflicht, so sei es ebenso Pflicht der polnischen Kaufleute, gute und reelle Waren zu führen und die Kundschaft ordentlich zu bedienen. Die Anwesenden sollten auch ihre Frauen und Töchter ermahnen, nur bei Polen zu kaufen. Nur durch geschlossenes, einiges Zusammengehen auf allen Gebieten würden sie ihr Ziel erreichen.

Das Wort erhielt alsdann Wirt **Josef Kubit** aus Biskupice = zaboryczne:

Von den Vorrednern hätten die Versammelten bereits gehört, daß „die Feinde“ mit allen Mitteln danach trachteten, die Polen möglichst bald auszurotten, damit sie selbst nicht einmal einen Platz für ihre Gräber in der eigenen Erde finden könnten. Der Kampf tobe um ihre Muttersprache, die Religion, die Sitten und die nationale Existenz. Die polnische Nation könne sich in diesem Kampfe nach niemandem um Hilfe umsehen, sie sei auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Daher müßten sich die Polen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet gegenseitig unterstützen, nur bei Landsleuten kaufen. Jeder, der heute bei Fremden kaufe, sei ebenso ein Verräter der nationalen Sache, wie die Verschacherer des Grund und Bodens. — Redner ermahnt hierauf die Anwesenden, an der polnischen Erde festzuhalten, von welcher selbst der Papst gesagt habe, daß sie eine Reliquie bilde, denn sie sei mit dem Blute der polnischen Märtyrer durchtränkt.

Die Polen müßten ihre Augen nach allen Seiten offen halten, denn von überall drohe ihnen Gefahr; überall müßten sie um ihre Sprache, ihre Sitten und ihren Glauben kämpfen.

Schande und Schmach vor allem allen Landverschacherern, welche dazu beitrügen, daß die Polen sich ihrem Untergange näherten. Solche Verkäufer seien den Verrätern gleichzustellen, welche vor über hundert Jahren die Freiheit des polnischen Vaterlandes verkauft hätten.

Propst **Jadomski** dankt dem Vorredner und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch aus dem Volke eine solche Stimme in der Versammlung laut geworden sei. Er erteilt hierauf dem Arbeiter **Johann Matuszefak** aus Sadowie das Wort:

In längeren, wenig interessierenden Ausführungen sprach Redner zunächst über die Bruderliebe und soziale gemeinschaftliche Arbeit. Die Polen seien auf

allen Gebieten bedrückt. Weil sie keine eigne Regierung besäßen, wollten andere Regierungen sie vernichten. Um dies zu verhindern, sei der Straz-Verein begründet worden. Dieser sei sozusagen ein polnischer Ostmarkenverein. In ihm hätten sich alle Stände, ob hoch oder niedrig, zusammengeschlossen, um Hand in Hand zu arbeiten. Nur der H.M.V.-Verein sei schuld daran, daß die Polen sich zur Abwehr zusammenschließen, denn dieser trachte mit allen Mitteln, selbst solchen, welche den göttlichen Geboten zuwiderliefen, danach, die Polen auszurotten. Nicht mit Pulver und Schwert wollten sie sich verteidigen, sondern einen geistigen Kampf aufnehmen. Deshalb müßte jeder rechte Pole dem Straz-Verein beitreten und überall nur seine Landsleute unterstützen, vor allem aber an der polnischen Scholle festhalten. Wenn sie in diesem Sinne arbeiten würden, sei der Sieg ihnen sicher. Gottes Stimme treibe sie dazu, so zu arbeiten, es lehre sie dies die heilige katholische Religion. Leider gebe es unter dem polnischen Volke noch zu wenig Aufklärung. Es müsse daher mehr polnische Bücher und Zeitungen lesen. Als solche könne er vor allem für die dortige Gegend die *Gazeta Ostrowska* empfehlen. Diese koste vierteljährlich nur eine Mark. Soviel könne wohl jeder auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Die Versammelten müßten in dieser Hinsicht den anderen Grenzreisen ein gutes Vorbild geben. Vor allem müsse jeder dem Straz-Verein beitreten; der dieser Organisation nicht angehöre, der sei kein Pole. Mit Liebe, Eintracht und Einnützigkeit müßten sich die Polen verteidigen, dann würden sie sich sicher Rat wissen. Der Straz-Verein sei nicht etwa identisch mit den vor einigen Jahren in den einzelnen Städten und Dörfern begründeten St. Josef-Wachvereinen (Straz św. Józefa). Der neue Strazverein sei vielmehr ein politischer und nationaler Verein; er sei hervorgerufen worden durch die Notwendigkeit der Selbstverteidigung gegen die fortwährenden Angriffe der Habsburger auf alles das, was polnisch sei. „Gehen wir vor nach dem Ziele, welches uns der Strazverein vorzeigt, dann werden wir auch zu dem Ziele gelangen, das wir alle erstreben.“ Mit diesen Worten schloß der Redner seinen Vortrag.

Propst **Jadomski**: Der Vorredner habe den Versammelten die Pflichten gezeigt, welche sie dem Vaterlande und der Nation gegenüber hätten. Matuszefak habe im Westen Deutschlands gearbeitet und kenne auch die dortigen Polen. Daß dort ein guter Wind wehe, gehe aus einem Telegramm hervor, das ein früherer Parochiane von Kotlow, Peter Skolarski aus Essen der Versammlung im Namen der dortigen Polen soeben überhandt habe, in welchem diese der Versammlung guten Verlauf und günstige Erfolge wünschten. Jeder Pole müsse offen und wacker auftreten, er müsse der Welt zeigen, daß er Pole sei. Er, Redner, freue sich sehr über das rege Interesse und die Begeisterung der Versammelten. Dank für das Zustandekommen der Versammlung gebühre vor allem dem Starosten, Rechtsanwalt Radziszewski. Die rege Beteiligung an der Versammlung beweise, daß ein dringendes Bedürfnis für ihre Einberufung vorgelegen habe, denn schon seit vielen Jahren habe in Kotlow keine politische Versammlung stattgefunden, um die Klagen und Beschwerden des polnischen Volkes öffentlich vorzutragen. Er denke im Sinne aller Anwesenden zu handeln, wenn er sie auffordere, auf den Starosten ein dreifaches Hoch auszubringen.

Rechtsanwalt **Radziszewski**:

Wie jeder Pole in der heutigen Zeit, so erleide auch er Unrecht. Das Notariat in Schildberg gebe man ihm nicht, obwohl er schon lange Jahre Rechts-

anwalt sei, lediglich weil er Pole sei. Dagegen habe ein viel jüngerer deutscher Anwalt das Notariat ohne weiteres erhalten. Es freue ihn, daß aus dem Volke selbst 3 Redner in der Versammlung aufgetreten seien, welche das den Polen zugefügte Unrecht, wie aus ihren Reden zu ersehen sei, selbst ebenfalls tief empfänden. Die Anwesenden würden wohl sämtlich von dem der polnischen Nation zugefügten Unrecht überzeugt worden sein und ebenso davon, daß sie zu ihrer Verteidigung dem Strazverein beitreten müßten. Sie sollten indessen nicht glauben, daß der Verein nur dazu da sei, ihnen materielle Hilfe zu bringen. Er bezwecke vielmehr nur, die nationalen Rechte zu verteidigen. Wenn den Polen der Vorwurf von den Deutschen gemacht werde, daß sie an eine Revolution, eine Losreißung von Preußen dächten, so sei dies Unsinn, die Deutschen selbst glaubten wohl nicht einmal daran. Selbst Deutsche wunderten sich über das Vorgehen der Regierung den Polen gegenüber. Daraus könne man den Schluß folgern, daß auch die Regierung

bald von ihrem falschen Vorgehen überzeugt würde. Er bitte, die heut gehörten Worte und Ermahnungen sich tief ins Herz zu schreiben und danach zu handeln. Ein Ansporn zu nationaler Arbeit seien auch die Zeitungen. Diese bildeten sozusagen den zweiten „Strazverein“. Er empfehle allen das Abonnement der Gazeta Ostrowska. Wenn sie nach Hause gingen, sollten sie das Gehörte in ihren Familien weiterverbreiten. Das polnische Haus bilde noch eine Festung, welche der „Feind“ nicht betreten könne. Dank gebühre allen heut aufgetretenen Rednern, insbesondere dem Propst Jadowski.

Mit der Ermahnung, ruhig nach Hause zu gehen und keinerlei Störungen der öffentlichen Ordnung hervorzurufen, schloß Redner mit einem Hoch auf den Gastwirt Kotlinski, welcher trotz vieler ihm bereiteter Schwierigkeiten sein Lokal zu der Versammlung hergegeben habe, um 7 Uhr abends die Versammlung.

Augustini, Polizeiaffessor.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 24 des Orędownik (Posen)

vom 31. Januar 1906:

Von Herrn Siegmund Marweg erhalten wir folgende Nachricht:

Der Verlag der „Gwiazda“ und der „Kraina powiesci“ wurde von dem Inhaber Herrn Siegmund Marweg aus Beuthen nach Posen verlegt. Vom 1. Februar l. J. ab werden beide Blätter in Posen erscheinen, in Beuthen bleibt dagegen eine General-Agentur für Oberschlesien. Bezüglich der Redaktion, der Zusammenstellung der Zeitungen usw. ist keine Änderung eingetreten, indem Herr Siegmund Marweg weiter alleiniger Inhaber und Leiter der Zeitschriften bleibt. Als einzige Änderung ist zu vermerken, daß die Zeitschriften jetzt in Posen und nicht wie bisher in Beuthen gedruckt werden.

Die neuen Abonnenten belieben von nun ab bei Bestellungen der „Gwiazda“ und „Kraina powiesci“ bei ihren Postämtern den Vermerk hinzuzufügen, daß die Hauptpostexpedition sich von nun ab in Posen befindet.

Aus Nr. 27 des Orędownik (Posen)

vom 4. Februar 1906:

In Sachen des Mundschreibens des Erzbischofs betreffend den Strazverein schreibt der Orędownik u. a.:

Was die Sache selbst betrifft, so bemerken wir, daß wir gleich nach Veröffentlichung des Starostenverzeichnisses die Ansicht geäußert haben, die Ernennung von Geistlichen zu Starosten sei in vieler Hinsicht ein politisch falscher Schritt. Die Ernennung von Geistlichen zu Starosten läßt sich nur mit der Begriffsverwirrung erklären, die im Vorstand des Strazvereins hinsichtlich des Bereichs der Aufgaben dieses Instituts herrschen müssen.

Der Strazverein ist eine durch und durch politische Einrichtung, sogar zugeschnitten nach dem verschärften kaiserlichen System. Zieht man die Geistlichen in ein solches Institut als Starosten hinein, so muß das naturgemäß ein reizbares Verhältnis zwischen der geistlichen und der Staatsbehörde hervorrufen. Sich hierin zurechtzufinden war unsere nationale und des Erzbischofs kirchliche Pflicht. Uns wunderte es sehr,

daß der Vorsitzende des Strazvereins Herr Josef v. Koscielski die Ernennung von Geistlichen zu Starosten zulassen konnte; denn im äußersten Falle mußte er erst Informationen auf der Dominikel darüber einholen, ob die Ernennung von Geistlichen zu Starosten der geistlichen Behörde nicht Kümmernisse von seiten der Regierung bereiten und den Geistlichen nicht ihre Stellung auf anderen Gebieten der bürgerlichen, sozialen Arbeit erschweren werde, wo der Landrat oder der Kommissarius nicht ohne weiteres zu den Geistlichen Zutritt haben.

Wenn die geistlichen Starosten durch den Erzbischof erst unter dem Druck des Oberpräsidenten aus dem Strazverein beiseite gedrängt werden sollten, so ist es doch klar, daß es im Interesse unserer geistlichen Behörde und der auf so vielen anderen — sozialen Gebieten des Strazvereins und unserer Volksgemeinschaft arbeitenden Geistlichen wäre, wenn sie überhaupt nicht im Strazverein wären.

Heut schreibt der Vech, der Erzbischof habe sich dabei nach den kaiserlichen Briefen gerichtet. Hier in Posen äußert man sich entrüstet darüber, daß der Erzbischof wieder unter dem Druck der Regierung zurückweichen konnte. Man hat sogar ein vorzügliches Argument an der Hand: So lange Pastoren im HRT-verein arbeiten, so lange mögen unsere Geistlichen als Starosten im Strazverein sitzen. Aber dieses Argument ist, wenn man es auf die politische Waagschale legt, eine schrecklich leere Phrase, deren wir uns im Kummer als Markotikum bedienen. Diese nachträglichen Lamentationen werden uns soviel nützen, wie dem Verstorbenen das Räuchern.

Der Vorsitzende des Strazvereins, der gemeinsam mit dem Erzbischof jahrelang Versöhnungspolitik getrieben hat, hätte schon mit Rücksicht auf die politische Kollegialität die Geistlichen nicht als Starosten zulassen sollen. Er würde den Erzbischof vor einem neuen Druck der Regierungsbehörde behütet haben. Das ist in unsern Verhältnissen ein großer Unterschied, ob der Erzbischof den Geistlichen selbständig die Annahme des Starostenamts untersagt, oder ob er dies unter regierungsseitigem Druck tut.

Das ist unsere Ansicht hierüber.

Vom volksparteilichen, demokratischen Standpunkt aus kann man auch wichtige Beweggründe gegen das Hineinziehen der Geistlichen als Starosten in den Strazverein anführen. Möge die unabhängige Volkspresse die ganze Lage sorgfältig erwägen, dann wird sie eine ganze Menge solcher Beweggründe finden.

Mandl

Aus Nr. 28 des Oꝛedownik (Posen)

vom 6. Februar 1906:

Die Geistlichkeit und der Straz-Verein.

Es kommt selten vor, daß ein öffentlicher Fall eine solche Entrüstung und Beunruhigung hervorgerufen hätte, als die Nachricht von dem Verbot der Teilnahme der Geistlichkeit am Straz-Verein. In Posen spricht man davon in allen Kreisen, auch in den weiten mittleren Volksschichten; alle fühlen recht gut, daß es sich hier weniger um den Straz-Verein handelt, als um den Druck, um mit Hilfe der Kirche und der Geistlichkeit die Germanisierung durchzuführen. Diejenigen, welche dies klarer verstehen, sprechen laut darüber, daß es nicht mehr lange dauern wird und wir werden uns in Großpolen ebenso gegen die Germanisierungs-Bestrebungen der Geistlichen verteidigen müssen wie in Ermeland, Westpreußen und Oberschlesien.

Die Allgemeinheit schätzt mit gesundem Instinkt den neuesten Schritt des Erzbischofs recht treffend ein. Es ist nur schade, daß eben in Kreisen eines gewissen Teiles der Intelligenz die Bedeutung dieses Schrittes falsch ausgelegt wird. Man stellt die Sache so hin, als ob die Gefahr der Germanisierung durch die Kirche eine geringere sein würde, wenn den Geistlichen gestattet wäre in dem Straz-Verein Starosten-Amt einzunehmen, und daß sie sich vergrößern werde, sobald es nicht gestattet sein würde, Geistliche zu Starosten zu ernennen. Zwischen dem einen und dem anderen ist auch nicht der geringste engere Zusammenhang; die Germanisierung durch die Kirche hängt von ganz anderen Faktoren ab, und sie wird zunehmen, selbst dann, wenn die Würde des Vorsitzenden im Straz-Verein nach Abgang des jetzigen Vorsitzenden irgend ein Prälat aus dem erzbischöflichen Konsistorium übernehmen würde. Dann würde die Sache noch glatter gehen: Das Konsistorium würde der Germanisierung Dienste erweisen und dem Konsistorium der Straz-Verein zusammen mit den Starosten.

Es ist zu bedauern, daß ein gewisser Teil der Volkspresse nicht klarer hierauf schaut, und noch mehr ist zu bedauern, daß sogar unter der demokratischen Volks-Intelligenz ebenfalls törichte Ansichten darüber erscheinen. Aus den Kreisen solcher Intelligenz, den Kreisen unserer politischen Freunde, ist uns eine Äußerung zugegangen, welche keinen Unterschied zwischen der besonderen Sphäre der Interessen der katholischen Kirche und der ebenfalls besonderen Sphäre der nationalen Interessen unserer Volksgesamtheit anerkennt und obendrein die tatsächliche politische Abhängigkeit der Kirche und unserer Volksgesamtheit von der preußischen Regierung geringschätzt. Und einen solchen Standpunkt hat unser politische Freund aus den Kreisen der hiesigen höheren Intelligenz eingenommen, dessen Äußerung wir auf seinen Wunsch nachstehend veröffentlichen:

Aus der Stadt.

Geehrte Redaktion! In den letzten Tagen habe ich in einem unserer Blätter die Mitteilung gelesen, daß die geistliche Behörde wahrscheinlich unter dem Druck der weltlichen Behörde unseren Geistlichen gegenüber den Wunsch geäußert hat, sie möchten dem Straz-Verein nicht angehören, auch ihm nicht beitreten. Dadurch soll den Geistlichen gegenüber Unzufriedenheit über ihr Auftreten und über ihre private Tätigkeit zum Ausdruck gebracht worden sein.

Angeichts dessen frage ich:

1. Steht der weltlichen Behörde das Recht zu, sich in Angelegenheiten rein privater Natur einzumischen und einer von ihr unabhängigen anderen Behörde Weisungen zu erteilen?
2. Hat die gleiche weltliche Behörde auch der evangelischen kirchlichen Behörde geboten, daß

auch diese ihren Superintendenten und Pastoren untersage, Mitglieder des Ostmarken-Vereins zu sein?

Ich nehme nämlich nicht an, daß dieselbe weltliche Behörde nur einseitig die private Tätigkeit der katholischen Geistlichen einengen sollte, während sie den evangelischen alles gestattet.

Mit einem Maße die Tätigkeit und die Handlungen aller Untertanen ohne Rücksicht auf Rationalität und Bekenntnis messen, — das ist nach der Meinung wohl Aller fundamentum regnorum.

Dr. A.

Wir meinen, daß unser geehrte politische Freund es uns nicht übel nehmen wird, wenn wir seinen Brief veröffentlichen nach dem, was wir bereits in der Sonntagsnummer geschrieben haben. Wir tun das auf Grund seiner Forderung, um seiner Ansicht öffentlich Ausdruck zu geben, und zweitens deshalb, weil, wie wir hören, seine Ansicht in den Kreisen der hiesigen höheren Intelligenz viele Anhänger hat. Die Beteiligung der Geistlichen am Straz-Verein ist keine Angelegenheit rein privater Natur, und der Widerwille des geehrten Korrespondenten gegen die Annahme, daß die weltliche Behörde die katholischen Geistlichen nicht einseitig einengen, den Pastoren aber alles gestatten würde, steht in schreiendem Widerspruch zu den Tatsachen und zu der Wirklichkeit. Demgegenüber können wir die Augen doch nicht verschließen, noch uns der Täuschung hingeben, daß wir in dem gegenwärtigen Kampfe, in welchen man auch die Kirche, die Bischöfe und die Geistlichen spannt, etwas gewinnen werden durch politisches Prozeßieren mit der preußischen Regierung. Lehrt uns denn die Erfahrung nicht, daß sogar auf dem Prozeßwege der preußischen Regierung gegenüber erstrittene Rechte für uns die Bedeutung sich verpflichtenden Kampfers haben: heute sind sie da, morgen sind sie fort? Das preußische System legt uns in die Ohren, daß wir einseitig behandelt sind und werden. Nehmen wir daher die Sachen wie sie sind; wir führen mit der preußischen Regierung politische Prozesse, um unsere Rechte zu wahren, seien wir aber dessen eingedenk, daß diese Rechte nicht die Existenz sind, die Existenz aber können wir uns einzig sichern durch rührige Arbeit auf jedem Posten unserer nationalen Interessen.

Dazu bedürfen wir keineswegs Geistlicher als Starosten.

Welchen Vorteil hat unsere Nationalität davon, daß der Strazverein, eine Nationalorganisation, Geistlichen die Ernennung zu Starosten zustellt, während unsere geistliche Behörde, der Erzbischof, diese Ernennungen schon nach einigen Monaten kassiert? Wo ist hier mithin unsere nationale Selbsttätigkeit, wo die Unabhängigkeit unserer weltlichen nationalen Organisationen von den Einflüssen der geistlichen Behörde, die selbst dem regierungsseitigen Druck unterliegt? Und wie werden wir unsere nationale Kollektivarbeit einrichten und sie leiten, wenn man sich in den Kreisen unserer höheren Intelligenz nicht klar Rechenschaft ablegen wird über Fragen etwas verwickelter Natur. Gerade aus den Kreisen dieser Intelligenz hat man uns als sichere Information mitgeteilt, der Vorsitzende des Strazvereins habe vor einigen Monaten mit dem Erzbischof gesprochen, ob die Geistlichen dem Strazverein angehören könnten. Beide sollen sich gesagt haben: „gut!“ und so habe man zehn Geistlichen die Starostenwürde erteilt. In der vorigen Woche soll der Vorsitzende wieder beim Erzbischof gewesen sein. Der Erzbischof soll geweint und vorgeführt haben, daß man ihm das Seminar schließen werde. Ob der Vorsitzende des Strazvereins ebenfalls geweint hat, darüber informierte man uns nicht. Jedoch selbst,

wenn alle beide geweint hätten, so würde das die geistlichen Starosten nicht retten; denn der aus dem Palais des Erzbischofs informierte Dziennik Poznański schreibt ausdrücklich, der Erzbischof habe dieses Verbot unter Druck im Interesse der Kirche erlassen.

Also selbst der Dziennik Poznański lehrt uns in diesem Falle, daß die Sphäre der kirchlichen Interessen eine andere ist als die der nationalen Interessen und daß die Gemeinschaft dieser verschiedenartigen Interessen nur auf gewissen verschiedenartigen Gebieten liegt.

Wenn der Bauer auf zweihundert Morgen so wirtschaften würde, wie wir in dieser peinlichen Sache wirtschaften, so würde er in kurzer Zeit an den Bettelstab kommen. Aber unsere Intelligenz, wenigstens ein gewisser Teil von ihr, sieht es nicht, daß die nationale Sache bei solcher Wirtschaft, wie sie der Strazverein mit den Geistlichen führt, auch an den Bettelstab gebracht werden würde.

Die Intelligenz möge nicht aus dem Auge verlieren, daß es eine gewisse besondere Sphäre der kirchlichen Interessen und eine gewisse besondere Sphäre der nationalen Interessen gibt, und daß die Kirche sowie unser Volk unter dem Druck des preußischen Systems steht. Um sich also die Selbsttätigkeit des nationalen Gedankens, die Unabhängigkeit von der germanisierenden Kirche zu sichern, wollen wir uns so einrichten, daß wir es nicht nötig haben, nach einer solchen Hilfe zu greifen, wie sie uns die Geistlichen — Starosten geben können, auf daß wir uns im Notfalle mit der ganzen Front gegen die Geistlichen — Germanisatoren wenden können.

Aus Anlaß derselben Angelegenheit hat man uns aus geistlichen Kreisen einen Artikel eingesandt, welcher, was die Kraft der Gedanken und der Ausdrücke anlangt, alle Artikel übertrifft, die bisher in der Presse über die Politik des Erzbischofs erschienen waren. Unter anderen Umständen hätten wir einen solchen Artikel nicht veröffentlicht. Aber nach diesen Überlegungen, welche der Straz-Verein von Zeit zu Zeit der Volksgesamtheit bietet, haben wir uns für seinen Abdruck entschieden.

Privatim teilt uns der geistliche Verfasser mit, daß sein Artikel die allgemeine Meinung der Geistlichkeit ausdrückt.

Der Artikel lautet:

Die ersten Folgen des Kaiserlichen Briefes.

Jedem wird gewiß der Tenor des Kaiserlichen Briefes an den Erzbischof von Stablewski sich tief ins Gedächtnis eingepägt haben, welcher dem Gefühl tiefer Dankbarkeit für das ihm vom Kaiser zuteil gewordene Lob in einem besonderen Rundschreiben an seine Diözesanen Ausdruck gegeben hat. Dem Leser jenes Rundschreibens, enthaltend den Lobbrief, kam im ersten Augenblick ein wahres Chaos der verschiedenartigsten Gedanken und Vermutungen in den Kopf, — worüber wir heute nach genauer Erörterung des Rundschreibens uns nicht auszulassen gedenken. Wir wollen jedoch hervorheben, daß sich das erfüllt, was wir aus dem Kaiserlichen Briefe herausgefühlt haben.

Der Kaiser hat nämlich den Erzbischof fühlen lassen, daß bisher die polnische Geistlichkeit den Bestrebungen der Regierung nicht entsprochen hat, daß es mithin Pflicht und Aufgabe des Erzbischofs sei, seine Geistlichkeit zu beeinflussen und sie für die preußische Regierung freundlich zu stimmen. In dieser Angelegenheit hat der Erzbischof den ersten Schritt schon getan, indem er den Geistlichen die Teilnahme an der Tätigkeit des Straz-Vereins verbot. Zu diesem Schluß müssen wir kommen, wenn wir uns die Frage tiefer überlegen: Kann der Erzbischof der polnischen Geistlich-

keit die Teilnahme an der Tätigkeit des Straz-Vereins verbieten? Könnte und müßte der Erzbischof mit einem solchen Verbot hervortreten, wenn der Straz-Verein eine Einrichtung wäre, deren Tätigkeit sich sowohl der Kirche als auch den nationalen Angelegenheiten als schädlich erwiese? Als höchster Hirte, der auf der Wacht der geistlichen und materiellen Güter seiner Diözesanen steht, müßte der Erzbischof sogar in einem öffentlichen Rundschreiben hervortreten, seine Diözesanen vor der verderblichen Tätigkeit des Straz-Vereins warnend. Der Erzbischof tut dies nicht und kann dies nicht tun, denn die Intentionen und die Tätigkeit des Straz-Vereins sind edelster Natur.

Weshalb untersagt mithin der Erzbischof den Geistlichen die Zugehörigkeit zum Straz-Verein? Nun geradezu deshalb, um die Regierung nicht zu reizen, für welche er sich doch durch seine bekannte Thorner Rede schon lange verpflichtet und der er durch seine Versöhnungspolitik die Tür angelweit geöffnet hat zum Eindringen in unsere heiligsten Rechte. Wir sind eine Volksgesamtheit oder ein fester Verband von einzelnen Individuen, welche verpflichtet sind, im gemeinsamen Handeln einem gemeinsamen Ziele zuzustreben, und wir sind dazu durch Gott verpflichtet, denn wir sind eine natürliche Volksgesamtheit oder in unserem ganzen Wesen zum Leben direkt durch den Willen Gottes des Schöpfers berufen. Wer sich mithin von dem gemeinsamen Handeln und von der Verteidigung der heiligsten, weil göttlichen, Rechte fernhält, zurückzieht, oder andere davon abhält, der widersetzt sich geradezu dem Willen Gottes. Da wir diese Behauptung auf den Erzbischof nicht beziehen wollen noch können, so bleibt nur ein Schluß: der Erzbischof treibt, um die Regierung nicht zu reizen und ihr seiner Zusicherung gemäß treu zu sein, weiter Versöhnungspolitik, diese Politik, durch welche er fertig gebracht hat, daß die Kirche in seinen Diözesen zurzeit seiner Regierung sehr, sehr viel an Ansehen eingebüßt hat und noch mehr der Erzbischof selbst sowohl bei seinen Diözesanen als auch bei unseren Außenfreunden, — daß die Geistlichkeit, die in seine Fußtapfen getreten ist, eine moralische Null wurde für die Kirche und die Nation, denn das Volk hat zu solchen unklaren, undeutlichen, schwankenden Geistlichen ganz das Vertrauen verloren, — daß in der polnischen Volksgesamtheit eine Spaltung entstanden ist.

Es wäre nicht so weit gekommen, wenn der Erzbischof als Apostel Jesu Christi sich ein Muster, welches einzig der Nachahmung wert ist, an dem heiligen Apostel Paulus genommen hätte, wenn er an den Briefen dieses Heiligen mehr Vergnügen gefunden hätte als an Briefen mit Belobigungen dafür, was er nicht getan hat.

Endlich wäre es nicht so weit gekommen, wenn sich der Erzbischof mit einem Räte von klugen, angesehenen und erfahrenen Kaplänen umgeben hätte, welche bereits Kämpfe, die für das Wohl der Kirche geliefert wurden, siegreich überstanden haben, was schließlich auch das heilige Konzilium von Trient fordert; indessen hat der Erzbischof die ehrenwerten erfahrenen Kapläne aus seiner Umgebung und dem Räte entweder entfernt, z. B. den verstorbenen allseitig gebildeten und erfahrenen, zu Rat und Tat sehr befähigten Kaplan Dr. Lutowski, oder auch er nahm und nimmt die schätzbaren Weisungen der ehrwürdigen Kapläne, die er nicht entfernen konnte, garnicht an.

Wie wird es weiter werden?

W. K.

Aus Nr. 27 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. Februar 1906:

Das erzbischöfliche Rundschreiben, den Strazverein betreffend.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Der hochwürdigste Erzhirte hat, wie wir in Erfahrung bringen, ein Rundschreiben an die Geistlichkeit erlassen, in dem er der Geistlichkeit empfiehlt, keine öffentlichen Ämter in dem Strazverein zu übernehmen und keine Reden in dessen Versammlungen zu halten.

Dieses Rundschreiben hat manchen in ihrer Unkenntnis der Gründe, welche die geistliche Behörde zum Erlass von Aufträgen dieser Art veranlaßt haben, zu Ausfällen gegen die Person des Erzhirten Gelegenheit gegeben. Jeder Bischof muß in erster Reihe um das Wohl seiner Diözese und seines Klerus bemüht sein, er hat also auch das Recht zu beurteilen, was der Sache der Diözese und des Klerus schädlich sein kann.

Die Hilfe und die Arbeit der Geistlichkeit ist uns auf jedem Gebiete erwünscht und nötig; wir nehmen sie auch gern an, doch können wir andererseits nicht verlangen, daß die Geistlichkeit durch Unterstützung der außerkirchlichen Interessen die Angelegenheiten der Kirche und ihre eigenen Verlusten und Schäden aussetzen sollen. Soviel Verständnis und Einsehen müssen wir von selber haben.

Es kursieren Gerüchte, daß die Regierung bei Übernahme von Ämtern solchen Geistlichen die größten Schwierigkeiten bereitet, sie stellt sie unter Kontrolle, erhebt gegen sie Klagen und verschließt ihnen den Weg zu allen wichtigeren Stellungen.

Wenn es uns auch leid tut, daß die Geistlichkeit die Angelegenheiten und die Tätigkeit des Strazvereins nicht in der Weise unterstützen kann, wie wir es wünschen würden, so können wir doch angesichts der Schwierigkeiten der Lage und im Bewußtsein dessen, daß die der Geistlichkeit näher stehenden Angelegenheiten von ihr eine bestimmte Zurückhaltung im Auftreten verlangen, es der geistlichen Behörde nicht übel nehmen, daß sie in erster Reihe die Diözesan- und kirchlichen Interessen verteidigt. Wie wir von einem Geistlichen erfahren, hat das Rundschreiben des Erzhirten nicht die Absicht, die bürgerlichen Rechte der Geistlichkeit einzuschränken. Indem es die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der gemeinschaftlichen Arbeit betont, wünscht es die Tätigkeit der Geistlichkeit für das Gemeinwohl nützlich zu machen, ohne die Geistlichkeit Schäden und Einschränkungen seitens der Regierung auszusetzen.

N. B. In einer so außerordentlich schwierigen Lage muß man sich von allseitiger Einsicht leiten lassen.

Eine feurige Phrase, sie möge noch so gut ausgedacht sein, wird niemanden glücklich machen noch erlösen. Arbeiten, arbeiten und nochmals wirklich und positiv arbeiten, so werden uns selbst die Pforten der Hölle nicht überwältigen. Das ist unsere Lösung!

Aus Nr. 28 des Wielkopolanin (Posen)
vom 6. Februar 1906:

Der Strazverein und die geistliche Behörde.

Man schreibt uns in dieser Sache:

Der Erzhirte fordert von den Geistlichen, sie sollen keine Ämter im Strazverein übernehmen und keine Reden in den Versammlungen halten, da aus den polizeilichen Berichten über die Versammlungen zu ersehen sei, daß die Regierung eben auf die Reden der Geistlichen ihre besondere Aufmerksamkeit lenke und

aus diesen Reden neues Kapital zur Einschränkung der Geistlichkeit und zu neuen Ausnahme-Gesetzen schlagen wolle.

Dem Erzhirten wurden in dieser Beziehung die allergenuesten Informationen erteilt. Weniger der zweifellos auch bestehende Druck seitens der weltlichen Behörde, als geradezu die Rücksicht auf das Wohl der Kirche und auf die Gefahr, welche der Sache der Gesamtheit aus den feurigeren Reden der Geistlichen erwachsen kann, haben die geistliche Behörde bewogen zu fordern, daß die Geistlichen in den Versammlungen nicht auftreten und keine Starosten-Ämter in den Strazvereinen übernehmen sollen. Damit ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Geistlichen dem Strazverein angehören dürfen. Schließlich hat der Erzhirte nicht allein in dieser Sache beschlossen, sondern es nahm an den Beratungen in dieser Angelegenheit das Ordinariat teil.

Soviel zur Aufklärung.

Wir haben unsere Meinung in dieser Sache ausgesprochen. Es scheint uns, daß es besser gewesen wäre, man hätte gleich von Anfang an den Geistlichen die Warnung erteilt, nicht öffentlich im Strazverein aufzutreten. Eine solche Warnung ist im Augenblick, wo die Geistlichen bereits Starosten-Ämter angenommen und in den Versammlungen Reden gehalten haben, viel peinlicher.

Wir alle kennen die schwierige Lage unserer geistlichen Behörde und müssen darauf Rücksicht nehmen bei der Beurteilung ihrer Verfügungen.

Aus Nr. 30 des Oredownik (Posen)
vom 8. Februar 1906:

Das Rundschreiben des Erzbischofs in Sachen des Strazvereins.

Aus den Kreisen der Intelligenz hat man uns eine Abschrift des Rundschreibens überandt, sie lautet:
Posen, den 22. Januar 1906.

Es sind mir in letzter Zeit zahlreiche Beschwerden der Regierungsbehörden über das öffentliche Auftreten einzelner Geistlichen zugegangen. Da infolgedessen die Sache der Kirche in unseren Diözesen sowie das Wohl der Geistlichkeit sowohl im allgemeinen als auch im besonderen großer Gefahr und schweren Schädigungen ausgesetzt sind, erachte ich es als notwendig, meiner lieben Geistlichkeit meine im Rundschreiben vom 28. Dezember 1901 sowie in den Akten der letzten Dekan-Kongregation vom 16. November v. J. enthaltene Ermahnung in Erinnerung zu bringen, indem ich dringend bitte, daß sich die Geistlichkeit aufs genaueste darnach richte.

Ich habe nicht die Absicht, meiner Geistlichkeit diejenigen Rechte zu verkürzen, die ihr auf bürgerlichem Gebiete zustehen. Jedoch in der schweren Sorge um das Wohl meiner Diözesen und der Geistlichkeit, in der ernsten Befürchtung, keine Gelegenheit zu geben zur Erschwerung der Seelsorgerarbeit und zur Führung der Seelen zur ewigen Glückseligkeit, da ich ferner mich nicht seitens der Nachwelt der Klage aussetzen möchte, ich hätte den Verlusten nicht vorgebeugt, die zurzeit meines Regiments die Diözesen davongetragen haben, bin ich genötigt, meine väterliche Stimme zur Geistlichkeit zu erheben in Sachen der Beteiligung der einzelnen Geistlichen am Leben des Strazvereins.

Wie ich schon so oft darauf hingewiesen habe, sind die gegenwärtigen Zeiten ernst und für die Kirche voller offener oder geheimer Sorgen und noch drohender

Gefahren. Wir sehen das alle, und es fühlt sie am meisten mein Erzhirtenherz und ein bedeutender Teil meiner Geistlichkeit.

Da jetzt in letzter Zeit einzelne Geistliche in ihrem öffentlichen Auftreten nicht die Grenzen der Klugheit und der Ruhe zu wahren wußten, die ich bei den oben erwähnten Gelegenheiten empfohlen habe, da andere, und zwar manchmal die ehrenwertesten Priester sich Unannehmlichkeiten und zum Teil nicht wieder gut zu machendem Schaden ausgesetzt haben, die geistliche Behörde aber inmitten der größten Schwierigkeiten ihr Regiment ausübt, bin ich gezwungen, mich an die Geistlichkeit mit der Forderung zu wenden, daß sie angesichts der Bedrohlichkeit der Lage diese nicht noch mehr erschwere durch Annahme von Ämtern und das Halten von Reden in dem erwähnten Verein.

Ich hege die Hoffnung, daß meine geliebte Geistlichkeit aus dieser väterlichen Stimme die Sorge um das Wohl sowohl der uns von Gott anvertrauten Sache, als auch um die Zukunft unserer Kirche herausfühlen wird, deren Verteidigung uns in erster Linie am Herzen liegen soll. Mit Rücksicht hierauf setze ich auch in die Geistlichkeit das Vertrauen, daß sie meine oben zum Ausdruck gebrachte Forderung genau erfüllen wird.

Der Erzbischof von Gnesen und Posen.

Aus Nr. 25 des Postep (Posen)

vom 1. Februar 1906:

Attentate auf den polnischen Arbeiter.

Aus der Umgegend von Posen, im Januar.

Der polnische Arbeiter wird in den uralten polnischen Sitten immer mehr ein Dorn im Auge der Hakatisten, und er ist gleich den anderen Ständen einer hasserfüllten Verfolgung ausgesetzt. Es ist eine bekannte Sache, daß die Ansiedelungs-Novelle, welche kein Haus ohne Erlaubnis des Präsidenten der Ansiedelungskommission zu bauen gestattet, hauptsächlich gegen den polnischen Arbeiter gerichtet ist, welcher, wenn er durch seine mühselige Arbeit etwas Geld erspart hat, sich gern auf einem Stückchen Land in seiner Heimat niederlassen möchte. Die Hakatisten beneiden den polnischen Arbeiter, daß er durch seine mühselige Arbeit in Westfalen und überall, wohin er sich nach den deutschen Gegenden begibt, etwas erwirbt und sie rufen den Deutschen zu, sie möchten keine polnischen Arbeiter beschäftigen. Hier in den polnischen Gegenden erschweren die Hakatisten auch überall dem polnischen Arbeiter den Verdienst und wo es nur möglich ist, da wird er verdrängt, wo man ihn aber nicht verdrängen kann, da man keine deutschen Arbeiter bekommt, da wird ihm auf jede mögliche Art und Weise zugelegt.

Mit einem Wort, der polnische Arbeiter, welchen noch vor kurzem der Minister des Innern im preussischen Landtage rühmte, daß er gut, arbeitssam und loyal sei, d. h., daß er sich der Regierung in nichts widersetze, ist ungeachtet dessen zur Verdrängung aus den polnischen Ländern verurteilt.

In letzter Zeit ist mitgeteilt worden, daß Pastor Rosenberg, welcher aus dem Königreich Polen ausgerissen ist, um nicht nach der Mandchurei eine unfreiwillige Fahrt zu machen, ein Projekt bietet, wie der polnische Arbeiter zu verdrängen und durch den deutschen zu ersetzen sei. Er schlägt vor, zu diesem Zwecke die Ansiedelungsdörfer in kleine Parzellen von drei oder fünf Morgen aufzuteilen, darauf Häuser zu bauen und darinnen deutsche Arbeiter anzusiedeln, welche den polnischen Arbeiter in allen Arbeiten ersetzen würden.

Dieser Plan, obgleich mit ihm selbst die Hakatisten nicht ganz einverstanden sind, scheint jedoch in maßgebenden Kreisen Beifall zu finden. Als Beweis führe ich folgendes an:

In der Nähe von Posen liegt das Dorf Chartowo, welches aus deutschen Händen an die Ansiedelungskommission überging. Es sind dort einige größere Parzellen Ansiedlern übergeben worden, denen es aber nicht besonders geht, und sie reißen sogar nach Möglichkeit von dort aus. Wie ich höre, soll es beschlossene Sache sein, Chartowo, soweit es noch nicht besiedelt ist, zu Parzellen für deutsche Arbeiter zu verwenden. Es soll dort eine ganze Reihe Häuser errichtet werden, jedes Haus erhält drei oder sechs Morgen Land zugeteilt und es sollen solche Parzellen ausnahmslos unter deutsche Arbeiter verteilt werden. Diese deutschen, natürlich auch lutherischen Arbeiter sollen in dem hiesigen militärischen Proviantamt, wo bisher polnische Arbeiter beschäftigt werden, ständige Arbeit finden. Sobald Chartowo auf diese Weise besiedelt sein wird, so soll den polnischen Arbeitern, welche in dem militärischen Proviantamt arbeiten, die Stelle aufgekündigt werden und deren Plätze sollen dann ausschließlich deutsche Arbeiter aus jenem Chartowo einnehmen. Das ist der neueste Plan, der bald zur Tat werden soll, wodurch, sobald er zur vollbrachten Tatsache geworden sein wird, wieder hunderte polnischer Arbeiter aus ihrer ständigen Arbeit werden verdrängt werden. So arbeiten die Hakatisten an der Vertreibung des polnischen Arbeiters!

Die Ansiedelungskommission kauft fieberhaft die in der Umgegend von Posen liegenden Grundstücke an, um dadurch Posen nicht nur mit einer möglichst großen Anzahl von Ansiedlern umringen zu können, welche ausschließlich von ihrem Grund und Boden leben, sondern sie arbeitet auch daran, hier möglichst viel deutsche Arbeiter anzusiedeln und hierdurch die Germanisierung um die großpolnische Hauptstadt herum zu beschleunigen. Man wird wahrscheinlich, so wie man es mit Chartowo zu tun beabsichtigt, auch mit anderen in der Umgegend von Posen liegenden und der Ansiedelungskommission gehörenden Dörfern verfahren. Der polnische Arbeiter geht mithin keiner frohen Zukunft hier entgegen, da es ihm immer schwerer sein wird, Arbeit zu bekommen.

Es ist eine andere Sache, ob es den Hakatisten gelingen wird, diesen Plan so, wie sie es beabsichtigen, auszuführen, da oft die besten Pläne sich in der Praxis nicht durchführen lassen. Doch Gott sorgt dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Mit den Ansiedlern bei Posen macht die Ansiedelungskommission traurige Erfahrungen. Wer sich dies aus der Nähe und täglich ansieht, der sieht mehr als nötig, welche Wirtshaft in den angesiedelten Grundstücken geführt wird. Die Kolonisten, welche man aus verschiedenen Weltgegenden herbeigeführt hat, verstehen in der Erde nicht zu wirtschaften und wenn das polnische Volk sich deren Wirtshaft ansieht, so muß es mitunter bis zum Plagen lachen, und diejenigen, die uns Kultur lehren sollen, kommen und bitten die polnischen Bauern um Rat, wie sie das Land bearbeiten sollen.

In einem gewissen Dorfe unweit von Posen würden längst alle Kolonisten zu Grunde gegangen sein und sie hätten geradezu nichts zu essen, wenn sie die Ansiedelungskommission nicht mit Getreide und anderen Produkten unterstützen würde, man wisse aber, daß diese Kolonisten in den ersten Jahren gar keine Lasten zu tragen haben, da alles die Ansiedelungskommission trägt. Was hierzu für Staatsgelder verschwendet werden, darüber kann man sich nicht genug wundern.

Daher ist es auch kein Wunder, daß immer neue Millionen für die Ansiedelungs-Kommission nötig sind. Dies sind so ungesunde Verhältnisse, daß sie früher oder später nichts gutes hervorrufen werden. Und trotz alledem reißen die Kolonisten, wo nur möglich, von jenen Kolonien aus. Es ist möglich, daß dies nicht überall vorkommt, aber zum großen Teile verhält sich die Sache so, wie ich sie beschrieben habe, da nur durch eine riesenhafte Aufwendung sich die Institution der Ansiedelungs-Kommission aufrecht erhalten läßt, indem es ihr an dem geeigneten Material von Kolonisten mangeln wird.

Man darf aber keinesfalls diese Pläne gering schätzen, denn trotz der Schwierigkeiten wird die Ansiedelungs-Kommission, der volle Kasten Gold zur Verfügung stehen, doch langsam ihre Absichten durchzuführen imstande sein. Für den polnischen Arbeiter rückt also eine immer schwierigeren Zeit des Verdienstes heran, wenn er überall verdrängt wird. Mögen die polnischen Herren und die polnischen Landwirte hauptsächlich hier in der Umgegend von Posen nicht leichten Herzens ihres Landes sich entäußern, da sie dadurch, daß sie nach dem Mammon Gelfüste haben, sich selber nicht viel helfen werden, indem sie das Geld vergeuden, dem polnischen Volk aber den Unterhalt untergraben.

Sie arbeiten also selber an der Schwächung des polnischen Elements, indem sie sich ihres Landes entledigen. Für die Landleute ist der Aufenthalt um Posen herum weit vorteilhafter, als in weiteren Gegenden, man muß sich nur an die Arbeit machen und sparsam sein, aber auch mit Vernunft arbeiten, dann wird man nicht nötig haben, das Land an die Ansiedelungs-Kommission und andere Fremdlinge zu verkaufen. Hierin liegt unsere Rettung.

Aus Nr. 26 des Wielkopolanin (Posen)

vom 2. Februar 1906:

Pudewitz, 30. Januar 1906.

Die Versammlung des Strazvereins in Pudewitz hat das Weissenest, d. h. die Hakatisten, ausgewählt. Wie schon aus einer früheren Korrespondenz bekannt ist, haben sie sich durch ihren schon seit 11 Jahren bestehenden Verein noch mehr gestärkt, und zwar dadurch, daß sie in ihre Armee noch mehr Mitglieder zum Untergange der Polen hineingezogen haben. Das schmerzlichste ist, daß sie selbst die abhängigen Polen (kleinere und größere Beamte) zum Beitritt ebenfalls veranlaßt haben, dadurch, daß sie sie gewissermaßen an die Wand drücken, indem sie ihnen zurufen: „Als preussische Beamte seid ihr deutsche Männer, es ist also eure Pflicht, ebenfalls deutsch zu denken, zu fühlen und zu arbeiten.“

Gewissermaßen unter der Drohung, sie des Brotes verlustig zu machen, hat man ihnen verboten, ihren Bedarf bei den Polen einzukaufen. Dies übersteigt schon alles. Welch furchtbare Qualen diese Beamten mit ihren Familien (Kindern usw.) ertragen müssen, denn unter ihnen sind sogar gute Polen und dennoch sind sie als Hakatisten-Mitglieder eingetragen und müssen infolgedessen Beiträge zahlen; obendrein müssen sie noch alle Augenblicke mit ihren biedern Brüdern, sei es auf der Straße, in der Kirche oder irgendwo anders, zusammentreffen.

Wie bereits bekannt ist, befaßen sich mit dem Hakatismus hauptsächlich die importierten Beamten, die sogenannten „Fünf-Pfennig-Patrioten mit Zwei-Kinder-System“, welche auf gute Ostmarkenzulagen avancieren, und unter diesen sind „Auchkatholiken“.

Als in einer derartigen Versammlung ein gewisser Redner über die Polen donnerte, da erhob der dort anwesende jüdische Fleischer Israel Kaphan, früher in Miłoslaw, ebenfalls die Stimme: „Ja! ja! ist schon Zeit mit den Polen usw.“, und ließ sich als Mitglied mit einem Beitrage von 5 Mark eintragen. (Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur 1 Mk.) Das ist derselbe, bei dem hauptsächlich Polen Fleisch kaufen. Werde sehend, polnisches Volk, welchen Freund du hast, den du mit deinem schwer verdienten Groschen ernährst. (Hier vermerken wir folgendes: es wird allgemein angenommen, daß das Fleisch bei ihm billiger sei als bei den polnischen Fleischern. Sollte dies wirklich der Fall sein, warum können dann die Polen nicht auch so verkaufen wie jener Jude? Wenn er es kann, so müßten es die unsrigen ebenso können.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Juden mit den Hakatisten Hand in Hand gehen, man darf sich auch nicht betören lassen, denn der Jude vereint sich immer mit dem Stärkeren — das kann man bei den jedesmaligen Wahlen, gleichviel zu welchen Körperschaften, beobachten.

Wir entbehren sehr ein besseres polnisches Weißwaren- und Garderobengeschäft. Eine gewisse Wirtin (Inhaberin einer Landwirtschaft) aus der Umgegend kaufte dieser Tage die Aussteuer für ihre Tochter ein, natürlich in einem jüdischen Geschäft, indem sie vorzüglich, daß sie in dem hier bereits existierenden polnischen Geschäft bessere Sachen, z. B. Seide nicht hätte bekommen können; eine ziemlich ansehnliche Summe von ca. 300 Mk. ist unseren Händen entslüpft, schon wieder weniger Wohlstand bei unseren Landsleuten. Die Wahrheit gesagt, ist die Sache schwer durchführbar, hauptsächlich bei dem Dorfvolk und obendrein noch bei den Frauen, um sie an polnische Geschäfte zu gewöhnen. Ihnen kommt es immer vor, daß sie bei dem Juden „gut und billig kaufen“. — Wir haben doch heute schon genug polnische Geschäfte, wo man „besser und billiger“ kauft als bei dem Juden. Indessen ist es nicht so, denn er verdient noch recht gut dabei. Anders ist es in einem polnischen Geschäft und namentlich wo feste Preise eingeführt werden. Da begnügt sich der Kaufmann mit einem kleinen Verdienst und führt dabei gute Ware. Wenn durchaus mancher oder manche sich überzeugen und geschmackvollere Sachen anschaffen will, so mögen sie nur nach Posen oder Gnesen fahren. Dort gibt es genug polnische Geschäfte, wo sie in dem einen oder dem anderen, ohne angeführt zu werden, kaufen können, und die Reise wird sich lohnen. Mir, dem Schreiber dieses, ist vor 5 Jahren in einem jüdischen Garderobengeschäft in Posen ein ähnlicher Fall passiert. Ich kaufte mir einen Paletot, für welchen der Jude es wagte, 16 Taler zu fordern, nun, und ratet was er nahm? 6½ Taler, und trotzdem wurde ich noch betrogen, denn es war ein sehr schlechter Stoff.

Was lehrt uns dieser Fall? hätte ich nicht sehr gehandelt, so würde ich vielleicht 10 oder 12 Taler bezahlt haben. Wieviel hätte mit einem Male jener Jude verdient? Und viele Tausende unserer Landsleute haben sich auf diese Weise betrügen lassen? Darum ist es auch kein Wunder, daß wir so viel unermesslich reiche Juden und unter ihnen Millionäre haben. Lassen wir uns nicht ausbeuten, denn glaubet, wir werden zu elenden Menschen, wir werden aber „Hohenfalza“ haben.

Der Gesangsverein hatte die Absicht, im Karneval eine Dilettantenvorstellung mit Anschluß einer Unterhaltung aufzuführen und verabredete sich bereits mit dem Saalinhaber Spiegel, als dieser plötzlich auf Befehl der Hakatisten gezwungen war abzuschlagen. Es ist fraglich, ob man ihm den Verlust zurückerstatten wird, da doch solche Veranstaltungen keine geringen Einnahmen

bringen, umsomehr da die Polen solche nur einmal im Jahre abhalten. Bereits im Sommer, als von Straz-Vereinen noch keine Rede war, hat erwähnter Saalinhaber dem hiesigen Vikar Niemir als Vorsitzenden des Arbeiter-Vereins ebenfalls die Vermietung des Saales abgeschlagen, — sollten auch in diesem Falle die Hakatisten ihn beeinflusst haben?

Das müßten sich alle Polen sehr zu Herzen nehmen, denn was den Vereinen widerfahren ist, müßte alle gleich angehen. Wir müßten hieraus eine entsprechende Lehre entnehmen.

Bei dieser Gelegenheit lenken wir die Aufmerksamkeit der Herren Fleischer darauf, daß Herr Waberski am Markt eine sehr gute Viehwage besitzt und auch nicht teurer ist als andere. Unsere Stadt besitzt auch einen großen neuen polnischen Saal mit anschließenden Räumen usw., doch ist den Vereinen nur gestattet, ihn von weitem anzusehen, die Einnahme ist aber schwer und sei es auch für teures Geld; auch diesmal hat es die hierfür bestimmte Kommission mit dem Inhaber resp. der Inhaberin versucht, doch auch diesmal ohne Erfolg. Alle Verhandlungen waren umsonst, was bedeutet, daß man sich nicht wonach zu bücken hat; der Saal ist erst erbaut und steht leer, da dies seine Bestimmung ist. Zum Schluß dieser traurigen Nachrichten, deren ähnliche auch aus anderen Städten einlaufen, füge ich hinzu, daß alle diejenigen, welche der Brüderschaft der drei Buchstaben hier beigetreten sind, sich schriftlich verpflichtet haben, Polen in allen Gewerbezweigen zu meiden d. h. den Polen weder Arbeit zu geben, noch bei ihnen zu kaufen usw., mit einem Worte: mit ihnen ganz abzubreaken, und wie verhalten sich die Polen ihnen gegenüber, handeln sie etwa nach deren Muster? Es wäre viel davon zu schreiben. Wir werden erst dann aufhören wider die nationalen Interessen zu sündigen, wenn wir nichts mehr haben werden, oder wenn wir als Polen von der Erdoberfläche verschwunden sein werden.

Die Juden und Hakatisten essen uns auf, wenn wir sie ausnahmslos unterstützen werden!

In der Stadt befindet sich fast gar kein Land mehr in polnischen Händen, denn es existieren nur noch vier Besitzer. B.

Aus Nr. 26 des Wielkopolanin (Posen)

vom 2. Februar 1906:

Landshacher.

Aus Brzezie wird uns geschrieben: Gelobt sei Jesus Christus. Ein gewisser polnischer Landwirt, welcher 24 Morgen Land besitzt, erließ die Bekanntmachung, daß er infolge von Streitigkeiten in der Familie sein Besitztum verkaufen wolle. Es meldeten sich bei ihm verschiedene Käufer, unter anderen auch sein naher Nachbar, der Gemeinde-Schulze, welcher ein Stochdeutscher ist und der, wo er nur kann, das Polentum schädigt. — Dieser hat ihn beredet, ihm die Wirtschaft für 3000 Taler zu verkaufen. Kurz nachher kommt ein Pole, ein ehrenwerter und wirtschaftlicher Mensch und bietet ihm 400 Taler mehr. Doch jener Grundbesitzer wollte ihm nicht verkaufen und erklärte, daß er sein Gut nicht verkaufen, sondern es dem Deutschen geben werde. Vielleicht wird die Bekanntmachung dieses Vorkommnisses jenen Landwirt von der Zugrunderichtung eines Stückes polnischen Landes abhalten. — Soviel unser Korrespondent. Man sollte kaum glauben, daß sich unter den polnischen Landleuten solche fänden — welche es vorziehen, ihr väterliches Land, welches ihre Väter und Großväter und sie selbst ernährt hat und das sie mit

ihrem eigenen Schweiß getränkt haben, einem Deutschen abzutreten — obgleich sie einen polnischen Käufer haben, der ihnen mehr bietet. — Solchen Verräter wird diese heilige Erde nach seinem Tode in ihren Schoß nicht aufnehmen, man wird auf einen solchen Judas mit den Fingern zeigen und sagen: Dort geht jener, der sein väterliches Land in die Hände des Feindes gegeben hat, der dem Vaterlande und der Kirche ein Unrecht zugefügt, der durch Verrat seinen und seiner Kinder Namen besudelt hat! Man wird sich von ihm abwenden wie von einem Verpesteten und er wird sein Leben lang keine Ruhe finden, solch ein erbärmlicher Verräter. Besinne dich, Mensch, gehe in dich, denn du zielst nach der Brust der Mutter, welche dich ernährt hat! —

Aus Nr. 25 des Lech (Gnesen)

vom 1. Februar 1906:

Der Landmann schläft — und der Feind säet Unkraut.

Man schreibt uns: Unsere katholische polnische Gesamtheit kann sich aus Anlaß der vor kurzem abgehaltenen fünften Versammlung der deutschen Katholiken in Krotoschin bis zum heutigen Tage noch nicht beruhigen. Unsere Gesamtheit ist beunruhigt, weil sie in den Bestrebungen des „Vereins deutscher Katholiken des Ostens“ keine Unterstützung der katholischen Sache, sondern eine Unterstützung der Germanisierung durch die preussische Regierung in unserer Kirche erblickt. Die Regierung, welcher die Germanisierung und Protestantisierung unseres polnischen Volkes im Großherzogtum sehr am Herzen liegt, freut sich auch sehr über jenen Verein, mit großem Interesse verfolgt sie seine Bestrebungen, wofür der Umstand einen Beweis liefert, daß sie ihren lutherischen Vertreter zu jener Versammlung nach Krotoschin entsandte.

So hat denn der Erzbischof einen Feind zu seiner Seite, und zwar einen umso gefährlicheren, weil er sich für einen „guten Katholiken“ hält; „gut“ ist er, weil er nicht der Sache der Kirche, sondern der des Hakatismus dient. Dieser Feind säet Unkraut in unserer Kirche und in unserer Gesamtheit, denn er spitzt unter den Diözesanen mit Beziehung auf den Glauben und die Nationalität die Feindseligkeiten nur zu und schafft nach und nach die furchtbare Bewegung „Fort mit Rom!“ Diese Vermutung brachte sogar einer der deutschen Geistlichen zum Ausdruck, sowie auch die deutsche katholische Zeitung „Germania.“ Während also der Feind das Unkraut säet, schläft der Landmann. Der Erzbischof sollte dieser Sache sein volles Augenmerk zuwenden, in einem Rundschreiben ihre Schädlichkeit hinsichtlich der Kirche darum und das Unkraut entfernen.

Die Leser werden sich wohl noch entsinnen, in welcher scharfer Weise der heilige Vater Pius X. in seinen Rundschreiben, welche an die katholische Geistlichkeit und an das katholische Volk Italiens gerichtet waren, gegen diejenigen aufgetreten ist, die solche Vereine unterstützen oder ihnen beitreten, welche den Zweck haben, der Kirche zu schaden; den in dieser Beziehung Ungehorsamen drohte er sogar mit kirchlichen Strafen. Sollte denn der Erzbischof nicht den Mut besitzen, auch gegen den „Verein deutscher Katholiken im Osten“ aufzutreten? Es ist selbstverständlich, daß in einem solchen Falle die Befürchtung, die Regierung zu reizen, bei Seite gelassen werden muß, wenn das Ziel erreicht werden soll, denn auf andere Weise läßt sich eben nichts erreichen.

Deshalb appellieren wir an das Amt und an das Herz des Erzhirten, **daß er durch sein hohes Ansehen diesen gefährlichen und der katholischen Sache so schädlichen Verein auflöse.** Die deutschen Katholiken können sich doch durchaus nicht beklagen, daß ihre katholischen Interessen in unserer Erzdiözese beeinträchtigt wären. Wo es nur immer sei, und handelt es sich auch nur um eine handvoll deutscher Katholiken, werden auf ihren Wunsch auf Empfehlung der geistlichen Behörde deutsche Predigten und Gottesdienste eingeführt, sodaß die religiösen Bedürfnisse der deutschen Katholiken in der loyalsten Weise, so weit das nur irgend möglich ist, befriedigt werden, was die deutschen Katholiken auch selbst zugeben.

Jenem Verein deutscher Katholiken geht es daher nicht so sehr um die katholische Sache, als vielmehr um die Einführung der Germanisierung in unsere Kirche. Es ist somit die höchste Zeit, mit diesem gefährlichen Feinde den Kampf aufzunehmen, denn:

Wenn sich das Böse Bahn gebrochen,
Hilft selbst nicht Arznei!

Aus Nr. 27 des Lech (Gnesen)

vom 4. Februar 1906:

Es ist uns nicht erlaubt, uns zu verteidigen.

Aus Kreisen der Geistlichkeit schreibt man uns: Das letzte Rundschreiben des Erzbischofs v. Stablewski in Sachen des Vorbereitungsunterrichts rief seinerzeit unter der Geistlichkeit und dem Volke Erbitterung hervor, weil es in überaus treu ergebenem Sinne für den Staat verfaßt war. Solches bestätigte auch der Brief des Kaisers, welcher zugleich mit dem Rundschreiben von der Kanzel verlesen wurde.

Die Geistlichkeit und das Volk erblicken in dieser Tatsache einen Mißbrauch der heiligen Stätte, in welcher nur das reine Wort Gottes verlesen und erklärt werden sollte, aber kein weltlicher Brief. Deshalb war damals das Murren unter der Geistlichkeit und unter dem Volke wohl berechtigt.

Kaum war diese traurige Tatsache verstrichen, da jendet der Erzbischof an unsere Geistlichkeit schon wieder ein zweites Rundschreiben, welches ebenfalls im Geiste treuer Untertanenschaft für den Staat redigiert ist und den Priestern streng verbietet, der „Straz“ anzugehören und sich an ihren Bestrebungen zu beteiligen. Es ist uns also nicht erlaubt, uns zu verteidigen, wenn uns der Feind auch von allen Seiten bedrückt und verfolgt. Will denn unser Erzbischof in die Fußtapfen des Warschauer Erzhirten Popiel treten, welcher erst vor kurzem durch ein der russischen Regierung wohlgesinntes Rundschreiben die Tätigkeit der Geistlichkeit mit Beziehung auf das Wohl der Kirche und unseres Volkes im Königreich Polen knebelte?

Dieses neueste Rundschreiben des Erzbischofs von Stablewski wird seiner Regierung fürwahr keinen Ruhm einbringen, es wird ihm auch die Herzen des Volkes und der „geliebten Geistlichkeit“ nicht zuführen, sondern sie vielmehr abkühlen und ihm abgeneigt machen. Unsere Geistlichkeit wird sich durch dieses Rundschreiben jedoch nicht abschrecken lassen, und es wird die Sache der Kirche und des polnischen Volkes weiterhin vor der Bedrohlichkeit der protestantischen Regierung energisch verteidigen.

Die obige Korrespondenz enthält zwar scharfe, aber wohlberechtigte Worte der Kritik. Wir veröffentlichen sie, weil sie ein Beweis dafür ist, daß unsere patriotische Geistlichkeit ihre Aufgabe anders auffaßt wie der Erzbischof, der die besten Absichten haben kann, dessen Tätigkeit aber die fatalsten Folgen nach sich ziehen muß. Aus Kreisen der Geistlichen, und zwar von solchen Geistlichen, die sich um die Kirche und Gesamtheit verdient gemacht haben, erhalten wir auch immer häufiger Briefe, welche voller Erbitterung und Klagen gegen den Erzbischof sind. Diese Erbitterung erfuhr die höchste Steigerung durch das Rundschreiben, welches den Geistlichen verbietet, der „Straz“ anzugehören. Der achtbare Pfarrer Eichowski hat in Schmiegel schätzbare Worte über die Aufgabe der Geistlichen gegenüber der „Straz“ und der Gesamtheit gesprochen. Diese Worte fanden lebhaften Widerhall in den Herzen aller wahren Polen. Deshalb hat auch das letzte Rundschreiben des Erzbischofs einen um so fataleren Eindruck hervorgerufen, das Rundschreiben, welches beweist, daß die Nachgiebigkeit des Erzbischofs von Stablewski gegenüber der Regierung keine Grenzen kennt. Denn hat die Kirche ein Interesse daran, daß die Geistlichen der „Straz“ nicht angehören? Das kann doch wohl niemand behaupten; ein Interesse daran hat einzig und allein der Staat.

Vom kirchlichen Standpunkte aus ist es doch geradezu erwünscht, daß die Geistlichen der „Straz“ angehörten und daß sie mit Hilfe dieser Organisation zur Verteidigung der Nationalität und des Glaubens des polnischen Volkes mit beitragen.

Daraus geht hervor, daß das Verbot des Erzbischofs auf den Vorteil des Staates hinausgeht und der Kirche schadet, und von diesem Gesichtspunkte allein muß man es betrachten.

Aus Nr. 28 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 6. Februar 1906:

In Sachen der Ausbildung der Kinder im Auslande

schreibt man uns:

Aus Anlaß der Bemerkung in Nr. 23 des Dziennik betreffend jenen Buchhalter, der seine Kinder in einem Krakauer Konvikts untergebracht hat und von dem die deutschen Zeitungen schreiben, er sei vom Schöffengericht von der Schulstrafe freigesprochen worden, bemerke ich, dieser Herr solle sich weiter keine Kosten machen. Ich zitiere hiermit das Urteil des höchsten preussischen Gerichts:

„Urteil des kgl. Kammergerichts zu Berlin vom 23. Januar 1902, wonach schulpflichtige Kinder preussischer Staatsbürger nur inländische Schulen besuchen dürfen“.

Selbstverständlich bezieht sich das auf Kinder unter 14 Jahren. Will man weitere Bestrafung vermeiden, so gibt es keinen anderen Rat, als die Kinder von der preussischen Untertanenschaft freizumachen. Man braucht daher nur einen Antrag an den Oberbürgermeister einzureichen, der ihn natürlich an das Vormundschaftsgericht weitergibt, und dieses entscheidet. Die Kosten betragen 1,50 Mk. Stempelgebühren. Natürlich betrifft das namentlich Knaben, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Vor vollendetem 17. Lebensjahr kann man wieder die Aufnahme dieser Kinder in den preussischen Untertanenverband nachsuchen, was gewöhnlich gewährt wird;

dies geschieht wenigstens anderswo, und das, was ich anführe, ist eine mir gut bekannte Tatsache. Meine Informationen sind zu genau, als daß an ihnen zu zweifeln wäre.

Auch nachstehende Prozedur ist mir bekannt. Ein Vater, der von der Behörde die Erlaubnis, seine noch nicht 14 Jahre alten Söhne im Auslande ausbilden zu lassen, nicht erlangen konnte, gab sie für einige Zeit in das Großherzogtum Oldenburg, und er brachte von dorthen ein Zeugnis bei, daß seine Kinder dort die Schule besuchten. Später fandte er sie nach erfolgter Abmeldung ins Ausland, da dies Gesetz nur im Königreich Preußen, nicht aber in den übrigen Staaten und Stätchen des Deutschen Reichs bindend ist.

Aus Nr. 26 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 2. Februar 1906:

Aus Margonin.

Unser Städtchen stellt ein trauriges Zukunfts-
horoskop. Es ist eine der ältesten polnischen Städte,
die heute total verdeutsch ist; überall wo du dich
hinwendest, hörst du eine fremde Sprache, und der
Muttersprache bedient sich nur noch das Arbeitervolk.
In einem solchen nationalen Gefühl gestalten sich auch
die religiösen Gefühle. Wir haben hier „Auchkatholiken“,
Deutsche und Polen, welche am Tage des Kaiser-
geburtstags die Fenster ihrer Häuser reichlich beleuchten,
aber während der Feierlichkeit des Fronleichnamstages
bleiben ihre Fenster verhüllt. Eine solche Auffassung
der Dinge herrscht in Margonin. Es ist auch kein
Wunder, denn die Geistlichkeit macht keine solche Be-
obachtungen, und wenn sie auch von gewissen Personen
Winke erhält, so ermahnt sie doch nicht die Parochianen
und erteilt ihnen keine Lehre, wie sie Gott ehren sollen.
Doch wie die Auffassung dieser beiden Sachen: Ratio-
nalität und Religion hinkt, so hinkt auch die Lehre
der Geistlichkeit, wo es gilt die verkehrte Auffassung
von betörten Leuten in richtige Bahnen zu leiten.
Man sieht, daß der hiesigen Geistlichkeit nichts daran
gelegen ist, da unser Pfarrer eine Lehre in diesbezüg-
lichem Sinne nicht für nötig erachtet, er beteiligt sich
aber dafür recht gern an Galaunterhaltungen und
verbringt vergnügte Augenblicke im Kreise deutscher
Freunde. Obgleich so mancher Pole ihn so gern in
seinem Hause sehen und mit ihm als seinem Seelen-
hirten gern ein paar Worte sprechen möchte, auf
dieses Glück wartet er umsonst, denn der Pfarrer
besucht und verweilt gern in deutschen Häusern, nur
nicht in polnischen.

Aus Nr. 26 des Lech (Gnesen)

vom 2. Februar 1906:

Hören wir nicht auf, unsere Jugend zu retten.

Man schreibt uns: Die Eltern klagen ständig
darüber, daß die Kinder aus der heutigen Schule
nicht die genügenden Kenntnisse in der Religion mit-
bringen, weil man auf Grund ministerieller Erlasse die
Kinder nicht in der Muttersprache unterrichtet. Auch
die Geistlichen klagen darüber, daß die Kinder zum
Vorbereitungsunterricht mit nur sehr geringen Schul-
kenntnissen kommen, sodaß man ihnen die ersten Glaubens-
grundsätze beibringen muß; dazu kommt noch, daß ein
Teil der Kinder nicht einmal die Buchstaben kennt,
ein anderer Teil kann kaum syllabieren, und der Rest
kann so einigermaßen den polnischen Katechismus lesen.

Die moralischen Nachteile eines solchen Religions-
unterrichts, der doch schwer in einer fremden Sprache
zu erteilen und zu erfassen ist, sind für unsere Jugend
nicht wieder wett zu machen. Ein Kind, welches aus
der Schule nicht die genügende religiöse Ausbildung
mitbringt, wird sicherlich in der Zukunft ein schwacher
Mensch im Glauben und in der Moralität sein, und
er wird weder der Kirche noch der Gesamtheit Ehre
und Nutzen bringen. Man muß daher unserer Jugend
alles machen, damit unsere Jugend die Religion in der
Muttersprache lerne. Weil nun der Erzbischof nicht
sowiel Energie und Kraft besitzt, um eine solche wichtige
und brennende Frage zurzeit durchzuführen, so haben
wir, seine Diözesanen, die heiligste Pflicht, den Erz-
bischof in dieser Sache energisch zu unterstützen.

Es wäre vielleicht gut, wenn jede Parochie mit
ihrem Seelsorger an der Spitze gegen die Erteilung
des Religionsunterrichts in der fremden Sprache Protest
erheben und diesen Protest dem Erzbischof zuwenden
würde, damit der Erzbischof den Protest direkt am
Throne in Berlin selbst oder durch seinen Vertreter
anbringen und um Berücksichtigung desselben bitten
könnte. Vielleicht würde es sich auch empfehlen, diese
Sache direkt dem heiligen Vater zu unterbreiten, der
uns Polen schon sovieler Beweise seiner Liebe und
seines Wohlwollens gezeigt hat, und diesen heiligen
Vater des Christentums zu bitten, daß er sich unserer
unglücklichen Jugend annähme und sich bemühte, ihr
auf diplomatischem Wege das wiederzugeben, was ihr
nach menschlichem und nach dem Rechte Gottes
zusteht.

Vernachlässigen wir diese so wichtige und heilige
Sache nicht, damit uns Gott dereinst für unsere Gleich-
gültigkeit nicht schwer straft. Und Gott wird sicherlich
unsere Bemühungen, die wir zum Wohle unserer
Jugend unternehmen und die doch die Zukunft unserer
Kirche und der Gesamtheit ist, segnen. Retten wir
unsere Jugend!

Aus Nr. 5 der Pokraka (Posen)

vom 4. Februar 1906:

Posen.

Der Bazar bezieht Ziegeln von einem deutschen
Freimaurer. Was sagen dazu die Aktionäre dieses
adligen Instituts?

Posen.

Der Herr Kirchendiener aus der Parochie, wo
reiche Organisten Häuser an Juden verkaufen, hat das
germanische Apollotheater besucht.

Posen.

Frau Slowinska und Fräulein Masadynska sind
gesehen worden, wie sie in ein Seidengeschäft auf der
Berlinerstraße eintraten, welches einem Nichtpolen gehört.
Fräulein M. hat schon einmal in der Pokraka ge-
standen und dennoch vergift sie die Losung „Der
Landsmann zum Landsmann“.

sie ihre Privatwohnungen herrlich erleuchteten. Man ersieht daraus, daß diese Leute ihre menschliche und nationale Würde in den Winkel geworfen haben. Die Gerechtigkeit heißt jedoch bekennen, daß sich einige Kaufleute gefunden haben, welche sich nicht dazu verstiegen, ihre Loyalität und Dankbarkeit Preußen gegenüber zu zeigen.

Nicht besser wie bei uns war es auch in andern Städten. Aus Tremessen schreibt man uns, daß am Sonnabend die Stadt wahrhaft „urdeutsch“ ausgesehen habe. Nur ein Bürger hat sich gefunden, der da wußte, was die nationale Würde von ihm verlangt. Im übrigen illuminierte alles, was lebt: Der Spittel, die polnische Buchhandlung, der Vorsitzende des Sokolvereins, Schneiderinnen, von denen ein Deutscher nicht einmal eine Öse kauft, vollständig unabhängige Leute.

Traurig, sehr traurig!

Aus Nr. 27 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 4. Februar 1906:

Polen auf einem Germanisierungsabend.

An dem am 24. Januar in Schwesenz veranstalteten „Unterhaltungsabende“ beteiligten sich auch zwei Polen: Cielozyt und Grzyna, die man bei polnischen Vergnügungen nicht sieht. Das sind Zivilisierte.

Aus Nr. 27 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 4. Februar 1906:

Milosław.

Der Kaufmann Herr Anton Swiderski aus Milosław, welcher zu den ersten polnischen Bürgern zählt und sogar Mitglied der „Straz“ ist, beteiligte sich an dem zu Ehren des Kaisers veranstalteten Festessen.

Aus Nr. 27 des Lech (Gnesen)

vom 4. Februar 1906:

Es bietet sich Gelegenheit, im Kreise Wittowo aus deutschen Händen Land zu erlösen. Es handelt sich um kleinere Wirtschaften. Reflektanten erteilen wir gern nähere Informationen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 13 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 30. Januar 1906:

Etwas aus Preußisch-Sibirien.

Na, na! Spaß ist erlaubt, denn ich denke, daß derjenige, der das geschrieben hat, die Geographie gar nicht kennt! Sibirien gehört doch zu Rußland. Das wirst du jedenfalls sagen, lieber Bruder, wenn du die obige Überschrift lesen wirst.

Du hast auch recht! Sibirien ist ein ungeheuer großes Land, das weit im Norden Asiens liegt. Jedoch auch wir haben Recht, wenn wir behaupten, daß sich auch in Preußen ein Stück Sibirien befindet. Das werden wir dir gleich erklären.

Sibirien ist ein großes Land, es ist größer als ganz Europa und es gehört zu Rußland. Aber dieses Land ist trotz seines großen Flächeninhaltes wenig aus-

nugbar, denn dieses Land ist fast immer mit Schnee und Eis bedeckt, es ist eine wirkliche Schnee- und Eiswüste. Und obwohl Sibirien vielleicht die größten Schätze birgt, obwohl es vielleicht die teuersten Metalle birgt, was hat das alles zu bedeuten, wenn man die Kostbarkeiten nicht ans Tageslicht bringen kann, oder doch nur mit großer Schwierigkeit. Übrigens ist dieses Land auch von einer anderen, aber sehr traurigen Seite bekannt. Wie viele von unseren Brüdern haben dort in schwerer Gefangenschaft Höllequalen erleiden müssen, wie viele blutige Tränen sind dort auf den sibirischen Feldern geflossen? Die zarischen Henkersknechte haben sich in unmenschlicher Weise an den Qualen der Söhne Polens geweidet, die ihr Vaterland der Gefangenschaft entreißen wollten. Es ist wirklich ein trauriges Land.

Soviel vom wirklichen Sibirien.

Und jetzt wollen wir uns nach dem sogenannten Preußisch-Sibirien begeben. Wo liegt es? Na in Ostpreußen, und namentlich dort, wo unsere Brüder wohnen, unsere Masuren.

Aber dort in Masuren, wirst du, lieber Bruder, sagen, kann man doch den Acker bearbeiten; und wenn dort auch nicht Milch und Honig fließt, findet doch jeder sein Auskommen. Du hast Recht, Bruder, aber wenn wir von Preußisch-Sibirien sprechen, dann handelt es sich um weniger um das masurische Land, als um die Masuren selber.

Und wer sind diese Masuren? Das ist ein Stamm der polnischen Nation, das sind Polen von Blut und Knochen. Und wenn auch diese Masuren einstmals von den lutheraniserten Preußen durch Arglist und Gewalt zum lutherischen Glauben herübergetrieben worden sind und sie sich zu diesem Glauben auch heute noch bekennen, so muß trotzdem jeder Pole den Masuren Bruder nennen.

Und warum? Darum, weil die masurische Sprache polnisch ist, obwohl sie in vielen Ausdrücken etwas von der rein polnischen Sprache abweicht. Wenn aber die Muttersprache der Masuren polnisch ist, so können sie selbst nur Polen sein. Leider hat die einige hundert Jahre währende Gefangenschaft unter den Preußen bis jetzt viele Lücken in diesen polnischen Stamm hineingerissen. Wer irgend einmal ein wirklicher polnischer Masure und reich war, der hat sich in kurzer Zeit verdeutsch. Aber das masurische Volk, dieses einfache, aber wie ein Felsblock so harte Volk hat bis zum heutigen Tage seine polnische Sprache bewahrt. Und wir wissen aus Erfahrung, daß heute noch in Masuren Leute wohnen, die trotz der langen Gefangenschaft unter den Preußen nicht ein Wort deutsch können.

Schließlich müssen wir doch zu der wirklichen Aufklärung kommen, was das bedeutet „Preußisch-Sibirien!“ Wenn das wirkliche Sibirien ein Land ist, das in geographischer Beziehung vernachlässigt ist, — so ist Preußisch-Masuren, und besonders die Masuren selbst, in geistiger Beziehung wirklich vernachlässigt.

Es könnte beinahe scheinen, daß ihr anderer Glaube uns katholische Polen abgesperrt machen würde von diesen masurischen Brüdern. Wenn also bei uns im Laufe der Zeit der einfachste Mensch der Aufklärung zugänglich gemacht würde, die seinen Geist erhellte, wo der Geist und das Verständnis für unsere Lage immer mehr wächst — so ist in Masuren in dieser Beziehung noch alles vernachlässigt, und der Masure befindet sich beinahe in der früheren Dummheit und irrt auf den keinen Stützpunkt habenden Irrwegen.

Was könnte aber bei ihnen die Aufklärung heben und ihren Geist und ihre einfachen Herzen erhellen? Dafür gibt es nur einen Rat! Man muß ihnen nur

das lebendige Wort geben, d. h. eine nationale Zeitung, ein nationales Buch, eine nationale Broschüre usw., die sie garnicht besitzen, aber die ihnen schließlich die Augen öffnen würden, daß sie ewig in dieser Finsternis und Dummheit nicht leben könnten.

Und ist auch in dieser Richtung von unserer Seite nichts gemacht worden? Im Gegenteil! Es haben sich Leute gefunden, die unseren armen masurischen, seit Jahrhunderten von Wogen des Deutschthums umgebenen Brüdern geistige Hilfe bringen wollten!

Und so ist seinerzeit die Gazeta Mazurska und später die Gazeta Ludowa, und vor nicht langer Zeit in Osterode der Goniec Mazurski gegründet worden. Am längsten hat sich von diesen Zeitungen die Gazeta Ludowa gehalten, die länger als sechs Jahre in Eupf erschienen ist, und nachher in Ortelsburg in Masuren. Aber auch sie hat schließlich mangels Hilfe ihr schwindfüchtiges Dasein enden müssen.

Und wiederum trat eine mehrjährige Unterbrechung ein, in der die Masuren keine wirkliche polnische Zeitung hatten, bis vor kurzer Zeit in Osterode der Goniec Mazurski gegründet wurde. Aber der konnte die Masuren nur kurze Zeit aufkären und mußte seine Herausgabe einstellen.

Und was ist denn der wirkliche Grund, daß sich die Zeitungen für die Masuren nicht lange halten können? Ist es nur einzig und allein der Mangel an Eifer zur Bildung, oder der Mangel an Liebe zur Mutterprache, oder die Gleichgültigkeit der Masuren?

O wirklich nicht! Wir wissen, daß ein Kind sich mit einem erwachsenen Manne nicht messen kann. Ein solches Kind in geistiger Beziehung ist das masurische Volk, aber stärker ist die preussische Regierung, vor der es sich fürchtet.

Diese preussische Regierung hat diese Masuren viele Jahrhunderte lang in Ruhe und sie absichtlich in ihrer Dummheit erhalten, damit man sie unter Umständen leichter germanisieren könnte. Da sie aber gesehen hat, daß dort aufrichtige polnische Zeitungen entstehen, die diese Dummheit in den Gedanken der Masuren zerstreuen könnten, hat sie zur Vernichtung der Gazeta Ludowa in Königsberg den sogenannten Pruski Przyjaciół Ludu gegründet.

Es ist das ein Schmierblatt, das einen wahn-sinnigen Haß gegen alles sät, was polnisch ist. Es ist in masurischer Mundart geschrieben, um den Masuren Sand in die Augen zu streuen, aber in deutschen Lettern gedruckt, weil der Masure die lateinischen Lettern nicht kennt. Dieses Schmierblatt nennt sich masurisch, aber schon der Name Pruski Przyjaciół Ludu deutet an, daß er die Masuren so schnell wie möglich verpreußen will. Er kostet vierteljährlich nur 30 Pfg. und erscheint einmal wöchentlich; aber er kostet nur deshalb so wenig, weil die preussische Regierung kein Geld spart, um dieses Schmierblatt zu erhalten. Wenn es also auch wenig zahlende Abonnenten zählt, so wird es doch in ganz Masuren zu Zehntausenden verbreitet. Es agitieren für ihn und verteilen ihn umsonst Diener der preussischen Regierung, wie: Lehrer, Gendarme, Pastoren, Landräte usw. Und der arme Masure nimmt, auch wenn er nicht wollte, aus Furcht vor diesen so mächtigen „Herren“ in sein Haus eine solche Haß säende Schmierchrift auf, und er selbst, wie seine ganze Familie vergiften mit diesem Gift ihre Herzen und Seelen. Und in welcher Weise agitieren diese „Herren“ Regierungsparteiler für die Verbreitung dieses „Freundes“ (!) des masurischen Volkes? Die Lehrer drücken ihn in die Hand der Kinder während des Schulunterrichts und heißen sie diese Schmierchrift nach Hause tragen, die Pastoren rühmen auf der Kanzel diesen Przyjaciół über alle Maßen, und es ist noch genug, daß nicht dem Masuren mit der Hölle gedroht wird,

der ihn nicht liest! Die Gendarmen fragen die Masuren bei jeder Gelegenheit, ob sie den Pruski Przyjaciół Ludu halten, und wehe dem, der ihn nicht liest. — Für jede Kleinigkeit, für jede geringste Unordnung, sei es vor dem Hause oder im Hofe, wird solch einem Masuren Strafe auferlegt. Und diese Strafe, wenn sie vielleicht auch verhältnismäßig niedrig ist, so ist sie für die Masuren, die im Schweiß ihres Angesichts sich von ihrem Acker erhalten müssen, empfindlich. Also können wir uns nicht über den armen Masuren wundern, daß er ein solches mit Gift erfülltes Schmierblatt in sein Haus aufnimmt. Wir sehen also, daß sich die preussische Regierung mit allen Mitteln bemüht, in den Herzen der Masuren das polnische Gefühl zu ertöten! Daß für die Verbreitung dieses Pruski Przyjaciół Mazurów sogar die Landräte agitieren, davon zeugt ein Brief des Landrats aus Osterode, der uns von einem Vertrauensmann des Pruski Przyjaciół Ludu zugesandt worden ist. Dieser Brief lautet in polnischer Übersetzung folgendermaßen:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Osterode (Ostpr.), den 10. Juni 1905.

Königlicher Landrat.

Nr. 4336 II.

Ich bitte um Mitteilung innerhalb acht Tagen, wieviel Exemplare des Pruski Przyjaciół Ludu (Volksfreund) vom 1. Juli d. J. ab abonniert worden sind. Das Geld für das Abonnement (30 Pfg. für Exemplar und Quartal) bitte ich so schnell wie möglich an die Adresse des Königlichen Landratsamts franko einzusenden.

Umgehende Antwort auf dieses Schreiben ist erforderlich, damit ich die erforderliche Anzahl von Exemplaren in der Expedition des Pruski Przyjaciół Ludu bestellen kann.

Ich bitte Sie, sich nach Kräften für die Weiterverbreitung und Vermehrung der Abonnenten des Pruski Przyjaciół Ludu zu bemühen, denn er ist dazu da, um nicht nur der Sozialdemokratie in den Dörfern entgegenzuwirken, sondern auch gleichzeitig durch die Bekämpfung der polnischen Agitation das Deutschthum zu stärken.

Der Pruski Przyjaciół Ludu erscheint regelmäßig jeden Freitag vormittag.

gez. Adamek.

An

den Vertrauensmann Herrn Rittergutsbesitzer Lasakow in Seelesen.

Dieses Dokument ist von ganz besonderer Wichtigkeit. Denn wir erfahren aus ihm, daß es sich diesem Przyjaciół (?) des masurischen Volkes garnicht um die Verbreitung von Bildung handelt, sondern daß ihn die preussische Regierung zu dem Zwecke herausgibt, um unsere armen masurischen Brüder so schnell wie möglich zu germanisieren.

Und wer weiß, ob es dem unaufgeklärten, dummen, stumpfen und schwachen Masuren gelingen wird, sich auf längere Zeit diesen ihn immer tiefer hineinziehenden Wogen des Deutschthums zu widersetzen! Und werden wir kein Schiff zur Rettung aussenden, auf dem die Flagge mit der Aufschrift weht: Mut, masurische Brüder! Es kommt die Aufklärung! Denn wenn wir auch in dem bekannten Liede von der Widerstandsfähigkeit der Masuren lesen:

Denn im Masuren ist eine solche Seele,

Daß, wenn sie stirbt — sie sich noch bewegt, so vergessen wir doch nicht, daß auch der Stein in Staub zerfällt! Also auf zur Rettung unserer masurischen Brüder!

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 27 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 4. Februar 1906:

Seid uns willkommen, liebe Gäste aus Großpolen!

Wie aus einer Bekanntmachung in dieser Nummer erhellt, werden morgen — Sonntag bei uns Gäste, liebe Gäste aus Großpolen eintreffen. Zusammen mit dem Haupt eines der ältesten und hervorragendsten polnischen Geschlechter werden die ersten Vertreter des polnischen Adels und Bürgertums erscheinen, um sich mit uns, Arbeitern vom Pflug und Hammer, zu verbündern und uns die von schwerer Arbeit harte Hand zu drücken, um gemeinsam mit uns über unser Freud und Leid zu beraten. Fürwahr, es ist dies ein schöner Augenblick in der Geschichte unserer nationalen Bewegung in Oberschlesien.

Auch wir Schlesier hatten einst, vor langer, sehr langer Zeit, Magnaten, einen Adel und ein Bürgertum, die von unserem Fleisch und Blut waren. Das war aber ehemals. Heut haben alle diese Herren sogar schon vergessen, daß sie Nachkommen berühmter lechitischer Geschlechter sind, kaum ihre verunstalteten Namen zeugen von ihrer slawischen Abstammung. Polnisch ist nur der Bauer geblieben, aus dessen Schoße in unserem Vaterland der weit verzweigte Strauch der polnischen Arbeiter emporgewachsen ist. Und es geschah, daß das obereschlesische Volk, da es überall Deutsche auf den höheren Sprossen des sozialen Organismus erblickte, zu glauben begann, daß nicht nur in Schlesien, sondern in der ganzen Welt die Deutschen Herren, die Polen dagegen Diener seien. Es ist noch nicht so lange her, daß das obereschlesische Volk auf der Straße stehen blieb und mit Verwunderung auf intelligente Leute blickte, wenn sie sich auf der Straße polnisch unterhielten.

Das obereschlesische Volk, welches sich mit den eigenen Sorgen herumschlägt und auf dem Felde, in der Werkstatt oder Fabrik lebt, wußte überhaupt nicht, daß noch irgendwo in anderen Ländern Leute leben, die ganz ebenso polnisch sprechen, und daß es unter diesen Leuten ebenso hoch Gebildete, Reiche und Magnaten gibt.

Erst mit der Entwicklung der polnischen Presse trat eine Umwälzung in den Anschauungen und Überzeugungen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien ein. Das Ergebnis davon war, daß wir vor drei Jahren die Lösung ausgeben konnten: Der Pole vereinige sich mit dem Polen, die obereschlesischen Abgeordneten mögen sich mit den Abgeordneten aus dem Posenschen und aus Westpreußen in der polnischen Fraktion vereinigen, mit einem Worte: Die Polen in allen polnischen Landesteilen Preußens mögen sich die Hände reichen zu gemeinsamer Arbeit und Verteidigung unserer Nationalität! In der Vergangenheit hat uns die göttliche Vorsehung auf besonderen Wegen geführt, in der Gegenwart aber hat sie sich uns genähert und uns befohlen, für unsere heiligsten Güter, für den Glauben und die Nationalität zu kämpfen. Und obwohl uns das Glück nicht so günstig war, wie wir es wünschten, so ist es uns dennoch gelungen, wenigstens mit Hilfe eines Abgeordneten Beziehungen zu unseren großpolnischen Brüdern anzuknüpfen und uns in einem nationalen Bunde, in einer politischen Körperschaft zu vereinigen.

Jetzt handelt es sich darum, diese unsere ersten Schritte zu festigen, unser Bündnis mit Großpolen enger zu knüpfen und auch auf anderen Gebieten der

öffentlichen Arbeit neue Glieder zu bilden, mit deren Hilfe wir eine große unzerreißbare Kette schmieden könnten.

Diese Aufgabe eben sollen die morgen zu uns als Gäste ankommenden Brüder und Landsleute aus Großpolen vollführen. Sie wollen uns unter die Fittiche des Vereins „Straz“, desjenigen Verbandes zusammenscharen, dessen Aufgabe die Verteidigung der polnischen Interessen in allen Zweigen und Gebieten des Lebens ist. Wir freuen uns herzlich dieser unserer Gäste aus Großpolen. Möge Gott ihre Absichten und Pläne segnen, auf daß wir mit gemeinsamen und vereinten Kräften unsere nationale Sonderstellung und Selbständigkeit verteidigen und behaupten und überall unserem Volke und der nationalen Sache mit Rat und Tat dienen könnten.

Indem wir eure Ankunft in dem altpolnischen Lande so auffassen, rufen wir aus der Tiefe des Herzens und der Seele:

Seid uns begrüßt, Brüder Großpolen!

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz)

vom 6. Februar 1906:

Versammlung des Vereins „Straz.“

Wie in allen Blättern bekannt gemacht worden war, sollte am Sonntag um 3 Uhr eine Versammlung des Vereins „Straz“ hier in Kattowitz im Saale der „Reichshalle“ stattfinden. Um 12 Uhr war eine Vertrauensmännerversammlung einberufen worden. Zu der festgesetzten Stunde kamen alle aus ganz Oberschlesien Eingeladenen zusammen, die Polizei hatte aber an den Saaltüren mehrere Sicherheitswächter aufgestellt und ließ niemanden in den Saal hinein. Umsonst gaben sich die Führer, welche die Versammlung einberufen hatten, Mühe, die Polizei zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die Polizei handelte nach ihr von oben erteilten Aufträgen und Befehlen und öffnete den Saal nicht. Da die Versammelten in den Saal nicht hineinzugelangen vermochten, versammelten sie sich unten im Restaurationslokale.

Kurz darauf eröffnete Dr. Seyda die Versammlung, in dem gleichen Augenblicke aber löste sie Herr Mädler, der Vertreter der überwachenden Behörde, auf. Der Vorstand des Vereins „Straz“ befand sich in einer schwierigen Lage. Um aber sein Ziel zu erreichen, beschloß er, die Versammlung in Galizien abzuhalten, das uns schon so oft Aufnahme gewährte, wenn uns die hiesigen Behörden Schwierigkeiten bereiteten. Allen Versammelten wurde also bekannt gegeben, sie möchten mit dem um 1 Uhr 24 Min. nach Oswiencim abgehenden Zuge abreisen, was auch geschah. In Oswiencim langten sie um 3 Uhr an und traten sofort ihren Marsch — Lieder singend — zur Stadt an. Nach kurzer Wanderung trafen sie im Saale des Herrn Herz ein, und ohne einen Augenblick zu zögern, eröffnete Herr Seyda die Versammlung, die er als Mitglied des Vorstandes des Vereins „Straz“ einberufen hatte. In kurzer Ansprache legte er den Zweck dieser Versammlung dar, darauf hinweisend, daß Großpolen Schlesien die Hand zu gemeinsamer Arbeit, zur gemeinsamen Verteidigung unserer heiligsten Rechte reiche, daß bei uns die Herren von Rosielski, Fürst Czartoryski und v. Rzepecki erschienen seien, um dieses Werk zu verwirklichen. Die Versammlung habe in Kattowitz stattfinden sollen. Die Polizei sei schon vor zwei Wochen von der Versammlung in Kenntnis gesetzt worden, aber erst im letzten Augenblicke, Sonnabend um 6 Uhr abends, habe sie Herrn Seyda benachrichtigt, daß sie die Abhaltung der Versammlung nicht genehmigen werde, weil der Saal nicht geeignet sei. —

Für die deutschen Vereine ist der Saal ausreichend, nur für uns Polen nicht. Für diese allzugroße Besorgnis werden wir aber der Regierung die rechte Antwort erteilen.

Dann forderte er die Versammelten zur Wahl des Vorsitzenden auf. Allseits ertönten Stimmen, daß Herr Seyda die Versammlung leiten solle. Er nahm das ihm angebotene Amt an und berief Herrn Kowalczyk zum Schriftführer. Dann erteilte er dem ersten Redner Herrn Josef v. Koscielski das Wort. Dieser legte in längerer Rede dar, was der Verein „Straz“ sei und welche Ziele er verfolge.

„Die preußische Regierung“ — führte Redner aus — „hilft uns selbst und schließt uns selbst durch ihren Druck zusammen. Die Deutschen haben den Verein von den drei Buchstaben (HKT) gegründet, um das polnische Element aus seinen uralten Wohnsitzen zu verdrängen, um uns unsre heiligsten Güter fortzunehmen. Wir mußten und müssen uns dagegen wehren. Lange warteten wir, ob sich die Deutschen nicht besinnen, ob sie nicht aufhören werden uns zu bedrücken, da wir aber sahen, daß die Bestrebungen der Haktisten einen immer größeren Umfang annahmen, riefen wir gerade 10 Jahre nach Gründung des Vereins von den drei Buchstaben in Posen einen Verein gegen die verderblichen Absichten des Haktismus ins Leben, dessen Zweck die Verteidigung gegen die ungerechte Bedrückung ist. Wir streben nicht nach Umsturz, wir fordern nur Gleichheit. Wir müssen uns organisieren, und zwar alle Polen im preußischen Landesteil, weil einzelne Personen in einem solchen Kampfe zugrunde gehen, ihre Habe und häufig ihr Leben verlieren, mit ihrer Arbeit aber nichts oder wenig ausrichten. Wenn aber die ganze Volksgeamtheit auf der Wacht ihrer angeborenen Rechte stehen wird, dann werden alle haktistischen Versuche zunichte werden. Es gibt solche, die keine gemeinsame Arbeit haben wollen, allein seien wir dessen eingedenk, daß es uns, wenn wir einzeln vorgehen, an Kraft mangelt. Weiter legte er dar, daß unsere Kraft im Volke liege. Dafür habe Schlesien den Beweis erbracht. Schlesien, welches solange vom Vaterstamm losgerissen war, welches sich solange unter fremder Herrschaft befindet, in welchem sich die Intelligenz und der Adel germanisiert haben und uns zusammen mit der Regierung bekämpfen, habe in letzter Zeit gezeigt, daß es polnisch ist, daß seine Bevölkerung ebenso fühlt, wie die Polen im Posenschen und in Westpreußen fühlen. Wir sind zu euch gekommen, um euch die Hand zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Kampfe zu reichen. In Schlesien ist es ähnlich wie bei den Tschechen. — Er schloß mit dem Ruf: Schließen wir uns zusammen und trennen wir uns nie wieder! Donnernder Beifall lohnte die schönen und erhebenden Worte des Redners. Herr Seyda brachte ein dreifaches Hoch aus, welches von allen mit Begeisterung wiederholt wurde. Dann erteilte er Herrn Rzepecki das Wort. Dieser legte dar, wie der Verein „Straz“ organisiert ist und wie er uns verteidigt. Der Verein „Straz“ ist in vier Sektionen eingeteilt. Die erste ist die Organisations-Sektion. Sie hat den Zweck, Mitglieder zu werben und den Verein „Straz“ über den ganzen preußischen Anteil auszubreiten. Die zweite Sektion ist die kulturelle Sektion; an ihrer Spitze steht Herr v. Chrzanowski. Diese Sektion hat vor allem für die Hebung der Polen in kultureller Hinsicht zu sorgen. Durch Herausgabe guter und billiger polnischer Zibeln, durch Unterstützung der Presse, wo sich dies als notwendig erweist, durch Verbreitung guter Bücher usw. Die dritte Sektion unter dem Vorsitz des Herrn Bankdirektors Dr. Honcia aus Posen ist die wirtschaftliche Sektion. Sie hat die

Aufgabe, die wirtschaftlichen Bestrebungen durch Unterbringung von polnischen Ärzten, Rechtsanwälten, Kaufleuten und Handwerkern zu fördern. Die vierte und letzte Sektion ist die juristische, an deren Spitze der Herr Abgeordnete v. Dziembowski steht. Diese Sektion verteidigt die Mitglieder völlig kostenlos vor den preußischen Gerichten und Behörden. Nachdem der Redner einige Zahlen aus dem Verein der Haktisten und der „Straz“ angeführt und den Anwesenden dargetan hatte, wie sich der Verein „Straz“ organisiert, ersuchte er alle, welche diesem Verein beitreten wollten, in der nunmehr folgenden Pause die verteilten Zettel auszufüllen.

Es folgte die Pause, in welcher sich von 250 Anwesenden 190 als Mitglieder des Vereins „Straz“ eintragen ließen. Große Heiterkeit entstand im Saale, als sich auf die Frage des Herrn Seyda, ob die Versammelten dafür seien, daß in Schlesien der Verein „Straz“ ins Leben gerufen werde, und wer dagegen sei, eine Stimme vernehmen ließ: „Herr Mädlar ist dagegen.“

Nach der Pause ergriffen das Wort noch Herr Korzant und ein Prälat aus dem Königreich Polen, dessen Namen wir aus politischen Gründen nicht anführen. Ihre Reden werden wir in der nächsten Nummer wiedergeben.

Damit erreichte der offizielle Teil der Versammlung sein Ende. Die übrige Zeit füllten Gesänge, Deklamationen ernsten und humoristischen Inhalts aus, worauf die Versammelten um 7 Uhr unter Leitung des Vorsitzenden des dortigen Sokolvereins aufbrachen und um 9 Uhr abends nach Kattowitz zurückkehrten.

Aus Nr. 17 des Polak (Kattowitz)

vom 8. Februar 1906:

Wer kann und soll dem Verein „Straz“ angehören?

Aus dem Vortrag des Herrn v. Rzepecki.

In der Sonntagsversammlung zu Oswiecim sprach Herr v. Rzepecki aus Posen über das Thema, wer dem Verein „Straz“ angehören könne und solle. „Dem Verein „Straz“,“ führte Redner aus, „sollen abhängige Personen nicht beitreten. Der Verein „Straz“ soll der polnischen Volksgeamtheit zum Nutzen gereichen, nicht ihr Verluste bringen; daher sollten Leute, die sich im staatlichen oder ähnlichen Dienst befinden, obgleich sie gute Polen sind, dem Verein „Straz“ nicht beitreten, denn sie würden sich dadurch den Verlust ihrer Stellung und ihrer Erverbsquelle ziehen und in Not geraten. Dagegen soll dem Verein „Straz“ jeder unabhängige Pole angehören. Die ganze polnische Nation hat die Pflicht, sich im Verein „Straz“ zum Kampfe mit dem germanischen Ansturm, zum Kampfe mit dem Haktismus, der uns den Krieg auf Leben und Tod erklärt hat, zusammenzuschließen. Übrigens ist dieser Haktismus nicht so stark, wie es scheinen könnte, und seine Arbeit ist für die Deutschen selbst schädlich. Die im Ostmarkenvereine vereinigten Haktisten, die in ganz Deutschland sogenannte Ortsgruppen bilden, zählen gegenwärtig 37 000 Mitglieder (darunter 20 000 Beamte). Das ist für ein 60 Millionen-Volk ziemlich wenig. Im letzten Jahre flossen in ihre Kasse 50 000 Mark. Für dieses Geld geben sie für ihre Mitglieder ein besonderes Blatt unter dem Titel „Ostmark“ heraus, welches sie in einer Auflage von etwa 40 000 Exemplaren drucken lassen. Weiter gewähren sie Unterstützungen ihren Landsleuten, die sie absichtlich in solchen Gegenden

ansiedeln, in welchem bereits ein Pole das betreffende Handwerk betreibt, um diesem Polen den Broterwerb zu entziehen. Häufig, sehr häufig geschieht es, daß es dann ein solcher Deutscher, der von ihnen mit Geld aus der in Berlin befindlichen Kasse unterstützt wird, nicht für nötig erachtet, sich selbst ein Stück Brot zu verdienen, weil er weiß, daß sie ihn nicht zugrunde gehen lassen werden. Daher sehen wir vor allem im Großherzogtum Posen viele solche deutsche Ansiedler, die nicht arbeiten und dennoch Geld auf Bier und Schwelgereien haben.

Daß solche Individuen unserer Entwicklung nicht schädlich sind, sondern den Deutschen zur Last fallen, unterliegt keinem Zweifel. So arbeitet der Verein von den drei Buchstaben, der schon das erste Jahr besteht.

Der Verein „Straz“ wurde erst vor drei Vierteljahre gegründet, und schon sind in seine Kasse 10 000 Mark geflossen. Sein Hauptzweck ist, den Polen dort Hilfe zu leisten, wo ihre Kräfte am schwächsten sind. **So besteht die Absicht, hier in Schlesien einen großen Saal zu bauen.** Die Organisation des Vereins „Straz“ ist ganz verschieden von der Organisation des Ostmarkenvereins. Alle Mitglieder des Vereins „Straz“ bilden einen einzigen Verein, der seinen Sitz in Posen hat. Die Namen der aufgenommenen Mitglieder werden nur der Polizei in Posen gemeldet. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Posener Polizei in ihrer großen Besorgtheit um uns Polen die Namen dieser Mitglieder allen Behörden mitteilt. Bevor aber der Verein „Straz“ die Mitglieder aus einem gewissen Orte aufnimmt und deren Namen der Polizei mitteilt, wartet er gewöhnlich solange, bis sich aus diesem Orte eine größere Zahl von Kandidaten, z. B. die Hälfte aller dortigen Bewohner meldet, und dann erst teilt der Verein ihre Namen der Polizei mit. Desgleichen hat der Verein beschlossen, bei der Aufnahme von Arbeitern, die in Gruben und Werken beschäftigt sind, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen. Wenn sich nämlich aus einer Grube, in welcher 2000 Arbeiter beschäftigt sind, 20 oder 30 als Mitglieder des Vereins „Straz“ melden würden, der Verein „Straz“ sie aber aufnehmen und ihre Namen der Posener Polizei mitteilen wollte, könnte es geschehen, daß die Polizei ihre Namen der Grubenverwaltung angeben und diese die Arbeiter aus der Arbeit entlassen könnte. Daher nimmt der Verein „Straz“ diese Arbeiter erst dann als Mitglieder auf, wenn sich ihrer eine große Zahl, z. B. 5—600 melden. Dann wird die Grube sicherlich nicht alle entlassen.

übrigens kann man für den Verein „Straz“ noch auf andere Weise tätig sein. Man kann sich als Mitglied melden und Beiträge zahlen, der Hauptvorstand aber nimmt einen solchen Kandidaten als Mitglied auf und teilt seinen Namen der Polizei erst dann mit, wenn ihm dies nicht wird schaden können.

Der Beitrag ist nicht hoch, denn er beträgt jährlich nur 1 Mark. Wer mehr geben will, kann dies tun, 1 Mark muß er aber wenigstens zahlen. Als Mitglied kann man sich bei den Kommissaren melden, deren es in jeder Ortschaft mehrere geben muß. Daß diese oder jene Person Kommissar ist, davon erhält die Polizei keine Kenntnis. Diese Kommissare nehmen ihre Weisungen von den Starosten entgegen, deren es in jedem Kreise 1, 2 oder 3, je nach der

Einwohnerzahl, geben wird. Gewöhnlich wird auf 50 000 katholische Einwohner des betreffenden Kreises ein Starost bestellt.

Im Großherzogtum Posen sind 42 solche Starosten, in Westpreußen 38 ernannt. Die Namen der Starosten werden in den Zeitungen bekannt gemacht werden.“

Nach der Rede des Herrn v. Rzepecki nahm Herr Wieczorek das Wort, um genau zu erfahren, wie es sich mit dieser Aufnahme von Mitgliedern, z. B. Arbeitern, die doch immerhin von ihren Arbeitgebern abhängig seien, verhält. Er wies besonders darauf hin, daß die Polizei, obgleich jemand noch nicht Mitglied des Vereins „Straz“ wäre, aber an den Kommissar Beiträge zahle, dienstfertige Speichellecker finden wird, die ihr alle diejenigen angeben werden, welche den Verein „Straz“ unterstützen.

Darauf entgegnete Herr Korfanty sehr treffend, daß die Polizei und Arbeitgeber, wie sie es nicht wünschten, daß der obererschlesische Arbeiter dem Verein „Straz“ angehöre, es ebenso den Arbeitern nicht verzeihen können, daß sie bei der letzten Wahl für den Polen gestimmt haben, sie deswegen hassen, weil sie polnische Blätter lesen, und ihnen deswegen dennoch nichts zuleide tun können. Und doch würde es ihnen nicht schwer fallen, durch Angeber aus der Mitte der Arbeiter die Namen der Leser polnischer Blätter, die Namen derjenigen, die für den polnischen Kandidaten gestimmt haben, zu erfahren; sie tun es aber dennoch nicht. Warum? Denn es sind ihrer zu viele, denn sie können nicht alle bestrafen, weil sie sich nicht selbst schaden wollen. Zum Schluß bemerkte er, daß wenn nur alle Leser polnischer Zeitungen — dieser Leser gibt es in Oberschlesien etwa 80 000 — dem Verein „Straz“ angehören wollten, so könnten weder die Regierung, noch alle Deutschen etwas dagegen tun.

Die Ansprache des Herrn Korfanty und des Geistlichen aus dem Königreich werden wir in der nächsten Nummer wiedergeben.

Aus Nr. 14 des Polak (Kattowitz)

vom 1. Februar 1906:

Das Zentrum und unsere nationale Bewegung.

Die Zentrumspreffe befaßt sich gegenwärtig lebhaft mit dem Verhältnis des Zentrums oder vielmehr der Geistlichkeit zu unserer nationalen Bewegung. Besonders obererschlesische Geistliche lassen sich fortwährend in den Blättern vernehmen und suchen neue Wege, auf denen sie zu irgend einer Verständigung mit dem aufgeklärten polnischen Volke gelangen könnten. Wir wundern uns nicht, daß diese Frage für die Geistlichen so brennend ist. Die Ergebnisse der Ersatzwahl im Wahlkreise Kattowitz-Jahrze haben die Geistlichkeit überzeugt, daß die nationale Bewegung immer größere Kreise schlägt, daß die Zeit nicht fern liegt, wo sich die nationale Bewegung ganz Oberschlesiens bemächtigen wird, daß die Zentrumsleute nicht imstande sein werden, auch nur ein einziges Mandat in unserem Lande mit eigenen Kräften zu behaupten.

Unsere Geistlichkeit, die zum größten Teil dem Zentrum angehört, wird sich noch im größeren Widerstreit mit dem polnischen Volke befinden, der politische Zwiespalt wird immer größer werden und ein völliges Schwinden der politischen Bedeutung des Klerus zur Folge haben. Ein solches Ergebnis der Entwicklung der politischen Verhältnisse ist für die katholische und polnische Sache nicht erwünscht. Die Geistlichkeit hat die Pflicht, auf das Wohl des Volkes bedacht zu sein.

Unser Volk sieht heut seine kostbarsten nationalen Schätze bedroht und kämpft für ihre Unversehrtheit und Unverletzlichkeit; Pflicht des von polnischen Eltern abstammenden Geistlichen aber ist es, auf der Seite dieses Volkes zu stehen, wenn er sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen will.

Heut hält es für die Geistlichen noch schwer, zum Volke überzugehen, denn die Zentrumsprelle und sie selbst haben noch vor nicht gar so langer Zeit diese Bewegung als radikal, als der Kirche und dem katholischen Glauben feindlich verschrien und so viele Fehler begangen, daß es ihnen heut sehr schwer fällt, die Hindernisse zu beseitigen, die sie sich hinsichtlich der Verständigung mit dem Volke in den Weg gelegt haben. Es gibt Geistliche in Schlesien, die niemals mit dem Volke zusammengehen werden, weil sie Regierungsparteiler und verbissene Deutsche sind, weil sie das polnische Volk germanisieren. Von diesen braucht man hier garnicht zu reden, mit ihnen würde die nationale Bewegung stets kämpfen, denn sie sind Feinde des polnischen Volkes.

Es fehlt aber auch nicht an solchen, die, heut durch die Erfahrung belehrt, gern mit dem Volke gehen würden, allein den Mut hierzu nicht fassen können. Unseres Erachtens müßten sich diese Geistlichen davon Rechenschaft ablegen, daß es sich in dieser ganzen Angelegenheit nicht um die Zentrumsparlei handelt, sondern einzig um das Wohl unseres polnisch-katholischen Volkes, welches über der Zentrumsache steht. Wenn früher die nationale Bewegung als der Kirche und dem Glauben feindlich verurteilt wurde, so könnten sie sich heut überzeugen, daß diese Vorwürfe unbegründet, unbillig und in Verbohrtheit und Parteileienschaft leichtsinnig erhoben waren. Wir glauben es, daß solche unbegründete schwere Vorwürfe zu widerrufen etwas Unangenehmes ist, und daß es bequemer ist, abzuwarten, bis Gras über die unangenehme Zukunft wächst. Schon heut erheben die Zentrumsblätter sehr schüchtern den Vorwurf gegen die nationale Bewegung, daß sie der katholischen Kirche feindlich gewesen sei. Diesen Standpunkt verlassen sie, statt dessen aber feuern sie gleichsam aus schweren Geschützen gegen Korjanty, als wenn er selbst ein verbohrtter Feind der Geistlichkeit wäre. Auch dieser Vorwurf ist ungerecht und unbegründet, und wir sind sicher, daß sich bald die Zeit finden wird, wo sie ihn nicht mehr erheben werden.

Herr Korjanty war und ist nicht ein Feind der Geistlichkeit als solcher, er gibt der Geistlichkeit, was ihr gebührt, und er bekämpft nur diejenigen Individuen unter der Geistlichkeit, die germanisieren, die nationale Bewegung bekämpfen und nationale Blätter verfolgen.

Die Geistlichen suchen Wege zur Verständigung mit der nationalen Bewegung. Nach unserem Dafürhalten dürften sie vor allem nicht die Zentrumsache mit der Sache der Geistlichkeit vermengen. Hier kommt es darauf an, daß das Verhältnis der Geistlichkeit zum polnischen Volke normal werde. Die Lösung dieses Rätsels ist sehr einfach. Mögen sich diejenigen Geistlichen, die sich als Polen fühlen, der nationalen Bewegung offen anschließen, mögen sie an deren Betätigung aktiven Anteil nehmen, und die Sache wird beigelegt sein. Diejenigen Geistlichen aber, die es als ihre Pflicht betrachten, der Zentrumsparlei anzugehören, weil sie aus Überzeugung und von Geburt Deutsche sind, mögen in den Reihen dieser Partei verbleiben, mögen sie aber nicht die nationale Bewegung bekämpfen, mögen sie mit dem polnischen Volke gerecht umgehen und es nicht schlechter behandeln als die Deutschen. Die polnischen Geistlichen und das polnische Volk werden dann ein einziges und zwar das stärkste und zahlreichste Lager in Schlesien bilden, die Zentrumsleute werden dagegen das zweite Lager bilden.

Diese beiden Lager können in Oberschlesien nebeneinander herrschen. Wenn es sich um eine Reichstagswahl handeln wird, dann kann von irgendwelchen Kompromissen mit irgendeiner Partei für uns Polen nicht die Rede sein. In denjenigen Bezirken, in welchen das polnische Volk die überwiegende Mehrheit bildet, werden wir solange kämpfen, bis wir Reichstagsmandate erringen. Bei allen offenen und Klassenwahlen, wie z. B. bei Landtags- und Gemeindevahlen, vermögen wir Polen mit eigener Kraft nichts durchzusetzen. Aber auch die Zentrumsleute können allein nichts erreichen. Mit den Zentrumsleuten verknüpft uns der gemeinsame Glaube. Wenn uns die Zentrumsleute gerecht behandeln, wenn sie dem polnischen Volke kein Unrecht zufügen werden, dann liegen keine Hindernisse zu einer Verständigung mit ihnen im Wege. Wir können uns mit ihnen in ein einziges polnisches Lager vereinigen, welches bei Wahlen unsere gemeinsamen Feinde, die Liberalen und Konservativen, bekämpfen wird, denn die einen wie die anderen sind Hakatisten und Feinde unserer Kirche.

Ein solches Kompromiß kann aber nur dann zustande kommen, wenn uns die Zentrumsleute einige Landtagsmandate überlassen und bei Gemeindevahlen stets unsere Kandidaten unterstützen werden. Die Bedingung eines solchen Vergleichs wäre stets die, daß auch die Zentrumsleute ihre Verpflichtungen und Versprechungen den Polen gegenüber stets treu halten werden.

Das ist der Weg, auf dem die Geistlichen zu einer Verständigung mit dem polnischen Volke gelangen können. Der Weg ist offen und gerade. Nur Mut und Dreistigkeit ist notwendig, und diese Frage wird zum Wohle der völkischen und katholischen Sache gelöst werden.

Aus Nr. 15 des Polak (Kattowitz)

vom 3. Februar 1906:

Im Dienste des Zaren?

Der Regierungspräsident in Oppeln hat unter dem 22. Januar d. J. eine Verfügung erlassen, welche den Verkauf und das Tragen von Waffen einschränkt.

Diese Verfügung ist eine harte Beschränkung der persönlichen Bürgerfreiheit und der Gewerbefreiheit, und wir bezweifeln es, daß der Regierungspräsident das Recht hat, eine solche Verfügung zu erlassen. Wenn es der Regierung darum zu tun war, Verbrechen und Unfällen zu steuern, so sind hierzu andere Mittel vorhanden. Mit solchen Polizeimitteln wird nichts erreicht. Man muß für die moralische Hebung des Volkes sorgen, ihm die Möglichkeit bieten, sich zu bilden und harmlos zu amüsieren. Gerade das preussische System aber tut alles, daß sich das Volk nicht bilde, nicht harmlos amüsiere, sondern daß es sich möglichst schnell verdeutschte, selbst wenn die Moral des Volkes darunter leiden sollte.

Die Waffenhändler veranstalteten bereits eine Versammlung, in welcher sie gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten Einspruch erhoben. Sie sollten sehr energisch dagegen Front machen und alle gesetzlichen Mittel zur Beseitigung dieser Verfügung anwenden; denn sie ist ein neues Beispiel dafür, daß die Polizei danach trachtet, die Hut der Polizei über die Bürger gerade hier in Oberschlesien möglichst weit auszudehnen. Gegen diese Bestrebungen der Polizei müssen wir Bürger tatkräftigst Einspruch erheben.

Uns scheint es, daß es der ober-schlesischen Polizei weniger um die ober-schlesischen Verhältnisse zu tun war, als darum, Rußland einen Dienst zu erweisen. Es ist

bekannt, daß in unseren Grenzstädten Einwohner aus Rußisch-Polen große Mengen Waffen ankaufen, und zwar teils zum eigenen Schutze, teils auch zum Morden friedlicher Bürger, wie dies die Sozialdemokraten mit ihren politischen Gegnern taten. Jedermann weiß, daß wir die Verbrechen der Sozialdemokraten streng verurteilt haben und noch verurteilen.

Trotz alledem scheint es uns aber, daß sich die preußische Polizei weder mittelbar noch unmittelbar in die inneren Angelegenheiten Rußlands und des Königreichs Polen einmischen sollte, die preußische Regierung aber müßte endlich aufhören, dem verbrecherischen Zarats Dienste zu erweisen. Denn der zarischen Regierung Hilfe zu leisten ist der Regierung eines Staates, der als zivilisiert gelten will, unwürdig. Uns scheint es, daß die Verfügung des Regierungspräsidenten in Oppeln der zarischen Regierung Hilfe leisten, nicht im geringsten aber dazu beitragen wird, das Übel auszurotten, welches in Oberschlesien um sich greift.

Aus Nr. 26 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 2. Februar 1906:

Lipine.

Wir bringen folgende Tatsachen zur öffentlichen Kenntnis, indem wir uns jeglichen Kommentars enthalten, da die Tatsachen für sich selbst sprechen.

Einem hiesigen Kaufmann wurde befohlen, das Firmenschild mit polnischer Aufschrift zu entfernen, obgleich sich daneben ein zweites mit deutscher Aufschrift befand.

In einer Versammlung des Vereins katholischer Arbeiter verbot der überwachende Polizeibeamte zwei Mitgliedern die Deklamation des Mickiewicz'schen Gedichtes „Der Tod des Obersten“ (Smierć pułkownika) und eines andern Gedichtes, welches in der Posener Praca anlässlich des Jahrestages des Todes Mickiewicz veröffentlicht war, andernfalls er mit der Auflösung der Versammlung drohte. In diesem Gedichte konnte doch nichts anstößiges enthalten sein, wenn die Posener Polizei nichts strafbares in ihm erblickte und es passieren ließ.

Weitere Bemerkungen sind überflüssig. Der Korrespondent ersucht auch die anderen Blätter um Wiedergabe dieser Korrespondenz.

(Den übrigen Teil der Korrespondenz werden wir erst dann wiedergeben, wenn sie uns Zeugen angeben, die bereit sind, eidlich auszusagen, daß sich Herr H. so ausgedrückt hat. Mit Gruß Die Redaktion.)

Aus Nr. 26 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 2. Februar 1906:

Gleiwitz.

Die hiesige durch den Tod des Geistlichen Buchali freigewordene Pfarrstelle soll der Geistliche Peter, Religionslehrer am Gleiwitzer Gymnasium, erhalten. Das Präsentationsrecht hat der Magistrat, denn die Stadt ist Patronin der Kirche, und der Magistrat hat den Geistlichen Peter dem Herrn Kardinal bereits präsentiert, der — wie zu befürchten ist — den Geistlichen Peter bestätigen wird. Ich sage: Es ist zu befürchten, und zwar vom Standpunkt der polnischen Parochianen in Gleiwitz aus. Gegen die Person des Geistlichen Peter als solchen läßt sich zwar nichts sagen, allein es gibt hierbei ein großes „aber“: Der Geistliche P. spricht nicht polnisch. Wie soll sich da der Geistliche mit dem Volke verständigen, welches

doch in erheblicher Mehrheit polnisch ist, wenn er dessen Sprache nicht versteht. So sind die Worte: „Geht und lehret alle Völker“ nicht aufzufassen. Der Geistliche P. soll zwar, nachdem er sich zweifellos versichert hat, daß er für die Gleiwitzer Pfarrstelle in Aussicht genommen ist, angefangen haben, polnisch zu lernen, wir meinen aber, daß dies etwas zu spät ist; und dann befürchten wir, daß dieses Studium nicht lange anhalten und nach Übernahme der Pfarrstelle bald aufhören wird. Und das polnische Volk wird von neuem nicht hoffen können, daß seine Wünsche und Schmerzen von seinem geistlichen Vater verstanden werden, wie dies bei dem verstorbenen Geistlichen Buchali der Fall war, der das Volk zu sich fast nie vorließ.

Ich weiß nicht, ob es etwas helfen wird, meines Erachtens aber müßte bei dem Herrn Kardinal gegen die Anstellung eines solchen Pfarrers Einspruch erhoben werden, und zwar sofort und laut! Wenn an Seine Eminenz möglichst bald eine Petition übersandt würde, so würden ihn vielleicht die zahlreichen Unterschriften überzeugen, daß die Berufung des Geistlichen P. in die Gleiwitzer Pfarrstelle für die polnischen Parochianen, die in erheblicher Mehrheit vorhanden sind, ein großes Unrecht wäre.

Ein Gleiwitzer Parochian.

Aus Nr. 26 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 2. Februar 1906:

Schöffitz (Kreis Rosenberg).

Wie viele andere Dörfer, so wurde auch unser Dorf mit einer deutschen Wanderbibliothek bedacht. Und wie uns Bismarck durch die Verfolgung der Polen zum nationalen Leben erweckt hat, so möge uns auch diese germanisatorische Bibliothek zur Arbeit an unserer nationalen Wiedergeburt anregen. Vor allem laßt uns nicht unsere kostbarsten von unseren Vätern ererbten Schätze, d. i. unsern hl. Glauben und unsere Muttersprache zu schanden machen. Bewahren wir diese Schätze unversehrt und überliefern wir sie unseren Kindern als das teuerste Vermächtnis. Der verstorbene Herr Pfarrer Nicke aus Biekar pflegte zu sagen: „So lange das oberschlesische Volk polnisch sein wird, so lange wird es auch katholisch sein!“ Und er sagte die heilige Wahrheit, denn wir sehen, welchen Fortschritt in den oberschlesischen Städten die Germanisierung und mit ihr die Protestantisierung macht. Ebenso war Niederschlesien polnisch, so lange es katholisch war. Seien wir ferner vor allem dessen eingedenk, daß wie unsere Jugend sein wird, sich ebenso unsere Zukunft gestalten wird. Lehren wir also unsere Kinder polnisch lesen, schreiben und singen. Entzünden wir in ihnen die Liebe zu unserem Vaterlande. Vor allem laßt uns möglichst viel lesen und die Bekannten zum Lesen überreden; verbreiten wir Aufklärung mittelst guter Bücher und nationaler Zeitungen, wie der Gornoslazak und die Straz nad Odra sind. Schließlich richte ich an die hiesigen Brüder Landsleute die Aufforderung, sie möchten hier eine polnische Bibliothek ins Leben rufen.

Ein Wiedergeborener.

Wir danken herzlich für die Korrespondenz und bitten um öftere Zuschriften. Herzlichen Gruß — die Redaktion.

Aus Nr. 15 des Polak (Kattowitz)
vom 3. Februar 1906:

An die Mitteilung des Lech, wonach der Erzbischof v. Stabilewski den Geistlichen die Zugehörigkeit zum Verein „Straz“ verboten haben soll, knüpft das Leiborgan Korfantys in einem Artikel mit der Überschrift „Die Geistlichen und der Verein „Straz“ nachstehende Betrachtung:

Wir können die Nachricht des Lech bestätigen, denn auch zu uns war vor einigen Tagen das Gerücht gedrungen, daß der Herr Erzbischof seinen Geistlichen die Beteiligung an dem Verein „Straz“ verbiete. Er handelt unter dem Druck der preussischen Regierung. Dieser Druck muß sehr stark sein. In den Mitgliederverzeichnissen des Vereins „Straz“, welche der Posener Polizeipräsident an alle Behörden versendet, haben wir die Namen aller dem Verein „Straz“ angehörenden Geistlichen fett gedruckt gesehen. Die Regierung läßt also die am öffentlichen Leben sich beteiligende polnische Geistlichkeit äußerst streng beobachten. Wie sehr sich die Regierung für den Verein „Straz“ interessiert, erhellt daraus, daß wir in den Rapporten des Posener Polizeipräsidenten gegenwärtig ausführliche Berichte über die Tätigkeit und über die Versammlungen des Vereins „Straz“ finden. Früher waren die Berichte über polnische Versammlungen sehr kurz und selten, und die Rapporte der Polizei enthielten hauptsächlich Übersetzungen aus polnischen Zeitungen. Wenn die Regierung den Verein „Straz“ so streng im Auge hat, so ist es unsere Pflicht, alles daran zu setzen, daß der Verein „Straz“ in der Tat ein Bollwerk des Polentums werde und unsere Interessen treu beschütze.

Aus Nr. 14 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 3. Februar 1906:

Ratibor.

Aus Altendorf wird uns geschrieben: Eine Neuerung in der Altendorfer Kirche! Am letzten Sonntag kündigte Herr Pfarrer Breßler von der Kanzel zum erstenmal für die Parochianen eine deutsche Predigt auf den nächsten Sonntag um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr an. Zwar wird um diese Zeit eine hl. Messe für die deutschen Parochianen abgehalten, allein der überwiegende Teil der Besucher dieser Frühandacht setzt sich aus — dem polnischen Volke zusammen, die Deutschkatholiken lassen sich dagegen beinahe an den Fingern zählen. Niemals gab es auch während dieser Andacht Predigten, mit Ausnahme für deutsche Soldaten. Während der Hauptandacht um 9 Uhr ist zwar polnische Predigt, nicht aber für die Parochianen, sondern für die Arbeiter und ihre Familien aus der Ganz'schen Fabrik.

Nicht genug, daß in die Altendorfer Kirche, die teilweise für von dem polnischen Volke aufgebracht Geld erbaut worden ist, Militär hineingelassen wurde, — so sollen jetzt, wie wir sehen, sogar deutsche Predigten für die Parochianen eingeführt werden.

Als Herr Pfarrer Breßler vor sieben Jahren die Altendorfer Parochie übernahm, sagte er zu, daß die frühere Ordnung aufrecht erhalten werden soll. Indes ist gegenwärtig eine Änderung eingetreten, und zwar zum Nachteil der polnischen Parochianen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 24 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 31. Januar 1906:

Der Dziennik Berlinski beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der polnischen Fraktion und meint u. a.:

Der Abgeordnete von Jazdzewski bereitet seit dem Jahre 1894 der polnischen Gesamtheit eine Überraschung nach der andern, eine ist immer unangenehmer wie die andere, bald liebäugelt er mit den Ministern, bald verleugnet er die polnische Presse und die Oberschlesier. Auf dem Parlamentsparkett ist er so ausgeglitten, daß er darauf nicht mehr so sicher zu gehen vermag, wie es einem polnischen Abgeordneten in den heutigen Tagen, wo die ganze Gesamtheit gegen die Regierung und gegen die sie unterstützenden Parteien eine oppositionelle Haltung einnimmt, zusteht.

Aus diesem Grunde erachten wir ihn trotz seiner früheren Verdienste und trotz seines hohen parlamentarischen Talentes heute als eine Kraft, welche den eigentlichen Fortgang der Arbeit der Fraktion in der gegenwärtigen Zeit gewissermaßen hemmt. Aus diesem Grunde haben wir denn auch im Jahre 1893 seine Kandidatur bekämpft und sind der Meinung, daß nach Beendigung der gegenwärtigen Parlamentskadenz der Abgeordnete v. Jazdzewski in den wohlverdienten Ruhestand treten sollte.

An anderer Stelle des Artikels heißt es:

Es dürfte uns nicht schwer fallen, an Tatsachen zu beweisen, daß in der gegenwärtigen Fraktion jeder Abgeordnete macht, was er will, daß daselbst eine absolute Verwirrung und Disziplinlosigkeit herrscht, und daß dank diesem Umstande es der Fraktion an dem Bindemittel mangelt, durch welches außerhalb der persönlichen Sympathien ein Kreis von Männern zusammengehalten werden mußte, denen die Bevölkerung die Verteidigung ihrer heiligsten Rechte vertrauensvoll in die Hand gelegt hat.

Deshalb macht auch die Deklaration der Fraktion auf uns keinen allzu großen Eindruck, wir haben sogar das Recht, zu zweifeln, ob sie in der Tat der Ausdruck der Mehrheit ihrer Mitglieder ist, und deshalb können wir sie entweder als einen Beweis dafür betrachten, daß in der Fraktion eine solche Unordnung herrscht, daß nur ein paar Mitglieder genügen, um eine Deklaration im Namen der Fraktion zu veröffentlichen, oder auch als einen Beweis dafür, daß in der Fraktion die Aufrichtigkeit nicht zu den allgemein verbreiteten guten Sitten gehört.

Aus Nr. 27 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 4. Februar 1906:

Das polnische Kirchenkomitee für Berlin und Umgegend erläßt im Dziennik Berlinski eine Erklärung, in der den Abgeordneten v. Jazdzewski und Graf Praschma wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhaus am 15. bzw. 16. Januar d. J. ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.

In dieser Erklärung heißt es u. a.:

Der Abgeordnete v. Jazdzewski hat durch seinen Vergleich der Polen in Berlin mit den von den Sakristen und der Regierung unterstützten deutschen Katholiken in der Provinz Posen und mit der Behauptung, daß die Polen bei ihren Bemühungen um

Gleichberechtigung in der Kirche eine gewisse Notwendigkeit zeigten, den letzteren ein Unrecht zugefügt und ihre Gefühle verletzt.

Durch die Entschuldigungsversuche der Geistlichkeit der Brandenburger Diaspora hat Jazdzewski bewiesen, daß er als polnischer Abgeordneter die Verhältnisse gar nicht kennt und durch seine Reden den Polen mehr schadet als nützt. Wenn er daher in Zukunft die geistliche Fürsorge der Polen berühren will, dann soll er sich doch vorher über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichten.

Bezüglich der Reden des Grafen Braschma muß zunächst der Verwunderung Ausdruck gegeben werden, daß er hat behaupten können, daß an sämtlichen Berliner Kirchen utraquistische Geistliche angestellt seien, sowie daß der Vorbereitungsunterricht in Berlin in deutscher Sprache erteilt werden könne, weil die polnischen Kinder diese Sprache genügend beherrschten.

Die unterzeichneten Vertreter der katholischen Polen Berlins und seiner Umgegend erachten diese Ansicht als den Rechten der Eltern widersprechend und für das Wohl der Allgemeinheit schädlich.

Aus Nr. 27 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 4. Februar 1906:

Den polnischen Eltern der St. Pius-Parochie, welche ihre Kinder bei der Redaktion des Dziennik Berlinski zum polnischen Religionsunterricht angemeldet haben, teilen wir mit, daß diese Angelegenheit erst nach der Rückkehr des Dekans Franke aus Ägypten entschieden werden wird.

Gleichzeitig bitten wir die betreffenden Eltern, daß sie ihren Kindern nicht gestatten möchten, den deutschen Vorbereitungsunterricht zu besuchen, welcher von den Geistlichen in der Schule erteilt wird und auf dem Schulplane als Zeichen- oder Gesangsunterricht figuriert. Das ist Mißbrauch, und den Eltern steht das Recht zu, die Kinder von diesem Unterrichte fernzuhalten. Solches geschieht namentlich in der katholischen Schule in der Kantstraße am Dienstag und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr im Zimmer Nr. 4.

Die Kirchenkommission der St. Pius-Parochie.

Aus Nr. 17 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 23. Januar 1906:

Auszug aus den Bundes-Satzungen der Gesangsvereine Westfalens, des Rheinlandes etc.

1. Zweck und Sitz.

§ 1.

Der Zweck des Bundes ist die Verbreitung und Liebgewinnung des Gesanges und, so weit es möglich, die der Musik durch:

- a) Veranstaltung allgemeiner Sängertage,
- b) Veranstaltung von Bezirks-Sängerfesten,
- c) Einwirkung auf die Gründung neuer Vereine,
- d) Beschäftigung mit diesbezüglichen Gesangs- und Musikausgaben.

§ 3 und 4.

Der aus 10 Mitgliedern bestehende Ausschuss wird auf drei Jahre gewählt.

§ 5.

Der Ausschuss

- a) verwaltet die Angelegenheiten und das Vermögen des Bundes, er sorgt für die Durchführung der Bundesziele und für die Ausführung der Delegierten-Beschlüsse,
- b) bezeichnet Zeit und Ort (§ 1) der Zusammenkünfte, die Wünsche der Delegierten hinsichtlich der Bezirke berücksichtigend,
- c) beruft die Delegiertenversammlungen ein, erstattet alljährlich Bericht über seine Tätigkeit in der General-Versammlung der Delegierten,
- d) revidiert durch den Vorsitzenden oder einen besonderen Delegierten des Ausschusses die Tätigkeit und Vermögensverhältnisse der betreffenden Bundes-Vereine nach vorheriger Benachrichtigung des Bezirks-Vorsitzenden,
- e) nimmt Vereine in den Bund auf,
- f) stellt Anträge auf Ausschluß von Vereinen,
- g) teilt den Bund in Bezirke,
- h) bestimmt Strafen für ungehorsame Vereine, worüber die Delegierten-Versammlung entscheidet.

(Es folgen die Paragraphen über Delegierten-Versammlungen, Bezirksvorstände, Bundeskasse, Revisionskommission, Rechte und Pflichten der Bundesvereine, Satzungsänderung und Auflösung.

§ 18.

Der Bund kann im Einverständnis mit dem Bunde der Posenischen Gesangsvereine handeln.

Gelsenkirchen, 21. Januar 1906.

Aus Nr. 25 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 1. Februar 1906:

Ein neuer polnischer Verein.

M ö r s.

Achtung Landsleute

in der Kolonie Mörs und Umgegend!

Wir teilen den geehrten Landsleuten mit, daß wir am 21. Januar d. J. in Mörs einen neuen polnischen Verein unter dem Schutze des hl. Valentin gegründet haben. Es traten dem Verein 21 Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt:

Stef. Szejepanial, Vorsitzender; Val. Lorenz, Stellvertreter; Fr. Krzywinski, Schriftführer; Mich. Kaczmarek, Stellvertreter; Andr. Dragolski, Kassierer; Val. Michalowski, Stellvertreter; den Bibliothekar werden wir in der nächsten Versammlung wählen.

Ich teile den geehrten Landsleuten mit, daß die Versammlungen an jedem zweiten und vierten Sonntag eines jeden Monats im Lokale „Kaiser-Saal“ bei Herrn Bröbke in Mörs stattfinden werden. Wir bitten die Landsleute, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen. Auch danken wir unserem Landsmann Herrn Franz Adamczyk, daß er zu uns gekommen ist und uns den Verein hat gründen helfen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 11 der Gazeta Robotnicza (Katowitz)

vom 7. Februar 1906:

Parteitag des P. P. S.

Während der Osterfeiertage wird der Parteitag der P. P. S. im preussischen Landesteil stattfinden. Teilnehmer an der Agitation zum Parteitag, Wähler der Delegierten und die Delegierten selbst können nur sozialdemokratische Genossen sein, die sich entweder durch ein Buch des polnisch-sozialdemokratischen Vereins oder durch eine Parteikarte der P. P. S. ausweisen müssen.

Um Parteikarten und um 5 Pfg.-Klebemarken wende man sich an die Adresse: J o s e f A d a m e k, Katowitz O.S., Beatestraße 48.

Aus Nr. 11 der Gazeta Robotnicza (Katowitz)

vom 7. Februar 1906:

Achtung! Berlin. Achtung!

Sonntag, den 18. Februar findet im Lokal „Kellers Festjale“, Koppenstraße 29, um 2 Uhr Nachmittags eine

polnische Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Die gegenwärtige Lage des polnischen Volkes. Diskussion.

Die Agitationskommission der P. P. S.

Berlin-Moabit. Der Verein polnischer Sozialisten in Moabit hält seine Versammlungen jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Lokal des Herrn Pietruszynski, Havelberger Straße 16, ab.

Aus Nr. 11 der Gazeta Robotnicza (Katowitz)

vom 7. Februar 1906:

G n e j e n.

Geehrte Redaktion!

Ich bitte um Aufnahme folgender Zeilen:

Am 20. Januar besuchte meine Wohnung in meiner Abwesenheit ein ungebetener Gast und sagte meiner Frau, sie möge ihm die Bücher zeigen, die der Ehemann an Kaisers Geburtstag verbreitet habe. Darauf antwortete meine Ehefrau, daß ihr Mann weder Bücher ausgetragen habe, noch solche besitze. Nicht nur euer Mann, sondern auch eure Kinder haben Bücher verteilt, entgegnete jener Gast, der ein Polizist war. — Das ist wieder nicht wahr, was sie sagen, denn ein Kind im Alter von fünf Jahren kann man doch nicht agitieren lassen. — Ich habe dafür Zeugen, antwortete der Polizist. — Dann konnten sie diese hierher bringen, und ich würde ihre Wahrheitsliebe demaskieren. — Ihr Mann ist doch aber Sozialdemokrat. — Dazu hat mein Mann ein eben solches Recht, wie sie zu dem Amte als Polizist, und das geht niemanden etwas an, ich bitte, mich nicht mehr zu belästigen. — Hat ihr Mann zu Hause nichts zum Lesen? — Hier öffnete meine Frau die Kommode und sagte: Hier sind Exemplare der Gazeta Robotnicza, da können sie lesen. — Ich will nicht Zeitungen haben, sondern Bücher. — So suchen sie welche, ich habe nur Andachtsbücher. — Ihr Mann hat doch aber Flugblätter zur Versammlung verteilt. — Was,

aus Büchern sind nur noch Blätter geworden? Da wird am Ende gewiß nichts daran sein; ich bitte daher, mich nicht länger zu belästigen, sondern sich zu entfernen. — Nach diesen Worten verließ der Polizeibeamte die Wohnung und ging davon.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß auch bei uns in Gnesen die Polizei nicht hinter anderen Städten zurückgeblieben ist, sie wollte ebenfalls eine Gefahr entdecken, die aber in unserem polnischen Rom gar nicht vorhanden war.

Josef Domanski.

(Den Korrespondenten aus Gnesen machen wir darauf aufmerksam, daß der Polizist ohne Ermächtigung der Staatsanwaltschaft eine Haussuchung nicht vornehmen darf, er muß sich mit einem entsprechenden Schriftstück ausweisen. Ihre Frau aber hätte sich in eine Unterhaltung mit ihm überhaupt nicht einlassen sollen. Die Redaktion.)

Aus Nr. 10 der Gazeta Robotnicza (Katowitz)

vom 3. Februar 1906:

B e r l i n.

Die Generalversammlung des polnisch-sozialdemokratischen Vereins in Berlin fand bei bestem Easale am 22. Januar statt. Genosse Kempa eröffnete in Vertretung des Vorsitzenden die Versammlung, und es wurde sofort zur Berichterstattung geschritten. Der Bericht des Schriftführers wies auf, daß der Verein im letzten Halbjahre 12 Versammlungen und eine Generalversammlung abhielt. In allen Versammlungen waren belehrende Vorträge von den Genossen Thiel, Rybicki, Mieczkowski, Ziolkiewicz, Chrzanowski und anderen gehalten worden.

Der Bericht des Schriftführers, Genossen Nowacki, weist auf: 200,34 Mark Einnahmen und 162,72 Mark Ausgaben. In der Kasse verblieben für das laufende Halbjahr 37,63 Mark.

Der Bibliothekar, Genosse Rybicki, legte den Stand der Bibliothek vor, welche sich aus 245 Büchern zusammensetzt. Von Zeitschriften abonniert der Verein die Blätter Glos, Prawda, Krynka und die Gazeta Robotnicza in drei Exemplaren.

Die aus Mitgliedern des Vereins gewählte Agitationskommission veranstaltete nach dem Berichterstatter Genossen Biniżkiewicz im verflossenen Halbjahre vier öffentliche Versammlungen. In einer Versammlung zu Moabit wurde ein Verein der P. P. S. gegründet, welcher gut prosperiert.

Die Kasse der Agitationskommission hatte einen Umsatz von 152,51 Mark Einnahmen und 143,36 Mark Ausgaben. Der Kassenbestand betrug 8,55 Mark.

Der Berichterstatter verlangt für das nächste Halbjahr eine Vermehrung der Mitgliederzahl der Agitationskommission, womit der Verein einverstanden war.

Es wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus welcher hervorgingen: Abramowicz als I., Prokja als II. Vorsitzender; als Schriftführer Chrzanowski, als Stellvertreter L. Majewski; als Kassierer Nowacki, als Stellvertreter Giec; als Revisoren Kempa, Mieczkowski und Ziolkiewicz; als Beisitzer Mieczkowski; als Bibliothekar Rybicki, als Stellvertreter Majewski.

In die Agitationskommission wurden 11, in die Vergütungskommission 9 Genossen gewählt.

Zugunsten eines mit Gefängnis bestraften Genossen wurde eine Sammlung veranstaltet, welche 940 Mark einbrachte. Diese Sammlungen sollen wiederholt werden

bis zur Entlassung des Genossen aus dem Gefängnis, die am 10. März erfolgen wird.

Nach Erledigung der Wahl hielt noch Genosse Mieczkowski einen Vortrag über das Thema: „Die frühere und jetzige Bewegung der Demokratie“. Der moralische Zweck des Vortrages war, zu zeigen, wie ehemals die polnischen Demokraten Regionen formierten, um die Fesseln der zarischen Knechtschaft zu zerreißen, während die heutigen die Freiheitshelden verraten, wie einst die Freiheitshelden von Targowice.

Zum Schluß erklärte Genosse Winiżkiewicz, daß die Formulare der Geschäftsanteile zur Gründung eines Tageblattes fertig sind, und daß jedermann solche erwerben kann.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung. Ch.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 3 des Kraj (Petersburg)

vom 2. Februar (20. Januar) 1906:

Immer das gleiche System.

Jede Nachricht, die von euch kommt, scheint eine neue Änderung anzukündigen. Ihr macht eine schreckliche, mitunter so starke Gärung durch, daß es den Anschein hat, als ob ein Zusammenbruch bevorstände. . . Beunruhigt blicken wir zu euch hin, umsomehr, als das Schicksal so vieler Millionen Polen unmittelbar mit dem Erfolge des schweren Kampfes zusammenhängt. Und doch scheint durch die dicken, oft vom Blut gefärbten Wolkenschichten ein hellerer Sonnenstrahl hindurchzudringen, und auf ihm stehen mit feurigen Buchstaben die schönsten Lofungen der Menschheit geschrieben. Vielleicht werden die Völker verschwinden und die Hoffnungen sich erfüllen. . .

Bei uns herrscht zwar Ruhe. Aber an unserem Horizont leuchtet kein Punkt, welcher auch nur eine fernere Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren andeuten könnte. Wir leben fortgesetzt seit einer Reihe von Jahren unter der Macht eines Systems, welches eigentlich als eine von der preußischen Verfassung für recht erkannte Bedrückung und von dem preußischen Parlamentarismus legalisierte Gesetzlosigkeit bezeichnet werden kann.

Die Verfassung und auch der Landtag sind vorhanden. Beide jedoch sind so meisterlich pour le roi de Prusse eingerichtet, daß jedes Ausnahmengesetz, also jede Gesetzeswidrigkeit, und wäre sie noch so unvereinbar mit der Verfassung, wenn sie nur gegen die Polen gerichtet ist, rechtskräftig wird. Und der sogenannte preußische Landtag setzt sich in der Weise zusammen, daß er auf jeden Wink von oben diese Gesetzeswidrigkeit bestätigt.

Vom Ministertisch erfahren wir bei der Gelegenheit stets, daß dies im Namen der „Zivilisation, Kultur und des öffentlichen Wohles“ geschieht. . . Es ist dies ein zynisches, spezifisch preußisches System der Verfehrtheit und Heuchelei, welches in den polnischen Landesteilen seit sechs Jahrhunderten, namentlich aber seit der Zeit bekannt ist, wo der Fuß der Kreuzritter sie zum ersten Male betreten hat. Der Unterschied besteht nur darin, daß damals die gleichen Gesetzeswidrigkeiten unter dem Deckmantel der Religion — heute unter dem Schein der Kultur — begangen wurden.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn eine Nation, die eine Änderung in dem Staatsorganismus, hinsichtlich der Verfassung, für sich erlangen will, mit Mißtrauen

der in Vorschlag gebrachten, nach preußischem Muster aufgestellten Wahlreform entgegenjah. Diese würde allmählich bei uns die gleichen Zustände wie in Preußen herbeiführen.

Es erübrigt sich fast, daran zu erinnern, wie viele und welche Gesetzeswidrigkeiten, welche dem Grundsatze der Verfassung geradezu zuwiderlaufen, der preußische Landtag und die preußische Gesetzgebung bestätigt haben. Wir führen folgende an: die Einsetzung der Ansiedelungskommission und die Bewilligung einer halben Milliarde für deren Zwecke; die Verfolgung der polnischen Sprache bei den Behörden, Gerichten und in der Schule; die Veretzung polnischer Beamten nach fernen Provinzen „im Interesse des Dienstes“; das ungeheuerliche Ansiedelungsgesetz, geradezu zu dem Zwecke ersonnen, um die Kauffreiheit des Grundes und Bodens seitens des polnischen Bauern zu beschränken; das Gutheißn parteilicher Urteile gegen die polnische Presse; die Erschwerung der garantierten Vereins- und Versammlungsfreiheit; die karrikaturmäßige Verdeutschung geschichtlicher Namen polnischer Ortschaften usw., usw. Dies alles ist für uns zur Alltagskost geworden und wird als „Recht“ bezeichnet.

Wir wollen einige Beispiele aus letzter Zeit anführen.

Im preußischen Landtage interpellierte Prälat v. Jazdzewski den Minister des Innern wegen ungleichmäßiger Behandlung der polnischen Untertanen im Verhältnis zu den Deutschen, wegen des amtlichen Boykotts der polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden und schließlich wegen des amtlichen Anathemas gegen die deutschen Besitzer, welche ihre Landgüter an die Polen verkaufen. Der Minister geruhte nicht, auf diese Vorwürfe sachlich zu antworten. Anstatt dessen verdächtigte er den Herrn v. Jazdzewski und die polnische Intelligenz, „daß sie die ruhige Bevölkerung gegen die Regierung aufreizten.“ Welche Heuchelei, welche Frechheit! . . . Der Minister weiß recht gut, daß das nicht wahr ist, daß nicht die polnische Intelligenz oder der polnische Adel, sondern eben die preußischen Ausnahmengesetze den Widerstand hervorgerufen und die Regierungsfeinde vermehren. Dies beschwert jedoch das Gewissen eines preußischen Beamten keineswegs; er weiß, daß, was er auch immer sagen mag und wäre es auch die größte Unwahrheit, wenn sie nur gegen die Polen gerichtet ist, von der preußischen Kammer bestätigt und gutgeheißen wird. Und so geschah es auch.

Oder ein anderes Beispiel.

In der preußischen Armee fing man an die polnisch beichtenden Soldaten zu verfolgen. Da wegen dieses Unrechts seinerzeit die Kirchenbehörde vorstellig wurde und das katholische Zentrum viel Lärm schlug, so erschien im Jahre 1902 auf Anregung Kaiser Wilhelms selbst ein Erlaß an das Heer, daß alle Schikanen aus diesem Anlaß aufhören sollten. Dieser Anordnung zuwider, erlaubte sich der kommandierende General des I. Armeekorps in Königsberg von Amts wegen festzustellen, wie es gekommen sei, daß neunzehn Soldaten seines Korps polnisch beichteten, während es doch früher solche frechen Menschen nicht gegeben habe. Die Sache wurde ruchbar. In diesen Tagen interpellierte Prälat Stychel aus diesem Grunde im deutschen Reichstage den Kriegsminister. Die Antwort des letzteren ist interessant und gleichzeitig charakteristisch. Der Minister drehte sich heraus: die Polen seien gute Soldaten; niemand schikaniere sie im Heere wegen ihrer Nationalität; wenn jedoch der kommandierende General des I. Armeekorps anläßlich der Beichte eine Untersuchung habe einleiten lassen, so sei dies aus dem Grunde geschehen, weil es früher derartige Fälle in

Königsberg nicht gegeben habe und jetzt seien ihrer gar 19 . . .

Was ist also? Der Minister räumte ein, daß der General eine Gesetzeswidrigkeit begangen und eine durch den kaiserlichen Willen sanktionierte Anordnung verletzt habe. Trotzdem hatte die Interpellation unseres Abgeordneten keine tatsächlichen Folgen wegen der Gesetzeswidrigkeit wurde niemand vorstellig.

Gehen wir weiter. Die Ungerechtigkeit und das zwiefache Maß den Polen gegenüber fällt in allen polnischen Preßprozessen auf. Den deutschen Blättern ist es erlaubt, über uns zu schreiben, was das Zeug hält; sie dürfen zu weiteren Verfolgungen aufreizen, neue Mittel und Ausnahmegeetze ersinnen und wären diese noch so phantastisch. Wenn jedoch in einem polnischen Blatte irgendeinem preußischen Bureaukraten etwas mißfällt, so wird sofort auf Grund des zu allen Preßvergehen herangezogenen Paragraphen wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten der Prozeß angestrengt. Dieser Paragraph wurde zu einem schablonenmäßigen Mittel, dem alle und alles unterstellt wird. Unlängst wurde z. B. in Kattowitz in Schlesien ein polnischer Mäßigkeitsverein entdeckt, welcher obendrein (schrecklich) eine Filiale des Krakauer Vereins „Eleuteria“ war. Der Gründer und die Beteiligten wurden auf Grund des Paragraphen betreffend die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten bestraft. In Gleiwitz, ebenfalls in Schlesien, wurde der Redakteur des Glos Slonski (Schlesische Stimme) Rozanowicz für einen Artikel in Strafe genommen, welcher bewies, daß die Polen in Schlesien, Polen, Galizien und in Warschau sich derselben Sprache bedienten, mithin ein nationales Ganzes bildeten. Der Staatsanwalt und der Gerichtshof waren der Ansicht, daß darin die Absicht der Wiederherstellung Polens mit bewaffneter Hand enthalten sei. Ebenso wurde in diesen Tagen der Redakteur des Gornoslonska, Wolski, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am schlimmsten erging es dem Redakteur der Posener Wochenchrift Praca, Matthias Wierzbinski. Er schrieb nämlich, daß es für die Slawen und die Polen am vorteilhaftesten wäre, wenn Preußen eine Niederlage erlitt. Auch hierin erblickte man eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und verurteilte den Verfasser zu einem halben Jahre Gefängnis. Trotz des erhobenen Widerspruchs hat das Gericht am 27. Januar das Erkenntnis vom Ende November bestätigt und sogar die Zeit von der Verhaftung ab bis zum Einspruch nicht gerechnet, so daß Wierzbinski ein Jahr und acht Monate wird sitzen müssen und zwar eines Artikels wegen, welcher mit der Aufreizung irgend jemandes so viel gemein hat, wie das gerichtliche Erkenntnis mit der Gerechtigkeit.

Und dies nennt man, unter der Verfassung, unter dem Gesetz leben und uns der Wohltaten der deutschen Kultur erfreuen! . . .

Wir müssen hier auf einen der letzten Artikel der jüdisch-hafatistischen Posener Zeitung aufmerksam machen, welcher gegen die russische Gesellschaft gerichtet war. Der jüdische Polenfreßer warnt vor der Freiheitsverleihung an die Polen, gibt den Russen Lehren hinsichtlich der Arglist, Selbstsucht, Verfehrtheit und der Gefahr vor polnischen Bestrebungen; er droht mit dem polnischen Gespenst, führt als Beispiel an, daß die Polen in wirtschaftlicher Hinsicht die Deutschen hinter die Oder verdrängen möchten und schließt damit, daß die Selbstständigkeit Polens auf Kosten Rußlands wiederhergestellt werde, weil die Polen die führende Rolle im ganzen Slawentum würden übernehmen wollen . . .

Ob diese bemerkenswerte Stimme des Posener Hafatisten in den beiden bekannten Organen der

russischen Presse, welche dieselbe Politik uns gegenüber betreiben, Widerhall finden wird? Wahrscheinlich.

Zum Schluß noch die traurigste Tatsache. In dem ersten Monate des neuen Jahres gingen zwei große polnische Landgüter in den Besitz der Ansiedelungs-Kommission über: Kotowiecko im Kreise Pleschen und Mielschin im Kreise Gnesen. Beide wurden verkauft, ohne daß ein Bedürfnis vorgelegen hätte. Das erstere Gut haben die Erben des verstorbenen Joseph von Morawski zugrunde gehen lassen, wozu die Uneinigkeit unter den Damen in der Familie beigetragen hat. Das zweite verkaufte ein gewisser von Dobrogojski des Gewinnes wegen, weil die Ansiedelungs-Kommission hohe Preise zahlte. Bei dieser schändlichen Tat vermittelten Agenten, die polnische Namen führen, wofür sie eine Belohnung in Höhe von 4 bis 5000 Mark erhielten. Es ist eine bekannte Sache, daß sich die Ansiedelungs-Kommission allerhand Auswurfs der menschlichen Gesellschaft bedient, welchen sie reichlich belohnt. Similis simili gaudet . . .

S. Wl.

Posen, im Januar.

Aus Nr. 48 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 30. Januar 1906:

Posen, den 27. Januar.

Zu dem Verkauf der Landgüter **Kotowiecko**, **Mielschin** und **Luschkowo** an die Ansiedelungs-Kommission bemerkt der Posener Berichterstatter des Slowo Polskie folgendes:

„Wenn es so weiter geht, so wird es garnicht nötig sein, ein neues Enteignungsgesetz gegen uns zu erlassen, denn wir werden uns inzwischen selbst enteignet haben. Und das alles geschieht trotz der energischen nationalen Arbeit innerhalb der Gesellschaft, trotz der rührigen Agitation, welche der Strazverein gegen den Landschacher eifrig führt. Dieser Punkt steht ein für allemal auf der Tagesordnung seiner öffentlichen Versammlungen. Dies geschieht sogar trotz der wirklichen und sichtbaren Fortschritte des Strazvereins. Das Großherzogtum Posen ist beinahe ganz organisiert. Nur wenige Kreise sind noch ohne Starosten, doch weiß ich, daß nach dieser Richtung hin die erforderlichen Schritte getan werden. Auch Westpreußen ist zum Teil bereits organisiert und binnen kurzem wird auch Oberschlesien in den Bereich der Straz einverleibt werden. Heute, kaum ein Jahr nach der Gründung des Vereins, gehören ihm etwa 10 000 Mitglieder an.

Binnen kurzem wird bei uns in besonderer Ausgabe das „Schwarze Buch“ erscheinen, welches unsere bisherigen Verluste an Grund und Boden, ferner die Fortschritte der Ansiedelungskommission und überdies noch eine Liste aller Landschacherer enthalten soll. Vorläufig wird das Buch in dem hiesigen Wochenblatt Praca gedruckt. Es wird dies vielleicht weniger ein gründliches Vorbeugungs- als ein Abschreckungsmittel gegen die Kandidaten des Landschachers sein, deren Namen für ewige Zeiten unter dem Auswurf der Gesellschaft verzeichnet sein werden.

Aus Nr. 53 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 1. Februar 1906:

Aufruf!

In der Nationalbewegung des Königreichs Polen ist der Kampf um die polnische Schule in den Vordergrund getreten und hat die lebhafteste Sympathie der ganzen polnischen Gesellschaft wachgerufen. Dieser von der Universitätsjugend begonnene und von den Eltern und Erziehern unterstützte Kampf trat durch den Boykott der russischen Schule und durch das entschiedene Verlangen nach einer Nationalschule in die Erscheinung.

Die Forderung der Einführung des polnischen Unterrichts in den Volksschulen war so gerechtfertigt und allgemein, daß sogar die russische Regierung ihr Rechnung tragen mußte; das Ministerkomitee räumte im Grundsatz ein, daß die Volksschule im Königreich polnisch sein müßte, in der praktischen Ausführung dieses Grundsatzes führte es jedoch nur geringfügige Änderungen ein, welche die Bevölkerung nicht zufriedenstellen können.

Angeblickt einer derartigen Sachlage nahm der Schulkampf eine etwas schärfere Form an, indem er Gereiztheit und Erbitterung wachrief. Obendrein noch empfahl die kaiserliche Regierung, den Kriegszustand sich zunutze machend, den russischen Unterricht wieder in den Volksschulen einzuführen, und sie tat dies in der Überzeugung, daß sie in der Lehrerschaft ein williges Werkzeug ihrer Politik finden werde. Es kam jedoch anders! Die Volksschullehrer, von Kindheit an bedrückt, in den russischen Lehrerseminaren verdorben, von den staatlichen Schulbehörden vollständig abhängig und von den intelligenten polnischen Gesellschaftskreisen mißtrauisch und verächtlich behandelt, in Not und Elend, in Erniedrigung, ja sogar Geringschätzung lebend — bewahrten den nationalen Geist und die polnische Seele. Am 28. November v. J. fand in Warschau eine von tausend Lehrern und Lehrerinnen des Königreiches Polen besuchte Versammlung statt und die zur öffentlichen Kenntnis gebrachten und mit den Unterschriften sämtlicher Versammelten versehenen Beschlüsse geben ein treues Bild des polnischen Volkswillens und seiner nationalen Forderungen. Die Beschlüsse wurden in die Tat verwandelt und die Volksschulen fingen — nach so vieljähriger Drangsalierung unserer Kinder — endlich an, ihre erhabene Aufgabe zu erfüllen.

Zu gleicher Zeit jedoch, wo der Bauer in der Gemeinde, der Lehrer in der Schule sich der erneuten Einführung des Unterrichts in russischer Sprache widersetzte, fingen wilde Bedrückungen und Verfolgungen seitens der Regierung an. Sie drohten also . . . als aber die Drohungen nichts nützten, wurden die Widerspenstigen entlassen und dadurch des Lebensunterhalts beraubt und mit ihren Familien dem Hungertode preisgegeben. Zurzeit haben 50 unserer Amtsgenossen ihre Stellungen eingebüßt, 300 anderen wurde die Entlassung angedroht, falls sie die Erklärung nicht unterschrieben, daß sie auf den Beschluß in betreff der Einführung der polnischen Unterrichtssprache verzichteten.

Auf diese Forderung haben die Volksschullehrer bereits eine Antwort gegeben, welche, sie auf die Höhen des Heldentums erhebend, gleichzeitig die Verzichtleistung auf ihre Stellen und die Beraubung ihres Lebensunterhaltes bedeutet. Mit Familie reich gesegnet, werden sie bald auf dem Pflaster liegen, ohne Mittel, ohne Hoffnung auf Broterwerb, denn die polnische Gesellschaft ist durch die letzten Ereignisse im Königreich völlig erschöpft und wirtschaftlich ruiniert.

In dieser so schmerzlichen, gleichzeitig aber so ehrenvollen Zeit möge es uns gestattet sein, unseren Brüdern — Kollegen und Kolleginnen aus dem König-

reich — unsere Achtung und Ehrerbietung, mit der Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß der von ihnen aus rein patriotischen Beweggründen unternommene und mit der rühmlichsten Selbstverleugnung geführte Kampf ihnen und ihren Familien Gottes Segen und die Bedrückten zur Besinnung bringen werde.

Unter Bewunderung des Heldentums fühlen wir das Bedürfnis, unseren Kollegen und Kolleginnen helfend unter die Arme zu greifen, denn wir stehen ihnen am nächsten, denn wir bilden eine, wenn auch sehr zersplitterte Familie.

Wir fühlen, daß bei der Aktion, welche ihnen materielle Hilfe bringen soll, uns niemand zuvorkommen kann und darf; wir wenden uns deshalb an die polnische Gesamtbevölkerung und an die Gesellschaft, welche bereits so viele Beweise gegeben hat, daß sie das Unglück anderer mitzufühlen versteht, mit der Bitte:

Landsleute! Lasset nicht zu, daß sich Hunger und Elend dieser braven und opferwilligen Arbeiter auf dem Gebiete des Volksschulwesens bemächtigt! Sie aber, Kollegen und Kolleginnen, fordern wir zur sofortigen Beitragsammlung auf, um die bescheidenen Kämpfer für die Rationalisierung der Volksschule vor dem Hungertode zu retten! Möge der wilde Bedrucker sich überzeugen, daß hinter den Lehrern die ganze polnische Nation steht! Möge jeder auf eigene Hand auch die kleinsten Spenden so lange sammeln, bis ein Widerruf erfolgt ist.

Mögen alle Ausschüsse unseres Vereins die von uns begonnene Aktion mit dem Eifer, welchen sie verdient, unterstützen. Möge niemand fehlen, der nicht, seinen Kräften entsprechend, zu diesem Opfer etwas beitrage.

Wir ersuchen, die eingegangenen Beiträge unter der Adresse des Hauptvorstandes des pädagogischen Vereins, Lemberg, Friedrichstraße Nr. 10 einzusenden. Die Namen der Spender, sowie die Höhe der übersandten Beträge werden öffentlich bekannt gemacht werden.

Die eingegangenen Beträge werden wir zu Händen des hervorragendsten Agitators im Königreich Polen übersenden.

Im Namen des Hauptvorstandes des pädagogischen Vereins.

Lemberg, den 31. Januar 1906.

Dr. Malachowski, Vorsitzender. K. Jaworski Direktor.

J. Soleski, stellvertretender Vorsitzender.

Dr. Dziwinski, Kassierer.

Aus Nr. 57 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 3. Februar 1906:

Die Beseitigung des polnischen Adlers.

Auf der alten Schlossruine in Dycow war seit undenklichen Zeiten ein polnischer Adler angebracht. Er hat verschiedene Stürme ausgehalten, sogar die Zeiten Hurtos haben ihn verschont, erst jetzt, nach der Ankündigung verfassungsmäßiger Freiheiten, wurde er in den letzten Tagen auf Anordnung des Landeshauptmanns des Kreises Olkusch, Andrejew, heruntergerissen. An der Spitze einiger Soldaten erschien Andrejew in Dycow. Der Adler war hoch angebracht, es bedurfte daher einiger Anstrengung, um ihn herunter zu stoßen. Als dies endlich gelungen war, schlugen die Soldaten mit Kolben die alten Schnitzarbeiten in Stücke.

Aus Nr. 17 des Czas (Kraſau)

vom 22. Januar 1906:

Änderung des Systems bei dem landwirtschaftlichen Frondienst.

Das Komitee des landwirtschaftlichen Vereins in Kraſau hat in der Freitagsausgabe des Czas eine Angelegenheit von großer Tragweite für die Landwirtschaft angeregt, nämlich die der massenhaften Saisonauswanderung galizischer Arbeiter über die Grenze und des gleichzeitigen Mangels an ländlichen Arbeitern im Lande selbst. Die nachteiligen Folgen dieser ungesunden wirtschaftlichen Erscheinung gehen weit über den Rahmen der landwirtschaftlichen Verhältnisse hinaus, denn der Einfluß der Saisonauswanderung auf die sittlichen, religiösen und Familienverhältnisse der Auswanderer ist gleichfalls nicht unbekannt.

Die Erscheinung der Saisonauswanderung der ländlichen Arbeiter bildete denn auch schon wiederholt den Gegenstand umfangreicher Erörterungen in der Alltags- und der periodischen Fachpresse, in den Versammlungen der betreffenden Kreise, in den Sitzungen landwirtschaftlicher Korporationen, in besonders zu diesem Zwecke einberufenen Enquetes, sowie im Provinzial-Landtage, welcher zwecks Regelung dieser Verhältnisse im Jahre 1904 die Anstalt öffentlicher Arbeits-Vermittlungs-Bureaus ins Leben rief, die es sich zur Aufgabe machten, die Arbeitsnachfrage und das Arbeitsangebot im Lande mit gegenseitigem Vorteil für die Arbeitgeber und Arbeiter auszugleichen und erst dem Überschuß der Arbeitnehmer die Erlangung einer möglichst günstigen Beschäftigung jenseits der Grenze zu erleichtern. Trotz des kurzen Bestehens und ihrer bisher geringen Anzahl (14 Kreis- und ein Stadt-bureau) hat der Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit dieser Bureaus der landwirtschaftlichen Kommission des Landtages die gründliche Prüfung der anormalen Erscheinung des Mangels an ländlichen Arbeitern im eigenen Lande erleichtert, welches notorisch an (relativer) Übervölkerung leidet und zehntausende von Arbeitern jahraus, jahrein über die Grenze schafft.

Die Hauptursache dieser Tatsache, daß das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage sich kreuzen und sich gegenseitig nicht ausgleichen, erblickte die Landtags-Kommission in der bis jetzt von den ländlichen Arbeitgebern praktizierten Art und Weise der Beschäftigung der Arbeiter auf „Tagelohn“, während im Gegenteil die Arbeiter eine feste Beschäftigung für die ganze Saison suchen. In Verfolg dessen erklärte sich die Landtags-Kommission für den Übergang in der Landwirtschaft zu dem System des Saison-Engagements, welches dem Arbeiter eine dauernde Beschäftigung und dem Arbeitgeber die nötige Anzahl von Arbeitern für die ganze Zeit der Feldarbeiten, vom Frühjahr bis zum Herbst sichert.

Der richtige und tief in das Wesen der Sache hineingreifende Gedanke der Landtags-Kommission fand lebhaften Widerhall in den Kreisen der praktischen Landwirte. Er wurde von dem Komitee des landwirtschaftlichen Vereins energisch aufgenommen und die Propaganda nach dieser Richtung hin durch das bereits veröffentlichte Schreiben begonnen, in welchem die Notwendigkeit einer Systemänderung in dem landwirtschaftlichen Frondienste nachgewiesen, die für und gegen sprechenden Verhältnisse erörtert werden und an alle praktischen Landwirte die Bitte ausgesprochen wird, unverzüglich in ihren Wirtschaften genaue Berechnungen zwecks Einführung der Saison-Frondienste bereits in dem laufenden Jahre aufzustellen, sowie ihre Ansichten in der Sache in Artikeln an die Alltagspresse und an die landwirt-

schaftlichen Zeitschriften öffentlich bekannt zu machen. Dieses Mittel wird zweifellos zur allseitigen Klärlegung unserer landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse viel beitragen.

Soviel wir erfahren haben, bereitet das Arbeits-Vermittlungsbureau eine Zusammenstellung von Bedingungen vor, unter welchen die Arbeiter aus den verschiedenen Gegenden des Landes die Saisonarbeiten zu übernehmen geneigt sein würden. Eine derartige Zusammenstellung wird den Arbeitgebern ihre Entscheidung hinsichtlich der in Vorschlag gebrachten Änderung erleichtern.

Die Tragweite und das Zeitgemäße der Angelegenheit geben die Garantie dafür, daß die von dem Komitee des landwirtschaftlichen Vereins ausgegangene Anregung, welche die Gesundung des herrschenden Übels und den gemeinschaftlichen Nutzen der beiden zahlreichsten und wichtigsten Gruppen unserer Gesellschaft der ländlichen Arbeitgeber und der Arbeiter bezweckt, lebhaftes Interesse wachrufen und schon in diesem Jahre die erwünschten Erfolge zeitigen wird.

Der Nationalshah.

Jahresbericht für das Jahr 1905.

Zusammensetzung des Vorstands und der Kontrolle des polnischen Nationalshahes, sowie der mit ihm unmittelbar zusammenhängenden Institute.

Aufsichtsrat

Vorsitzender und Schriftführer:

Siegmund Miłkowski, Zürich, Streulistr. 31.

Stellvertretender Vorsitzender:

Eugen Korytko, Paris, Rue de Trévise 45.

Mitglieder:

Ernst Adam-Lemberg,

Josef Galenzowski-Paris,

Wenzel Gałzowski-Paris,

Dr. Siegmund Łaskowski-Genf,

Leonhard Tarnowski-Przemysł.

Ausschuß

des Verbands des polnischen Emigrantentums in Paris:

Wenzel Gałzowski, Vorsitzender,

Boleslaus Rubach, Schriftführer,

Eugen Korytko, Schatzmeister,

Josef Galenzowski und Stanislaus Lewenhard,

Mitglieder.

Adresse: E. Korytko, Paris 9, Rue de Trévise 45.

Kommission

des Nationalshahes für Nordamerika.

Dr. Leo Sadowski, Pittsburg 2625 Penn Avenue.

Hauptstellen.

Zentralkasse des Verbands des Emigrantentums:

Schatzmeister: E. Korytko, Paris 9, Rue de Trévise 45.

Sammler: Eduard Baacke, Zürich, Müllerstr. 63,

H. Tchorzewski, Genf, Rue du Marché 40.

Verwaltung des Goniec Polski: S. Lewenhard, Paris 14, Rue du Montparnasse 44.

Pariser Kommission des polnischen Schahes:

Schatzmeister: Franz Arzyżanowski, Paris 17, Rue Legendre 196.

Bureau des Zensurs des polnischen Nationalverbandes in Nordamerika:

Adresse: Dr. Leon Sadowski, Pittsburg, 2625, Penn Avenue.

Denkschrift

in Sachen des Nationalſchatzes.

Der Nationalſchatz beſteht als regelrecht organiſierte Einrichtung ſeit zwölf Jahren, und während dieſer Zeit haben ſich die breiteren Kreiſe der öffentlichen Meinung in der Heimat im allgemeinen wenig für ihn intereſſiert. Außer den Artikeln und Mittheilungen, die ſeitens der Sphären veröffentlicht wurden, welche den Gedanken des Nationalſchatzes aus voller Überzeugung unterſtützen, erſchienen ſelten berichtende Äußerungen in den Blättern, welche der Inſtitution paſſiv wohlwollend gegenüberſtehen, ſowie gleichfalls ſporadiſche Angriffe feindlicher Blätter, von Zeit zu Zeit durchwoben von Inſinuationen betreffend die angeblich „verluſtig gegangenen“ Summen des Nationalſchatzes. Auf derartige Inſinuationen haben wir biſher nicht geantwortet, da ſie niemals über den Rahmen allgemeiner, dunkler Vermuthungen hinausgingen und Thatſachen nicht enthielten. Gegenwärtig wird es jedoch nicht unangebracht ſein, unſrerſeits feſtzuſtellen, daß dieſe andeutungsweiſe vorgebrachten Inſinuationen reine und bewußte Lügen waren, verbreitet um die Einrichtung zu diſkreditieren. Während der ganzen Zeit des Amtierens der die Aufſicht führenden Kommiſſion iſt nicht nur kein einziger Groschen verloren gegangen von den Summen, welche in die Hände der regelrecht eingeſetzten Einnehmer geſloſſen ſind und in den Jahresberichten des Schatzes veröffentlicht wurden, alſo von den Summen, für welche einzig wir verantwortlich gemacht werden können, ſondern es ſind ſogar Ueberſchüſſe zu verzeichnen geweſen Dank der ſachgemäßen Unterbringung der aus gewiſſen öffentlichen Papieren beſtehenden Fonds. Die Rechnungen werden übrigens alljährlich von Kontrolleuren geprüft, die im Auftrage der ſtändig zum Schatz beisteuernden Organisationen beſtellt werden.

Nach dieſer vieljährigen relativen Stille begann in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahres eine wahrhafte Campagne gegen den Nationalſchatz, die einträchtig und wie planmäßig von Lagern begonnen wurde, welche einander ſehr entgegengeſetzt ſind und hiñſichtlich der Grundſätze einander ſehr fernſtehen. Das Syſtem undeutlicher Inſinuationen und ausgeſprochener Verleumdungen ging in dieſem Kampfe weit über die einfachſten Regeln journaliſtiſcher Ehrlichkeit und bürgerlicher Sittlichkeit hinaus.

Dieſer Feldzug wundert uns weder, noch bekümmert er uns. Er war nämlich früher oder ſpäter zu erwarten. In dem Schatz ſteckt ein alldu ausgeſprochener Gedanke, der den Charakter und die Endzwecke der ſich im Namen der Wiedergeburt des derzeitigen Polens vollziehenden Bewegung zu klar zu erkennen gibt, als daß er nicht durch ſein bloßes Beſtehen manchen Parteiauffaſſungen in die Quere kommen und manchen gleichfalls parteiiſchen Interereſſen nicht im Wege ſein ſollte. In dem gegenwärtigen Falle ſtand jedoch die Angelegenheit des Schatzes an ſich in zweiter Reihe. Sie wurde auf der ganzen Linie einzig deshalb aufgeworfen, weil man in ihr eine gelegene Waffe erblickte, um auf die nationaldemokratiſche Partei und auf die Nationalliga lozzuſchlagen. In dem Feldzug gegen dieſe waren die gegen den Schatz gerichteten Angriffe nur eine Episode des Kampfes.

Die Gegner der Nationalliga und deren Richtung konnten ſich ſchon ſeit langem nicht mit der Thatſache abfinden, daß wir ihr, der Liga, Beiſtanden

aus den Zinſen des Schatzes gewähren und damit den an dieſes Recht geknüpften moraliſchen Standpunkt zugeben. Die grade auf den jetzigen Zeitpunkt entfallende innere Reorganisation des Schatzinſtituts diente als Vorwand, um öffentlich mit dem Hauptvorwurf hervortreten, die Schatzeinrichtung ſei in förmliche Abhängigkeit von der Liga verfallen, ſie ſei eine Filiale oder eine Abtheilung der Liga geworden und damit auf einen parteiiſchen Standpunkt heruntergegangenen. Andere Vorwürfe, welche die angebliche Verminderung der Sicherheit der Fonds, vermeintliche innere Attentate auf die Oppoſition im Schoße der Aufſichtskommiſſion, ja geradezu das Sequeſtrieren der Schatzfonds durch die Liga hervorhoben, zielten ſchon unmittelbar darauf ab, die Inſtitution ſelbſt zu diſkreditieren, unter der Allgemeinheit Unglauben an die ſachungsmäßige Leitung der Angelegenheiten der Inſtitution einzupflanzen und Verdächtigungen auf die bürgerliche Gewiſſenhaftigkeit in der Schatzverwaltung zu ſchleudern.

Es wäre faſt überflüſſig, hinzuzuſügen (— es konnte dieſes nämlich jeder die Angelegenheiten unſeres Inſtituts etwas näher Kennende von vornherein vorausſehen —) daß die Angriffe keineswegs aus den Sphären ſtammten, welche den Gedanken des Schatzes unterſtützten und zu ihm beisteuerten, — nein: ſie ſtammten von ſeinen offenen oder verſteckten Feinden her, wenngleich dieſe ihre Verleumdungen manchmal unter der ſcheinbaren Sorge um ſein Wohl verbargen, — in jedem Falle aus politiſchen Gruppen, die ſich vorher niemals um die Entwicklung des Inſtituts gekümmert hatten.

Auf Vorwürfe, die aus ſolchen Beweggründen und Sphären herſtammen, haben wir das Recht, nicht zu antworten, und wenn wir gegenwärtig mit einer offenen Erklärung hervortreten, ſo geſchieht dieſes nicht ihrethalben und nicht unter ihrer Adresse, ſondern unter der Adresse derjenigen patriotiſchen Kreiſe unſerer Volksgemeinſchaft, welche einerſeits die inneren Angelegenheiten des Nationalſchatzes nicht gut kennen, und anderereits in ihrer bürgerlichen Ehrlichkeit ſogar nicht annehmen, daß ſich hinter den Verdächtigungen und Inſinuationen etwas anderes verbergen könnte, als bewußter arger Glaube und böſer Wille. Vor dieſen Kreiſen haben wir keine Geheimniſſe; haben kann ſie nur die Sache ſelbſt vor den offenen Feinden unſerer Nation. Auf die Punkte alſo nur, die ſich nach der Natur der Sache zur Veröffentlichung nicht eignen, beſchränken wir unſere Zurückhaltung im Reden. Es wird das dabei für uns eine gute Gelegenheit ſein, die Entſtehung, die Entwicklung und den Charakter des Inſtituts des Nationalſchatzes näher aufzuklären und damit viele irrige umlaufende Auffaſſungen richtig zu ſtellen.

Der Gedanke, der polniſchen Sache einen Fonds für die Zukunft zu ſichern, iſt alt. Es hat ſich damit faſt jede politiſche Organisation im Emigrantentum nach 1848 und 1863 befaßt, indem ein ſogenannter „eiſerner Fonds“ angelegt wurde, der wachſen ſollte auf dem Wege weiterer Beisteuern und der Zinſen. Inſolgedeſſen, daß dieſe keine Einrichtungen waren, welche auf Grund von die Beſtimmung dieſer Fonds ausdrückliche feſtlegenden Satzungen regelrecht organiſiert worden wären, wurden ſie gewöhnlich für die laufenden Bedürfniſſe der Arbeiten unter dem Emigrantentum verwendet.

Das Komitee der „Vereinigung“ ſchwang ſich nach dem Jahre 1863 zur Gründung eines eiſernen Fonds unter dem Namen „Nationalſchatz“ auf;

jedoch hat der deutsch-französische Krieg die „Vereinigung“ gesprengt. Ungeachtet dessen wurde der Gedanke nicht aufgegeben. Man nahm ihn in kleinerem Maßstabe an verschiedenen Orten wieder auf, in der Heimat und unter dem Emigrantentum. In Lemberg legten Polinnen unter dem Patronat der Felicia Wasilewska einen Fonds zugunsten der polnischen Sache an. Auf Anregung von Agathon Giller wurde der „polnische Schatz“ in Paris und der „Nationaltschatz“ in den Vereinigten Staaten gegründet. In dieser Angelegenheit fanden Beratungen statt, und es wurden in London und Brüssel und in anderen Orten Versuche gemacht. In der Schweiz, woselbst sich ungeachtet des Falls der „Vereinigung“ deren lokale Organisation erhalten hatte, wurde der Nationaltschatz auf sie gestützt, und als Vorsitzender des polnischen Verbandes in der Schweiz Ludwig Michalski wurde, erhielt dieser Schatzanfang eine so kräftige Unterstützung von innen und außen her, daß er breitere Ausdehnung als anderswo annahm und zum Mittelpunkt des heutigen Instituts wurde.

Es trat dies infolge der Gründung der unter dem heutigen Namen „Nationalliga“ bekannten polnischen Liga ein. Ihr Entstehen war anfangs eine Reaktion gegen den völligen Fall des Geistes und gegen die Desorganisation des nationalen Gedankens, nach den Ereignissen v. J. 1863 und nach dem Kriege i. J. 1870. Das damalige Programm der organischen Arbeit, unpolitisch in seiner Anlage, war in Wirklichkeit ein Programm der nationalen Abdikation. Der sozialistische und russenfreundliche Kosmopolitismus zerlegte die Geister der Jugend vollends. Der gesunde nationale Sinn widersetzte sich diesen Richtungen passiv einige Jahre, bis er seinen Ausdruck fand in der Gründung der ersten politischen Organisation seit dem Aufstande mit rein nationalem Charakter, berechnet auf dauerndes Bestehen und unausgesetztes Wirken.

Das Gefühl der Notwendigkeit einer solchen Organisation entstand in der Heimat, die Tatsache, daß man ihr Ausdruck verlieh, erfolgte im Auslande, wo ihr Gedanke zusammentraf mit dem ferneren Gedanken, der nationalen Bewegung ständige Mittel zu sichern. Auf diese Weise vereinigten sich von Anfang an die Liga und der Schatz durch ein enges nicht nur ideelles, sondern tatsächliches Band.

Das vollzog sich auf vertraulichem Wege auf Veranlassung von Emigranten und Ankömmlingen aus der Heimat, die sich zu diesem Zwecke i. J. 1887 im Schlosse Hilsikon in der Schweiz bei dem hochsinnigen, großherzigen Bürger Ludwig Michalski zusammengefunden hatten. Da wurde der erste Vorstand der Liga unter dem traditionellen Namen der „Zentralisation“ eingesetzt, die bis zum Jahre 1864 an der Spitze der Organisation gestanden hatte, als sie ihre Macht an das in der Heimat residierende Zentralkomitee abgab. Der Bildung der Zentralisation ging die bekannte programmatistische Broschüre betitelt „Abhandlung von der aktiven Verteidigung und von dem Nationaltschatz“ voraus und dabei wurde in Paris ein Organ des entstandenen Schatzes unter dem Titel

„Wolne polskie slowo“ (Freies polnisches Wort) gegründet.

Ludwig Michalski, der den organischen Zusammenhang zwischen den beiden Institutionen begriff, wünschte beiden eine ergiebige materielle Grundlage zu sichern. Zu diesem Zwecke vermachte er dem Nationaltschatz in der Schweiz 30 000 Franken und eine gleich große Quote der Liga, jedoch nicht genügend formell, als daß diese Summe nach seinem Tode hätte realisiert werden können. Die weitere Entwicklung sicherte dem Schatz die Liga, indem sie schon Beisteuern in der Heimat im engen Zusammenhange mit dem Schatz in der Schweiz organisierte. Dank diesen Umständen nahm letzterer die erste Stelle ein und unter den vielen ähnlichen Sammelzentren, die ohne Organisation, ohne gehörige Bestimmung der Zwecke und Aufgaben des Schatzes existierten. Die enge Verbindung mit der Bewegung in der Heimat machte den schweizerischen Sammelherd berufen, durch die Kraft der Sache alle übrigen derartigen Einrichtungen zu einem Ganzen zu vereinigen und dem Schatz die Form einer regelrechten Institution zu geben.

Es trat dies erst einige Jahre später ein. Die Initiative nach dieser Richtung gab die Züricher Zusammenkunft am 100. Jahrestage der Verfassung vom 3. Mai. Sie fand öffentlich am Tage nach der internationalen Festfeier statt. In dieser aus Vertretern fast aller Emigrantengruppen bestehenden Zusammenkunft von jungen Leuten und Ankömmlingen aus der Heimat wurden zwei Hauptbeschlüsse gefaßt: 1. alle polnischen Vereine im Emigrantentum in einen Verband des polnischen Auswanderertums zusammenzuschließen, 2. alle „Schatz“ zu einem Institut unter dem Namen „polnischer Nationaltschatz“ zu vereinen, für dies Institut Satzungen zu entwerfen und über die sichere Unterbringung der Fonds zu beraten. Die Ausführung dieser Beschlüsse wurde dem damaligen Vorstand des „Polenbundes in der Schweiz“ übertragen, welcher zugleich der erste Exekutivausschuß des Verbands des polnischen Emigrantentums wurde, die Regelung der Schatzangelegenheiten durchführte und die Satzungen für den Schatz ausarbeitete.

Der prinzipielle Punkt der Satzungen folgte der schon gefestigten Auffassung über den Charakter und den Zweck des Schatzes, geschöpft aus dem Programm der Liga und entwickelt in der Broschüre von der aktiven Verteidigung. Er fand seinen Ausdruck im § 22, der ausdrücklich darauf hinweist, daß man hier eine schon bestehende und in ihrer Existenz begründete Organisation im Auge hatte.

Jener Paragraph lautet wie folgt:

„Gebrauch machen von den Fonds des Nationaltschatzes kann einzig die politische Organisation, welche die nationale Bewegung in sich verkörpert und sie de facto leitet, d. i. welche im politischen Leben der Nation eine Stellung ähnlich der Organisation des Zentralkomitees im Jahre 1862 einnimmt. Nach Feststellung ihrer Qualifikation seitens der Aufsichtskommission soll sie das Recht haben, $\frac{2}{3}$ der Jahreszinsen zu erheben und darüber ohne Kontrolle zu verfügen.“

(Fortsetzung folgt.)